

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5-spaltige Beilage kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 8, II. zu senden.

Nr. 3.

Sonntag, den 21. Januar.

1906.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montagabend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

An die Tabakarbeiter Deutschlands.

Im Anschluß an die in voriger Woche erfolgte Bekanntgabe der Zentralkommission teilen wir mit, daß der Kongreß der Tabakarbeiter Deutschlands am 29. Januar er. zu Berlin stattfindet und zwar im Gewerkschaftshause, Engelsufer 15.

Die Eröffnung findet am 29. Januar, vormittags 8 Uhr, statt. Das Bureau der Zentralkommission ist vom Sonntag, den 28. Januar, vormittags 8 Uhr, ab, für ankommende Delegierte geöffnet zur Empfangnahme ihrer Delegiertenkarte gegen Einhandigung ihres Mandats.

Sollte es an einzelnen Orten nicht möglich sein, die Delegiertenwahlen so zeitig vornehmen zu können, um bis zum 24. Januar die Meldung nach hier gelangen zu lassen, so ist dem Delegierten von dem Bureau der öffentlichen Versammlung eine Bescheinigung auszufertigen, von dem Bureau und zur Beglaubigung noch von zwei Anwesenden zu unterschreiben.

Dieses Bureau befindet sich ebenfalls im Gewerkschaftshause, und zwar im Saal 5.

Die Delegierten werden am Sonntag, den 28. Januar, von Kollegen, welche durch rote Schleifen kenntlich sind, an den einzelnen Bahnhöfen in Empfang genommen.

Indem wir auf das in der letzten Nummer Gesagte nochmals hinweisen, betreffend der Wahlen von Delegierten in öffentlichen Versammlungen, wiederholen wir nochmals, um weiteren Anfragen vorzubeugen, daß die Kosten der Besichtigung des Kongresses von den betreffenden Mandatgebern zu tragen sind und daß die Zentralkommission nicht in der Lage ist, zugunsten irgend eines einzelnen eine Ausnahme machen zu können und bitten deshalb, irgendwelche Anfragen in dieser Beziehung zu unterlassen.

Kollegen Deutschlands! Nun sofort ans Werk! Die erste Lesung der Steuervorlagen ist im Reichstage beendet. Jetzt ist die Kommission schon an der Arbeit, diese Vorlage zu beraten. Sorgen wir dafür, daß es an dem genügenden Material nicht fehlt, daß jeder ein richtiges Bild von unserer Lage erhält. Es gilt, den deutschen Reichstag zu überzeugen, daß es ein Verbrechen wäre, diese Tabaksteuervorlagen Gesetz werden zu lassen.

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.

S. A.: Karl Butry, Berlin N. 31, Straßunder Straße 41.

Alle Delegierten, welche zum Kongreß nach Berlin kommen, werden ersucht, sich nach folgenden Anordnungen der Lokalkommission zu richten. Denjenigen Kollegen, welche es möglich machen können, bis zum Schlesischen Bahnhof zu fahren, raten wir dazu, da dieser dem Kongreßlokal am nächsten liegt. Zur Empfangnahme von Delegierten sind außerdem noch folgende Bahnhöfe besetzt: Anhalter Bahnhof, Görlitzer Bahnhof, Stettiner Bahnhof, Potsdamer Bahnhof. Die Kollegen stehen zur Empfangnahme von Sonnabend nachts 1 Uhr bis Sonntag nachts 12 Uhr bereit. Erkennlich an roter Schleife.

Die Lokal-Kommission.
S. A.: Wilh. Schulz.

Die Tabakindustrie in Westfalen.

Die Tabakindustrie hat sich hauptsächlich in den drei Kreisen Minden, Lübbecke und Herford ausgebreitet. Im Bielefelder, Haller und Wiedenbrücker Kreise ist die Industrie auf einige Orte beschränkt geblieben. In den drei zuerst genannten Kreisen sind 27 000 Personen beim Tabak beschäftigt. Im Jahre 1901 wurden amtlich gezählt: in Fabriken beschäftigt:

männlich 5906 Arbeiter
weiblich 4075

als Heimarbeiter beschäftigt:

männlich 3627
weiblich 4460.

In der Tabakindustrie dieser drei Kreise beschäftigte Schulkinder wurden im Jahre 1898 gezählt:

Knaben 3179
Mädchen 2645.

Niemand glaube aber, daß die Zahl der beschäftigten Kinder abgenommen hat. Nein. Genau, wie die beschäftigten Heimarbeiter zugenommen haben, so hat auch die Beschäftigung eigener und fremder Schulkinder zugenommen. 150 Ortschaften sind es in den drei Kreisen, wo Tabakindustrie vorhanden ist. 4000 Zigarrenmacher haben ein kleines Eigentum im Durchschnittswerte von 5500 Mk., so daß sich ein Eigentum von 22 Millionen Mark im Besitze von Zigarrenmachern befindet.

Diese kleinen Wohnhäuser sind infolge der Wohnungsnot entstanden und von den Sparkassen, Banken und zum großen Teil auch von den Zigarrenfabrikanten sehr hoch mit Hypotheken belastet. So hat die Sparkasse Herford allein an Zigarrenarbeiter 2½ Millionen, an Zigarrenfabrikanten 1,6 Millionen Mark auf Hypotheken ausgeliehen; ungefähr die gleiche Summe kommt bei der Mindener, Salzfleener und Bunder Sparkasse in Betracht. Groß sind auch die Summen, welche die übrigen Sparkassen der drei Kreise ausgeliehen haben.

Wie die einzelnen Dörfer von der Industrie durchsetzt sind, wie das Wohl und Wehe ganzer Orte an das Weiterbestehen der Tabakindustrie geknüpft ist, das zeigen folgende Zahlen:

Das Dorf Eilshausen hat 1937 Einwohner, hiervon sind beim Tabak beschäftigt 630. Es sind 250 Häuser vorhanden, davon gehören 159 Zigarrenmachern.

Siddenhäusen hat 1269 Einwohner, beim Tabak arbeiten 360. Von den 133 Häusern gehören 66 Zigarrenmachern.

Buistedt hat 311 Einwohner; 111 arbeiten beim Tabak und von 45 Häusern gehören 19 Zigarrenmachern.

Im Amte Gohfeld-Mannighüffen sind 3314 Häuser, davon sind 85 Zigarrenfabriken, 909 sind im Besitze von Zigarrenarbeitern; die meisten der letzteren sind von zwei in der Tabakindustrie beschäftigten Familien bewohnt. Außerdem sind 405 Häuser vorhanden, welche zur Zigarrenfabrikation dienen.

Auf die drei Kreise verteilen sich die Tabakarbeiter folgendermaßen:

Minden 4000,
Lübbecke 5000,
Herford 18 000.

Darf der Reichstag, darf die Regierung es wagen, hier mit rauher Hand zuzugreifen?

Wie sagt Drenthier? Mein Sohn, du glaubst nicht, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird! Betrachtet man die von der Reichsregierung versuchte Vernichtung dieser Industrie durch die Mehrbelastung des Tabaks, so gilt auch dieses Wort heute noch.

Rundschau.

Der Reichstag hat vorige Woche die Steuervorlagen der Regierung in 1. Lesung beraten. Nach den Wünschen der Regierung erstreckte der Präsident des Reichstags die Beratung auf alle Vorlagen zugleich, so daß sie zu einem Taktwaben geworden wären, wenn nicht die sozialdemokratische Fraktion, soweit ihre Redner in Betracht kamen, die Einzelberatung der Vorlagen, also eine sachgemäße, sachmännliche Behandlung durchgesetzt hätte. So kam es, daß auch die Tabaksteuervorlage durch einen einzigen sozialdemokratischen Redner, den Abg. Geyer, behandelt wurde, dessen Rede wir an anderer Stelle zum Abdruck bringen.

Ueber die Kommissionsberatung können wir heute nur mitteilen, daß die sozialdemokratische Fraktion zur Beratung der Tabaksteuervorlage nur Forderungen in die Kommission delegieren wird. Natürlich wird die anhaltende Bewegung in der Tabakindustrie auch ihre Rückwirkung auf die Kommissionsberatung ausüben müssen, denn hinter den Kulissen macht die bürgerliche Opposition ein ganz anderes Gesicht, als im Plenum, vor den Kulissen.

Protest gegen die Zigarettenpapiersteuer. Eine am 12. Januar in Dresden abgehaltene Versammlung des Verbandes Deutscher Zigarettenfabriken, Sitz Dresden, nahm einstimmig eine Resolution an, in der es u. a. heißt: Der Verband Deutscher Zigarettenfabriken, der den größten Teil der deutschen Zigarettenindustrie vertritt, erklärt einmütig die geplante Zigarettenpapiersteuer als unannehmbar, da diese Art Steuer nicht nur praktisch unausführbar ist, sondern auch direkt ruinös auf die deutsche Zigarettenindustrie wirken müßte. Die Papiersteuer würde zusammen mit der außerdem geplanten Tabakzollerhöhung eine um viermal höhere Steuerbelastung der Zigarette, als bisher, ergeben und infolgedessen die Fabrikation der Gimpfennig- und billigeren Zigaretten, welche 60 Prozent der deutschen Produktion betragen, vollständig vernichten, damit aber auch den weniger bemittelten Kreisen entweder den seither möglichen Rauchgenuß entziehen oder dieselben zwingen, fernerhin zu 100 Prozent mehr als bisher dafür auszugeben. Entgegen dem Bestreben, die notwendigen Lasten den stärkeren Schultern aufzuerlegen, würden gerade nur die weniger bemittelten, ärmeren Raucher den Hauptanteil aufzubringen haben, die Raucher höherer Preislagen dagegen prozentual weniger betroffen werden.

„Machen Sie sich von der Partei frei!“ So hat Dr. Freund, der Vorsitzende der Versicherungsanstalt Berlin, den Arbeitervertretern im Vorstand der Anstalt geraten, als sie sich zu fragen erlaubten, weshalb der Vor-

stand plötzlich die Hypothek, die er beim Bau des Berliner Gewerkschaftshauses für billigen Zinsfuß gegeben hatte, wieder zurückgezogen hat. Nach einigen Winkeltügen wurde Herr Freund sehr deutlich. Die Gewerkschaften seien mit der Sozialdemokratie zu eng verbunden. Die Sozialdemokratie diskreditiere die Gewerkschaften; würden sie weiter von ihr abrücken, so könnten sie sich höher bürgerlicher Gönnerschaft erfreuen. Es ist nicht das erstemal, daß den Gewerkschaften dieser Rat erteilt wird. Als die Auseinandersetzungen in der Presse über den Vorwärtskonflikt noch im Gange waren, konnte man in den Blättern mit bürgerlicher Gesinnung diesen Rat öfters finden. Verlorene Liebesmüh! Die Gewerkschaftsmitglieder, deren Erkenntnis so weit vorgeschritten ist, daß sie sich in politischen Dingen ein selbstständiges Urteil bilden können, werden nach wie vor zu dem Schluß kommen, daß die einzige politische Partei, die ihre Interessen konsequent und ehrlich vertritt, nur die sozialdemokratische Partei ist.

Berichte.

Bielefeld. Am 7. Januar fand hier eine öffentliche Protestversammlung gegen die neuen Steuervorlagen statt. Der große Saal der Zentrallhalle war schon vor 11 Uhr gefüllt und fortwährend strömten noch Scharen dem Versammlungslokal zu, so daß der Saal, als die Versammlung um 11½ Uhr eröffnet wurde, überfüllt war. Anwesend waren etwa 1500 Personen. Das Referat hatte der Reichstagsabgeordnete Mollenhuth übernommen. Redner beleuchtete zunächst die Finanzgebarung der Regierung und wies auf die Ursachen der jetzt so gerüttelten Finanzverhältnisse hin. Trotz der steigenden Einnahmen und trotz des lange anbauenden Friedens seien die Reichsschulden stets gewachsen. Man fordere mehr Kriegsschiffe, um angeblich den deutschen Exporthandel ausreichend schützen zu können; dabei sei derselbe bis jetzt stets gestiegen, ohne Kriegsschiffe zu seinem Schutz nötig zu haben. Die Entwicklung unseres Außenhandels sei lediglich eine Folge deutschen Fleißes. Die Anhänger der Flottenvermehrung seien aus leicht begreiflichen Gründen die großen Kapitalisten. Diese würden aber ihren Patriotismus nicht besser betätigen, als wenn sie sich bereit erklärten, jezt die Kosten einer Vermehrung der Flotte zu bezahlen. Im Jahre 1885 seien 490 Millionen und im letzten Jahre wären schon 1285 Millionen für militärische Zwecke verausgabt. Redner geht dann die einzelnen Steuerpläne der Regierung durch und kommt zu dem Schluß, daß es wieder die arbeitende Bevölkerung sei, auf deren Schultern die Steuerlasten abgewälzt würden. Bezüglich der Tabaksteuer führt Redner aus, daß schon Bismarck den Tabak als Heilkräuter verwendet habe, um die kranken Reichsfinanzen zu kurieren, und die heutigen Staatsmänner hätten diese Ansicht zu der ihrigen gemacht. Eine abermalige Erhöhung der Tabaksteuer sei für die Tabakarbeiter von geradezu verheerender Wirkung. Man habe dies im Jahre 1879 mit erschütternder Deutlichkeit erfahren. Wenn die geplante Steuererhöhung Gesetz werde, dann werde die Jagd nach billigen Arbeitskräften noch größer, werde doch schon heute im badiischen Schwarzwalde billiger gearbeitet als selbst im Zuchthause. Durch die Zigarettensteuer aber würden Tausende von Arbeiterinnen der Prostitution in die Arme getrieben. Das gesamte arbeitende Volk werde von der Steuerpolitik der Regierung aufs empfindlichste getroffen. Das Volk müsse deshalb seine Stimme erheben und einen flammenden Protest gegen eine derartige verderbbringende Politik erheben, damit es von den Volksvertretern gehört werde. Ein jeder müsse seine ganze Kraft einsetzen, um an der Vernichtung der Steuervorlagen zu helfen. (Anhaltender Beifall.)

In der kurzen, nun folgenden Debatte teilte der Leiter der Versammlung mit, daß ihm von Herrn Humann, dem jetzigen Vertreter unseres Wahlkreises im Reichstage, auf eine erfolgte Einladung hin, folgende Antwort zugegangen sei:

Neuenkirchen, den 5. 1. 1906.

Herrn Albert Schulz, Bielefeld.
Teile antw. Ihres Schreibens vom 3. ds. ergebenst mit, daß ich in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des hiesigen landwirtschaftlichen Bezirksvereins für Sonntag, den 7. d. M., eine Generalversammlung in Aussicht genommen habe, wozu die Einladungen schon vor acht Tagen ergangen sind. Ich kann daher an der Versammlung in Bielefeld nicht teilnehmen. In der Sache selbst bin ich schon deshalb vollständig auf dem Laufenden, weil ich schon 1894 Mitglied der Reichstagskommission war, welche die Tabaksteuer zu beraten hatte, und neuerdings sowohl mit den Fabrikanten, als auch den in der Tabakbranche beschäftigten Arbeitern von Rheda und Wiedenbrück eingehende Besprechungen gehabt habe.

Ich bitte aber, mir das Resultat Ihrer Beratung schriftlich mitteilen zu wollen.

Mit Hochachtung ergebenst

Humann.

Daraus könnten die Arbeiter ersehen, wie wenig der jetzige Abgeordnete sich aus der Stellung der Arbeiter mache. Bielefeld sei der wichtigste Ort des Wahlkreises. Wenn hier das Volk einmal mit dem Abgeordneten des Kreises direkt sprechen wolle, habe der Herr keine Zeit. — So wie der landwirtschaftliche Bezirksverein vorgehe, sei im Zentrum überhaupt Junterinteresse Trumpf.

Kollege Fischer forderte noch die anwesenden unorganisierten Tabakarbeiter auf, sich dem Deutschen Tabakarbeiterverbande anzuschließen, denn nur eine starke Organisation könne die Interessen der Tabakarbeiter wirksam vertreten.

Bielefeld. Am Sonnabend und Sonntag vor der Wiedereröffnung des deutschen Reichstags schlug die Protestbewegung

hier in Westfalen noch einmal hohe Wogen. Die mächtigen Versammlungen waren Aufschreie banger Erwartung von tausenden, in elenden Verhältnissen lebenden Tabakarbeiter. In Bünde waren es am Sonnabend 1500 Kollegen und am Sonntag waren über 3000 im Stadtgarten zusammen; in Bielefeld protestierten 1500 am Sonntag morgen in der Zentralthalle; 3000 waren am Sonntag im Rosenthal zu Münden und am Abend 500 in der Zentralthalle versammelt; die Versammlungen in Bielefeld und Münden waren von circa 700 besucht; die in Bielefeld und Münden waren überfüllt. Salzflecken und noch andere Orte hatten ebenfalls Protestversammlungen. Der Existenzkampf der Arbeiter ist bewundernswürdig. (Nur nicht für die Regierung. Red.)

Brandenburg a. S. Im Café Helgoland hatten sich am 11. Januar die hiesigen Tabakinteressenten (Zigarrenfabrikanten, Arbeiter, und Händler) in ansehnlicher Zahl versammelt, um gegen die ihr Gewerbe schwer schädigende Steuererhöhung Front zu machen. Das Referat hatte Kollege Sidow übernommen. In einstündigem Referat zeigte er, daß die neuen Steuern fast ausschließlich wieder die weniger bemittelten und mittleren Volksschichten zu tragen haben. Für die Tabakindustrie sei die Steuererhöhung geradezu von ruinöser Wirkung. Mit Entschiedenheit müsse gegen die weitere Erhöhung der Tabaksteuer energisch protestiert werden. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Einführung der von der Regierung geplanten neuen Tabaksteuer muß eine bedeutende Verteuerung der Tabakfabrikate, Einschränkung des Konsums und der Produktion und infolgedessen Vernichtung vieler kleiner Existenzen, Lohnrückdrückungen und in großem Umfang Arbeiterentlassungen und Arbeitslosigkeit, mithin schwere volkswirtschaftliche Schädigungen zur Folge haben. Die Tabakinteressenten Brandenburgs, Zigarrenfabrikanten, Arbeiter und Händler, protestieren daher auf das allerentschiedenste gegen die geplante neue Belastung der schon ohnehin schwer genug bedrückten Tabakindustrie. Sie fordern die weiteren Bevölkerungsschichten, insbesondere aber die Tabakkonsumenten, auf, gegen diese ungerechtfertigte weitere Steuerbelastung des Tabaks ebenfalls energisch Protest zu erheben, zumal sich auch bei der vorgeschlagenen Neueinsteuerung des Tabaks wieder zeigt, daß es vorwiegend die weniger bemittelten Volksschichten sind, welche den weitaus größten Teil dieser ungerechtfertigten Steuer zu tragen haben werden.“ Bemerkte sie noch, daß zum Tabakarbeiter-Kongreß Kollege Emil Kraus als Vertreter Brandenburgs gewählt ist.

Bremen-Hafstedt. Der Kollege Koch-Bremen hat in dieser Sache, in welche der Kollege Rauch gehauen hat, indem er solche Anschauungen, wie ich sie in meinem Artikelchen brachte, als eine bedauerliche Erscheinung kennzeichnet. Warum denn eigentlich bedauerlich? Ich finde durchaus nichts Bedauerliches darin, wenn Mitglieder ihre freie Meinung, die ihnen auszufließen wohl vorläufig noch gestattet sein dürfte, zum Ausdruck bringen. Der Kollege Koch bestreitet, daß ich über die Tätigkeit des Vorstands unterrichtet bin und fügt gleich hinzu, daß er auf Grund seiner Erfahrungen besser informiert sei als ich. Dem Kollegen Koch scheint ein gewisses Sprichwort, in welchem vom Eigenlob die Rede ist, nicht sehr zu bejagen, sonst würde er sich wohl etwas weniger unerbittlich ausgebreitet haben. Vorläufig ist mir nichts davon bekannt, daß der Kollege Koch schon Mitglied des Hauptvorstands gewesen ist. Auf was sich dann eigentlich die Behauptung von seiner Erfahrung stützt, das müßen die Götter und der Kollege Koch wissen, ich bescheide mich vorläufig mit der Rolle des erwartungsvollen Gespannten. Dann schreibt der Kollege Koch, daß der Kollege Schmidt es fertig bringt, die verwaltungsmäßigen Arbeiten, wie die des Kassierers, als ganz leichter Art hinzustellen. Aber mein lieber Koch, wo hast du denn deine Augen gehabt? Das habe ich ja gar nicht geschrieben. Ich habe nur behauptet, daß keine professorale Weisheit dazu gehört, die in Frage stehenden Arbeiten zu bewältigen. Und das zu behaupten bringe ich allerdings noch zehn- und hundertmal fertig, ohne mich auf spezielle Erfahrungen stützen zu können. Selbstverständlich können bederartige Arbeiten nicht von Idioten bewerkstelligt werden, aber jeder geistig normal begabte Mensch ist nach meiner Ansicht dazu imstande und jedenfalls fallen die Arbeiten der Zahlstellenbeamten in qualitativer Hinsicht ebenso sehr ins Gewicht, als die Arbeiten der Hauptvorstandsmitglieder. Wenn es im Interesse des Verbands liegt, meine diesbezüglichen Meinungen, um Verwirrung in den Reihen der Mitglieder zu vermeiden, zurückzuführen, so liegt es nach meiner Ansicht eintrecht im Interesse des Verbands, solche offenkundigen Unwahrheiten, wie sie der Kollege Rauch mit der Behauptung folportierte, daß schon manche tüchtigen Kräfte dem Verbande wegen Gehaltsmängeln verloren gegangen seien, öffentlich festzumachen. Daß die Generalversammlung unser Parlament ist, dessen Beschlüsse zur Durchführung gebracht werden müssen, ist richtig, aber damit ist doch durchaus nicht verbunden, daß diese Beschlüsse nicht kritisiert werden dürfen; das wäre wohl eine mehr als merkwürdige Auffassung des Begriffs Parlamentarismus. Wenn es richtig ist, daß die Vorstandsmitglieder nur 7, statt, wie ich annahm, 10 Mk. Diäten auf Agitationstouren uhm. bekommen, so freut mich das, weil dann die nicht besoldeten Mitglieder, welche in die Lage versetzt werden, Diäten zu empfangen, nicht hinter den besoldeten Mitgliedern zurückstehen, deren Gehalt ja weiter geht, während die ersteren auf ihren Tagesverdienst verzichten müssen. Zum Schluß seiner Ausführungen präsentiert mir dann der Kollege Koch einen Maulkorb, den ich mir im Interesse des Verbands umhängen soll. Statt dessen hätte ich lieber vom Kollegen Koch gehört, wie er über die Behauptung des Kollegen Rauch, daß 8 Stunden tägliche Bureauarbeit zu viel sei, denkt. Wenn nämlich die Ansicht des Kollegen Rauch maßgebend werden sollte, dann müßten wir konsequenterweise den Hauptvorstand um ein oder mehrere Mitglieder verstärken, und das kostet Geld, berührt also das Verbandsinteresse. Ich glaube, der Kollege Koch hätte sich mit seinen Ausführungen besser an die Adresse derjenigen Leute gewandt, welche durch unwahre Behauptungen und lächerliche Argumentationen die Kritik geradezu herausfordern.

Dresden. Am 13. Januar fand im Ballhaus eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt, um zu dem geplanten Kongreß zur Bekämpfung der Tabaksteuer Stellung zu nehmen. Kollege Krafzig erläuterte den Anwesenden die Wichtigkeit dieses Kongresses, der schon 1893 den Sturz der Fabriksteuer herbeiführte. Er empfiehlt auch diesmal eine rege Beteiligung. Da Dresden gewissermaßen das Zentrum der Zigarren- und Zigarettenindustrie bildet, müsse es natürlich auch durch eine dementsprechende Zahl von Delegierten vertreten sein. Kollege Vornmann macht darauf aufmerksam, daß auch das Dresdener Stadtverordnetenkollegium gegen die Zigarettenpapier- und Tabaksteuer Stellung genommen habe. Die Annahme der Vorlage müsse er als kulturwidrig bezeichnen. Unfre Pflicht ist es, unsere Existenz und Familie aufs äußerste zu verteidigen. Kollege Bogarell meint, notwendig ist es, daß der Kongreß dahin wirkt, daß die bundesrätlichen Bestimmungen auf die Hausarbeit ausgedehnt werden. Vor allem sei es notwendig, immer wieder energisch zu protestieren, damit die Vorlage falle. Kollege Ullig bedauert die flauere Beteiligung der Zigarettenarbeiter an der Protestbewegung, da sie doch gerade am meisten getroffen würden; denn man könne in Dresden ruhig damit rechnen, daß 2000 Zigarettenarbeiter brotlos werden. Die Versammlung beschloß hierauf, 7 Delegierte zu wählen. Gewählt wurden die Kollegen Krafzig, Piesch, Vornmann, Schöninger, Kopritwa, Meher und Frau Lamm.

Frankenberg i. S. Zu einer imposanten Kundgebung gestaltete sich auch die zweite Versammlung, welche die Kommission zur Bekämpfung der Tabaksteuer im Kaiserhof veranstaltete. Der große Saal war bis auf den letzten Platz besetzt; viele konnten keine Sitzgelegenheit bekommen. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Tabaksteuervorlage im Reichstage; 2. Stellungnahme zu

dem am 29. Januar stattfindenden Kongreß; 3. Wahl von Delegierten. Das Referat über den 1. Punkt der Tagesordnung hatte der Vertreter unseres Wahlkreises im Reichstage, Genosse Stücken aus Dortmund übernommen. In feierlicher Weise führte der Referent den Anwesenden die Gefahren vor Augen, welche den Tabakarbeitern drohen, wenn die Tabaksteuer im Reichstage angenommen würde, und forderte die Anwesenden auf, immer wieder zu protestieren, bis die Vorlage zu Fall gebracht ist. Beim 2. Punkt besprach Kollege Racurow die Bedeutung des Kongresses und empfahl den Anwesenden die Beschädigung des Fells. In der Debatte beteiligten sich die Kollegen Naundorf und Bannier; letzterer beantragte, zwei Delegierte zu wählen, welches einstimmig angenommen wurde. In der nun folgenden Wahl wurden die Kollegen Racurow und Naundorf einstimmig und Kollege Reinhold als Ersatzmann gegen einige Stimmen gewählt. Nach einem Schlußwort des Kollegen Racurow wurde die Versammlung geschlossen.

Graubenz. Am 9. Januar fand die erste öffentliche Tabakarbeiterversammlung in Graubenz statt. Als Referenten fungierten Frau Kiesel-Berlin und Max Clement-Breslau. Ersterer führte in ausführlicher Weise die Notwendigkeit der Organisation hauptsächlich den Arbeiterinnen vor Augen. Gauleiter Clement ging auf den Schönlanter Streit ein und bittet die Graubenger Kollegen, sich ja nicht als Arbeitswillige der Firma Eppensteinschönlanke anwerben zu lassen, denn das Bestreben (Verlegung der Fabrik von Schönlanke nach Graubenz) ginge ja nur darauf hinaus, die Löhne, welche in Graubenz sowieso schon sehr niedrig seien, weiter herabzudrücken. Redner forderte die Kolleginnen gleichfalls auf, sich der Organisation anzuschließen, um dann auch für Besserstellung ihrer Lage kämpfen zu können. Der Erfolg war, daß sich 69 Arbeiterinnen im Deutschen Tabakarbeiterverband anmeldeten, so daß nunmehr eine Zahlstelle in Graubenz besteht. Am nächsten Tage, 10. Januar, fand eine Versammlung in Bromberg statt. Auch hier gelang es beiden Rednern, eine größere Zahl Mitglieder dem Verbande zuzuführen und mit der Gründung einer Zahlstelle vorzugehen. In den Kollegen und Kolleginnen in Graubenz und Bromberg liegt es nun, weiter Mitglieder zu werben, damit auch sie einmal in die Lage versetzt werden, ihre traurige Lage und die niedrigen Lohnverhältnisse aufzubessern.

Hannover. Am 30. Dezember 1905 fand im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung statt, in welcher die Delegierten den Bericht gaben von der Halberstädter Konferenz. Der Bericht wurde beifällig aufgenommen. Sodann erhob die Versammlung gegen § 9, Abs. 7 des neuen Statuts energischen Protest. Sie verlangte, daß auch invalide Mitglieder Unterstützung erhalten sollen, denn dieselben sind nicht nur zum Beitragszahlen da, sondern sie sollen auch bei Arbeitslosigkeit unterstützt werden, damit sie auch in dieser Richtung den andern Kollegen nicht nachstehen.

Mein-Aufstehn. Gegen die Erhöhung der Tabaksteuer fand am 7. Januar im Goldenen Faß eine öffentliche Versammlung statt, welche sehr gut besucht war. Der Referent, Kollege Herrmann, Wiesbaden, verbreitete sich in fünfstündigen Ausführungen über die soziale Lage der Tabakarbeiter im allgemeinen. Er wies nach, wie tiefstaurig die Lage der Tabakarbeiter ist, die keine Mehrbelastung mehr ertragen könnten. Werde die Vorlage Gesetz, würden Tausende von Tabakarbeitern dem Hunger und Elend preisgegeben. In der Diskussion sprach Kollege Holzberger sich im selben Sinne aus und empfahl folgende Protestresolution, welche einstimmig Annahme fand und auch dem Reichstage zugeht: „Die heute im Saale des Herrn Karl Grün dahier tagende Versammlung der Tabakarbeiter und Interessenten (circa 200 Personen) erklärt sich mit dem Referenten, Herrn Herrmann-Wiesbaden, einverstanden und protestiert einstimmig gegen die von der Reichsregierung geplante Tabaksteuererhöhung aus folgender Erwägung: 1. Die Löhne der Tabakarbeiter sind in unserer Gegend seit der letzten Tabaksteuer so gering, daß keine männliche Person mehr diesen Beruf erlernt; auch wird voraussichtlich diese neue Steuererhöhung, wie alle vorhergehenden, eine Lohnreduzierung zur Folge haben. Die Lebensmittel, sowie alle Produkte, sind im Preise gestiegen und die neuen Handelsverträge, welche 1906 in Kraft treten, werden dieselben noch höher treiben, so daß eine neue Tabaksteuer die Arbeiter vollständig an den Ruin bringen wird. 2. Die Tabakindustrie ist in unserer Gemeinde so stark vertreten, daß eine neue Tabaksteuererhöhung einen Rückschlag auf die Gemeindefinanzen ausüben wird. Aus diesen Gründen ersuchen wir die Abgeordneten des Deutschen Reichstags, gegen die Tabaksteuererhöhung zu stimmen und dieselbe so zurückzuweisen, daß die Regierung nie mehr eine solche Vorlage dem Reichstage unterbreitet und damit die Tabakindustrie für immer Ruhe bekommt.“

Kreuznach. Unter der Leitung der Bevollmächtigten der Zahlstelle Kreuznach fand am 14. Januar hier eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung in Bingen statt. Einen Vortrag hielt Kollege Klein-Böhl über den Nutzen des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, was zur Folge hatte, daß genügend Kollegen beitraten zur Gründung einer Zahlstelle, die am Sonntag, 20. Januar, abends 6 Uhr, bei Herrn Altenhofen vorgenommen werden soll.

Leisnig. Am 6. Januar fand hier im Saale des Feldschlösschens eine Protestversammlung statt. Der Besuch war ein guter; Tabakarbeiter und Tabakinteressenten hatten sich eingefunden, um gegen die geplante Tabaksteuer zu protestieren. Das Referat hatte Zigarrenfabrikant Karl Schulze-Leipzig übernommen. Er schilderte in lehrreicher einstündiger Rede, wie der Tabak seit einer langen Reihe von Jahren mit Zöllen und Steuern belastet wurde und welche Wirkungen eine abermalige Belastung des Tabaks für den Tabakarbeiter zur Folge haben müßte. Er kam zu dem Schluß, daß das den Ruin der Tabakindustrie bedeute. Die Versammlung erklärte sich mit ihm einverstanden und nahm eine eingegangene Protestresolution einstimmig an.

Am 7. Januar hielt die hiesige Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Tagesordnung: 1. Bericht; 2. Neuwahlen; 3. Wahl eines Delegierten zur Gaunkonferenz. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung und gab einen Rückblick über die Tätigkeit und Entwicklung der Zahlstelle im verfloßenen Jahre. Nachdem noch die Berichte gegeben worden waren und keiner Einspruch erhob, schritt man zu den Neuwahlen. Der Vorstand setzt sich nach den Neuwahlen wie folgt zusammen: Vertrauensmann Paul Ziehm; 1. Vorsitzender Bruno Lopta; 2. Vorsitzender Max Tille; Schriftführer Emil Klingner. Ueber den Wert der Beschädigung der Gaunkonferenz war die Versammlung geteilter Ansicht. Die Beschädigung der Konferenz wurde mit geringer Majorität beschloffen. Gewählt wurde Kollege Paul Schöder. Nachdem noch örtliche Angelegenheiten zur Sprache gebracht waren, erreichte die Versammlung ihr Ende.

Leipzig. In Bretnig i. S., in Dessau und Dranienhausen fanden gutbesuchte Protestversammlungen gegen die Tabaksteuervorlagen statt, in denen Kollege Geher-Leipzig referierte. Ueberall fanden Protestresolutionen einstimmige Annahme.

Lübeck. Die Protestversammlung, welche im Lokal des Herrn Baumeister Herjelsch stattfand, war von über 400 Personen besucht. Das Referat hatte Kollege Andrich aus Berlin übernommen. Redner besprach ausführlich die Gefahr, welche der gesamten Tabakindustrie drohe, wenn die geplante Mehrbelastung des Tabaks zur Durchführung komme. Redner weiffallte den Redner nach seinem 1½stündigen Vortrage. Trotz Anwesenheit mehrerer Gegner meldete sich keiner zum Wort. Eine entsprechende Protestresolution, welche dem Reichstagsabgeordneten Sielermann zugestellt werden soll, fand einstimmige Annahme. Nach einem kräftigen Hoch auf die Gewerkschaften

schloß der Vorsitzende die so imposant verlaufene Versammlung. Mögen die Tabakarbeiter von Lübeck und Umgegend doch endlich einsehen, daß sie vereinzelt nichts sind, sondern nur geschlossen eine Macht bilden können. Jeder Tabakarbeiter muß sich seiner Organisation, dem Deutschen Tabakarbeiterverband, anschließen.

Meißen. In einer am 9. Januar im Hotel zur goldenen Sonne abgehaltenen Protestversammlung der Tabakarbeiter und Interessenten referierte Genosse Gentzsch über die Tabaksteuererhöhung und ihre Folgen. Redner gibt einen geschichtlichen Überblick über die Besteuerung des Tabaks und geht auf die geplante neue Steuererhöhung ein, die viele kleine Fabrikanten und Tausende von Arbeitern brotlos machen würde. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 9. Januar in Meißen in der Goldenen Sonne tagende öffentliche Versammlung der Tabakinteressenten protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die von der Reichsregierung dem Reichstage vorgelegte Tabak- und Zigarettenpapiersteuer, sowie überhaupt gegen jede Mehrbelastung, die zur Folge hat, daß Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen brotlos und der Not und dem Elend preisgegeben werden. Die Versammlung legt entschieden Protest ein gegen jede indirekte Besteuerung, die nur die breite Masse des Volkes trifft, die die wirtschaftlichen Verhältnisse und die jetzt schon traurige Lage der Arbeiter noch verschlimmert. Die Versammlung fordert alle Beteiligten der Tabakindustrie auf, mit allen Kräften den Kampf gegen jede Mehrbelastung des Tabaks aufzunehmen und zu führen.“

Mittweida. Am 7. Januar fand hier im Saale des Gasthofs Stadt Chemnitz eine öffentliche Protestversammlung gegen die Tabaksteuer statt. Der Reichstagsabgeordnete A. Raben-Dresden referierte in einer zweistündigen Rede über die traurige Lage der Tabakarbeiter. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die heute am 7. Januar im Saale von Stadt Chemnitz stattfindende öffentliche Volksversammlung protestiert auf das entschiedenste gegen die neuen Steuerpläne der Regierung; am energischsten richtet sich jedoch der Protest gegen die geplante Erhöhung des Tabakzolls und der Tabaksteuer, weil sie einer bedeutenden Zahl von Tabakarbeitern, die infolge ihrer körperlichen Beschaffenheit zu anderer Arbeit nicht geeignet sind, die Existenz und damit Lohn und Brot nehmen muß. Wir erwarten von dem hohen Reichstage die Ablehnung der Steuerpläne im allgemeinen, die der Tabaksteuer jedoch ganz besonders.“

Neumarkt i. Schl. Am 10. Januar 1906 fand im Gasthaus zum Schießhaus eine öffentliche Tabakarbeiter- und Interessenten-Versammlung statt. Referent G. Oberle-Bremen führte in 1½ stündiger Rede den Anwesenden vor Augen, was die Tabaksteuer von 1878-79 für die Arbeiter zur Folge hatte; ferner erklärte er den Anwesenden, was die neue Steuerborlage für die Arbeiter und die Interessenten zu bedeuten habe. Zum Schluß forderte er die anwesenden Tabakarbeiter auf, dem Verbande beizutreten. Es wurde eine Resolution, in welcher der Vertreter des hiesigen Wahlkreises aufgefodert wird, im Reichstage gegen die Steuererhöhung zu stimmen, einstimmig angenommen.

Nachim. Am 13. Januar fand im Lokal des Herrn Jarchow eine öffentliche Versammlung statt. Referent Kollege Rudolf Gafelberg aus Ottenen. Tagesordnung: Der Ruin der deutschen Tabakindustrie. Leider war die Versammlung nur von 80 Personen besucht, darunter waren von 44 Tabakarbeitern 15 Mann erschienen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute, den 13. Januar 1906, im Lokale des Herrn Jarchow stattfindende öffentliche Versammlung erklärt sich mit aller Entschiedenheit gegen alle indirekten Steuern und protestiert gegen jede Belastung des Tabaks. Da die geplante Tabaksteuererhöhung nicht nur die Konsumenten, sondern insbesondere die Tabakarbeiter schädigt, erklärt die Versammlung es für die Pflicht jedes Reichstagsabgeordneten, gegen die Tabaksteuer zu stimmen.“

Schönlanke (Posen). Am 11. Januar, abends 8 Uhr, fand eine Volksversammlung statt, in der Kollege Clement, Breslau, und Frau S. Kiesel, Berlin, vor circa 350 Versammelten über: Der Streik der Tabakarbeiter in Schönlanke referierten. Da die Versammlung wegen der gefürzten Polizeistunde nur eine Stunde tagen konnte, mußten sich die Referenten kurz fassen. Nachdem Kollege Clement den Anwesenden den Verlauf der letzten Verhandlung mit den Fabrikanten, die resultatlos verlief, geschildert hatte und den Stand der Bewegung als sehr günstig bezeichnete, sowie die Streikenden zum Aushalten aufforderte, gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die heutige Versammlung beauftragt die Fabrikkommissionen der einzelnen Betriebe, nochmals zu versuchen, den Frieden wiederherzustellen; sollten wider Erwarten die Herren Fabrikanten weiter auf dem Standpunkte stehen, jedwede Zugeständnisse abzulehnen, erklären sämtliche Streikenden, mit aller Schärfe den Kampf weiterzuführen, bis die beschiedenen Lohnforderungen anerkannt sind.“

Durch das darauf erfolgende Braburufen wurde der überwachende Beamte so nervös, daß er mit Auflösung der Versammlung drohte. Hierauf ergriff Frau Kiesel das Wort, um die Anwesenden auf den Ernst der Situation aufmerksam zu machen und ersuchte die Anwesenden, zu der am nächsten Tage stattfindenden Versammlung, die zugleich eine Protestversammlung sein soll, zahlreich zu erscheinen. Mit einem kräftigen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung, schloß die imposante Versammlung.

Striegau. Am 23. Dezember v. J. fand in Gräben in der Bierquelle eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Wahl eines Delegierten zur Gaunkonferenz; 2. Verschiedenes. Kollege Bänisch führte unter anderem aus, daß auch wir uns mit den Beschlüssen der Generalversammlung nicht einverstanden erklären können in bezug auf die Erhöhung der Beiträge und Verminderung der Unterstützung. Dann wurde die Wahl vorgenommen; es wurde Kollege Bänisch gewählt, welcher die Wahl annahm. Zu Punkt 2 sprachen noch die Kollegen Schnabel und Bänisch, daß sich doch mehr Frauen organisieren möchten. Dann wurde der Antrag des Kollegen Hain angenommen, daß alle Monate eine Mitgliederversammlung stattfindet, und zwar immer am letzten Sonnabend des Monats.

Torgau. Am 7. d. M. fand hier eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Hilse über das Thema: „Die Tabaksteuer und ihre Folgen“ referierte. Eine Resolution, welche sich gegen die Belastung des Tabaks mit neuen Steuern wendet, wurde einstimmig angenommen. Diese soll dem Abgeordneten unseres Kreises, Herrn Prischke von Lindenhofen, welcher zu dieser Versammlung eingeladen, aber nicht die Einladung beantwortet hatte, geschweige denn erschienen war, übermittelt werden. Herr Prischke von Lindenhofen ist, soviel uns bekannt, Mitglied des Reichstages und hat es wahrscheinlich unter seiner Würde gehalten, einer Versammlung von Arbeitern, welche sich gegen eine Steuer wehren, die zur Deckung der von ihm gebilligten uferlosen Flottenpläne dienen soll, beizuwohnen.

Erklärung.

Die „Provisorische Kommission“ in Dresden sandte an die Redaktion des Tabak-Arbeiters eine Erwiderung auf die Bekanntmachung unseres Verbandsvorstandes in Sachen des ehemaligen Verbandsfunktionärs, des Kollegen Ullig in Dresden. Den Abdruck dieser Erwiderung lehnte die Redaktion ab, weil die Fortführung der Diskussion über diesen Streitfall vor der gerichtlichen Entscheidung, die nach der Anzeige des Vorstandes bevorsteht, nicht nur zwecklos ist, sondern dem Verband unberechenbaren Schaden zufügen muß. Die Redaktion weiß sich in

dieser Auffassung und Behandlung der Angelegenheit einig mit dem Vorstand und Ausschuss des Verbandes und ersucht die Mitglieder, danach zu achten. An die „Provisorische Kommission“ ging mit der Rücksendung der Erwiderung die gleiche Erklärung ab.

Die Redaktion des Tabak-Arbeiters.

An die Zahlstellen des 5. Gaues.

Eine Konferenz des 5. Gaues (Weistale, die Lippischen Fürstentümer, Regierungsbezirk Osnabrück, die Kreise Sameln, Rinteln und Byrmont) findet am Sonntag, den 28. Januar, vormittags 10 Uhr, in Bielefeld in der Zentralthalle, Kaiser-Wilhelm-Platz, statt.

Tagesordnung:

1. Die Reorganisation im Verbande.
2. Berichterstattung aus den einzelnen Orten.
3. Agitation.
4. Die durch die Erhöhung der Tabaksteuer drohende Vernichtung der westfälischen Tabakindustrie.

Die Wahl der Delegierten ist dem Unterzeichneten anzuzeigen, sowie mitzuteilen, ob Mittagessen gewünscht wird. Es empfiehlt sich, auf 100 Mitglieder einen Delegierten zu entsenden.

S. A.:

Der Gauleiter: Wilhelm Schlüter.

Gau 7.

Alle Sendungen unseren Gau betreffend sowie Abhaltung von Protestversammlungen sind an unseren Gauleiter Franz Schnell in Hanau, Nordstr. 56, bei Orlieben, zu richten.

An die Bevollmächtigten des 14. Gaues (Schlesien und Posen).

Auf Beschluß der Gauleiter Breslau soll baldigst ein Adressenverzeichnis geschaffen werden; darum werden alle Zahlstellen gebeten, baldigst dem Unterzeichneten die Namen und auch die Wohnungen der Vorsitzenden und Kassierer, sowie die Versammlungslokale mitzuteilen.

Mag. Clement, Breslau, Beuthener Str. 43, I., Gauleiter.

Vereinsteil.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftsführer: Hamburg-Altenhof, Mozartstr. 5, I.
Ausschuss: O. Sidow, Brandenburg a. H., Kurze Straße 3.
Schiedsgericht: Th. Jungbluth, Hamburg, Anfelmannstr. 10.

Eingegangen: Hoch 50 Mk., Gr.-Alteim 50 Mk., Frankenberg 11.64 Mk. — Sterbefälle: Bremen 39.14 Mk., Frankenberg 420 Mk., Delmenhorst 40 Mk., Braunschweig 11.95 Mk., Hamburg 1.50 Mk., Altona 167.90 Mk.

Zuschüsse: Duisburg 31.75 Mk., Hastedt 100 Mk., Lüneburg 37.50 Mk., Rheingönheim 75 Mk. — Krankengeld: 32.50 Mk.
Hamburg, den 15. Januar 1906. S. Otto.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Marktstr. 18, II.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II., zu adressieren.

Geld-, Einschreib- u. Wertsendungen nur an W. Niederwolland, Bremen, Marktstraße 18, II.

Für den Ausschuss bestimmte Zuschriften sind an Emil Hüken, Altona, Bl. Lagerstraße 11a, part., zu adressieren.

Bekanntmachung.

Das Mitglied Hedwig Lehmann aus Mohrkirch, Buch Ser. I, 22985 (eingetr. am 10. 4. 05), ist ohne Abmeldung von Händchen abgereist.

Gustav Mittel aus Alblafferdaun ist ohne Abmeldung von Coest abgereist.

Herr. Meyer aus Friedrichskrog (ausgen. 8. 10. 05), Ser. I, 12566, ist ohne Abmeldung von Jhehoe abgereist. Alle drei müssen je 1 Mk. Strafe zahlen.

An die Mitglieder!

Eine besonders große Unklarheit herrscht über den Absatz 7 des § 9, der besagt, „an invalide Mitglieder darf Arbeitslosenunterstützung nicht gezahlt werden.“ Man scheint allgemein anzunehmen, daß Mitglieder, die seitens der Invalidenbehörde für invalid erklärt sind, von dieser Bestimmung betroffen werden sollen, demnach von dem event. Bezüge der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen sind. Diese Ansicht ist falsch. Mit der Bestimmung des Abs. 7 sind nur die Mitglieder gemeint, die ganzinvalid sind, Mitglieder, die überhaupt nicht mehr arbeiten können, also auch nicht mehr arbeitslos werden. Diese Mitglieder selbst können sich über diese Bestimmung aber auch nicht beklagen, da sie einmal für eine längere Zeit im Jahre keine Beiträge leisten, andererseits aber auf Grund ihres kranklichen Zustandes wohl alle Jahre auf das ihnen statutengemäß zustehende Krankengeld Anspruch erheben werden. Wir nehmen an, daß diese gegebene Klarstellung nicht allein genügt zur Beantwortung aller der an uns gestellten Fragen bezüglich dieser Bestimmung, sondern auch zur Beruhigung und Beseitigung der unnötig existierenden Verstimmung der Mitglieder beitragen wird.

Bremen.

Der Vorstand.

Vom 10. bis 16. Januar 1906 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:

Nr.	Ort	Betrag	Nr.	Ort	Betrag
6. Januar. Zeil.	150.—	12. Bernigerode.	150.—		
8. Eulingen.	50.—	12. Ottenen.	400.—		
8. Chemnitz.	50.—	12. Münchenberg.	20.—		
8. Ansbach.	150.—	12. Brandenburg.	250.—		
8. Schmolln.	80.—	13. Finsterwalde.	400.—		
9. Spenge.	200.—	14. Pirna.	100.—		
9. Rinteln.	15.—	14. Achim.	200.—		
9. Herzheim.	50.—	15. Rixdorf.	57.27		
9. Froburg.	70.—	15. Hamburg.	400.—		
9. Kaiserlautern.	250.—	15. Offenbach.	60.—		
9. Gera.	350.—	15. Bloßh.	100.—		
9. Neusalz.	60.—	15. Barmbed.	300.—		
9. Jungsweier.	45.—	15. Reimheim.	49.85		
9. Lampertshausen.	22.48	15. Minden i. W.	1000.—		
10. Münchhof.	150.—	15. Bernburg.	150.—		
10. Rintelnwalde.	150.—	15. Wattenfeld.	102.92		
10. Klein-Werther.	50.—	15. Salzkufen.	50.—		
11. Groß-Mühlen.	160.—	15. Naviß.	100.—		
11. Emmerich.	100.—	15. Kirchlegern.	100.—		
11. Kahla.	59.—	15. Landsberg a. W.	100.—		
11. Lübeck.	297.35	15. Ottenen.	400.—		

B. Freiwillige Beiträge:

9. Januar. Holzhausen b. Byrmont, durch W. Schlüter-Bielefeld 10.—

C. Für Annahmen:

11. Januar. Lübeck, H. Koop. —60

12. Bernigerode, F. Salzweil. —90

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.

Etwasige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Ersuche die Herren Absender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.

Bremen, den 16. Januar 1906.

W. Niederwolland,

Marktstraße 18, II.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für Achim: Aug. Kader als 1. Bev., Joh. Köster als 2. Bev., W. Meier als 3. Bev.; Friedr. Reiners, H. Glode, H. Jung als Kontrollenre.

Für Altenburg: Alfr. Streiber als 1. Bev., Rich. Große als 2. Bev., May Vogel als 3. Bev.; Rich. Bernhardt, Friedr. Reimann, Paul Müller als Kontrollenre.

Für Bredstedt: Heint. Otto als 1. Bev., Otto Koshigke als 2. Bev., A. v. Junowick als 3. Bev.; J. Hille, A. Scherwitz, J. Kleinseid als Kontrollenre.

Für Breslau: Wilh. Fiebig als 1. Bev., Wilh. Wodegita als 2. Bev., Heint. Meier als 3. Bev.; Joseph Kremzig, Aug. Tengel, Luise Köhner als Kontrollenre.

Für Bülow: Stridde als 1. Bev.

Für Cuxhaven II: Hugo Karpiński als 1. Bev., Franz Vorbeer als 2. Bev., Paul Kiebert als 3. Bev.; Bernh. Holländer, Rich. Mitschke, Frau Marie Kaiser als Kontrollenre.

Für Erfurt: D. Wiesen als 1. Bev., Louis Leisse als 2. Bev., Aug. Friz als 3. Bev.; Christ. Wagner, Joh. Zimmermann, Johs. Niebergall als Kontrollenre.

Für Gera: Gustav Rixing als 1. Bev., Rich. Winde als 2. Bev., Paul Sawwig als 3. Bev.; Ernst Kirst, Otto Dietrich, Aug. Künemund als Kontrollenre.

Für Groß-Hausen: Philipp Knaup VII als 1. Bev., Alois Simon als 2. Bev., Philipp Knaup VIII als 3. Bev.; Peter Eberlein I, Bernh. Meß, R. Philipp Nidel als Kontrollenre.

Für Gr.-Minden: Karl Böhm als 1. Bev., Aug. Fiers als 2. Bev., Wilh. Klügge als 3. Bev.; Heint. Göde, Wilh. Brodhage, Heint. Bradebusch als Kontrollenre.

Für Halle a. S.: Karl Lorenz als 2. Bev., Otto Wenzel als 3. Bev.; Herm. Schelle, Otto Fint, Rich. Krause als Kontrollenre.

Für Idelhausen: Karl Grüne als 1. Bev., Karl Schulte als 2. Bev., Aug. Ihde als 3. Bev.; Gustav Sprengel, W. Lüders, W. Uhde als Kontrollenre.

Für Jähle: Rudolf Damm als 1. Bev., Heint. Trümper als 2. Bev., Herm. Götz als 3. Bev.; Alb. Hilbert, Fritz Seiler, Paul Fiedler als Kontrollenre.

Für Kirchlegern: August v. d. Heyde als 1. Bev., Kaspar Bartling als 2. Bev., Heinrich Niehaus als 3. Bev.; Heint. Buchholz, Karl Vollmann, Wilh. Ellerbrod als Kontrollenre.

Für Lützenau: May Schubert, Paul Badmann als Kontroll.

Für Lützenau: Rob. Wolf als 1. Bev., Emil Rüsse als 2. Bev., Karl Kömer als 3. Bev.; Herm. Engel, Karl Schulz, Otto Hermann als Kontrollenre.

Für Ohlau: Emanuel Langner als 1. Bev., Wilhelm Woitas als 2. Bev., Hermann Gewande als 3. Bev.; Reinhold Klipsch, Frau Thiel, Frau Gängel als Kontrollenre.

Für Osnabrück: Wilh. Bente als 1. Bev., Chr. Kreuz als 2. Bev., A. Kiesecker als 3. Bev.; H. Blante, H. Buhmann, F. Döbrod als Kontrollenre.

Für Rastow: Julius Scholz als 3. Bev.

Für Schkenditz: Leo Kachuba als Vertrauensmann; Emil Hermann, Otto Ebner als Kontrollenre.

Für Schwepnitz: Herm. Thater als Vertrauensmann; Karl Reinisch, Heint. Meyer, Paul Erbe als Kontrollenre.

Für Seiffenriedorf: Herm. Hirsch als 1. Bev., Reinhard Seifert als 2. Bev., F. Hermann Michel als 3. Bev.; E. Duffner, E. Röhlig, R. Seifisch als Kontrollenre.

Für Speier: Rich. Glaser als 1. Bev., Adolf Anne als 2. Bev., Karl Bahn als 3. Bev.; Joh. Treutlein, Helene Schwarz, Apollonia Friedrich als Kontroll.

Für Varel (Oldenburg): Georg Müller als 1. Bev., Rudolf Wifler als 2. Bev., Paul Weiss als 3. Bev.; Anton Müller, Wilh. Winkler als Kontrollenre.

Für Wismar a. L.: Ernst Schulz als 1. Bev., Rudolf Blom als 2. Bev., Aug. Stallbaum als 3. Bev.; Wilh. Buchmann, O. Grüner, W. Enoch als Kontrollenre.

Für Würzburg: Adam Hug als 1. Bev., Albert Schmidt als 2. Bev., Peter Lügenburger als 3. Bev.; Ferd. Steigleder, May Gennemich, Aug. Weyer als Kontrollenre.

Für Zeitz: Joh. Singer als 1. Bev., Rich. Prühl als 2. Bev., Georg Rommelmann als 3. Bev.; Herm. Kolbe, Karl Rodowin, Klara Höfer als Kontrollenre.

Für Zunsweier: Joseph Walter als 2. Bev., Wilh. Krumhardt.

Provisorisch aufgenommen sind:

Moritz Rühle aus Sorau, Herm. Schröder aus Sommerfeld (s. R.). (105)

Katharina Schneider, Elisabeth Riem, Marie Kreiling, Meline Krach, Elisabeth Gernant, Elisabeth Adolf, Karl Sack, Philipp Winter, Elisabeth Riem, Wilhelmine Krach, Wilhelmine Kupper, Luise Kauschling, Lina Müller, Margarete Lenz, Luise Lenz, Luise Riem, Margarete Stoch, Kath. Nesselbrecher, Minna Schneider, sämtlich aus Heuchelheim, Anna Jochim, Karoline Beppling, Anna Würz, Elisabeth Winter, Aurelia Bender, Kath. Pfaff, Frida Euler, Karoline Bechtold, Lina Stork, Helene Bender, Karl Stork, Johanna Oppen, Karol. Neuhäus, Lina Leib, Helene Neuhäus, Wilhelmine Jowagal, Karoline Schmidt, Emma Wagner, Anna Bork, Luise Halm, Wilh. Weil, Elisabeth Bender, Elisabeth Drecher, Wilhelm Krauß, Johanne Schmidt, Johanne Amend, Luise Borek, Karoline Baur, Wilhelmine Euler, Eduard Gombert, Emilie Starus, Johanne Starus, Karl Emmerich, Wilhelmine Pfaff, sämtlich aus Krosdorf, Georg Zehner aus Fellingshausen, Adolf Rinn, Karl Zehner, Karl Leib, Ludwig Rinn, sämtlich aus Gleiberg, Heinrich Steder aus Trobe, Georg Gok aus Alten-Bufed, Wilhelmine Schieferstein, Karoline Schmidt, Wilhelmine Schmidt aus Krosdorf, Wilhelm Stork aus Rabheim. (408)

Paul Hiesfeldt, Friedr. Wils aus Prenzlau. (272)
Karoline Böse aus Markgrafstede, Anna Tharte aus Gerorgenthal. (99)

Martha Winterfeld, Otto Höfel aus Ronneburg. (296)
Ernst Schäfer, Heint. Schäfer, Friedrich Schäfer, Minna Schäfer, Adolf Gehbar aus Stuttgart, Heint. Eichholz, Konrad Weppner, Julius Köhler, Frau Emilie Greiling, Frau Elise Kaiser, Martha Sangmeister, Sophie Ebert aus Rotenburg an der Fulda, Heinrich Wagner, Eduard Gleim, Minna Gleim aus Altmorschen, Simon Keller aus Höchberg, Elise Almeroth, Anna Elisabeth Almeroth aus Wippenhausen. (47)

Paul Nolte aus Minnhüffen, Heint. Schreiber, Luise Meyer, Wilh. Meier, Aug. Unterbrind aus Süßlegern. (180)

Anna Halbauer aus Halberstadt. (119)
Heint. Gröbke, Christ. Müller, Aug. Febr, Wilh. Lenz, Karoline Febr aus Mithler, Ferd. Rabis aus Erfurt. (252)

August Frohbsche, Herm. Frohbsche, Aug. Niehaus, Fritz Stein-kamp aus Spenge. (327)

Friedr. Scheller aus Reimheim. (295)
Frau Günther aus Zeitz. (32)

Elisabeth Schulze aus Halle a. S. (s. R.). (162)
Otto Kramer, Ph. Hütting, Ferd. Kordes aus Blotho. (352)
Joh. Janien aus Hohenbergen (s. R.), Heint. Ludwig Ellers aus Grabstede (s. R.), H. Lühnen, Georg Rüd aus Varel i. Olden-burg (beide s. R.). (355)

Frau Frida Göhring aus Viebrach-Bell. (160)
Anna Meerhoff geb. Bröhenhorst aus Spenge. (327)
Hermann Nieß aus Mölln (s. R.). (14)

Otto Rehge aus Dahme. (68)
Karl Bierhals aus Langenmünde (s. R.). (345)

Jda Arndt, Berta Witt aus Froburg, Jda Stengel aus Siebenlehn. (110)

Herm. Schaumann aus Hef-Oldendorf (s. R.). (44)
A. Blütte, A. Krehber, Wilh. Giesen, M. Peters, R. Immand, S. Heering, Th. Derksen, W. Jansen, Frau v. d. Büttin, sämtlich aus Emmerich, S. Postma, J. Wynantsbaun, A. Baltus, F. H. Vinsbergen, L. Vinsbergen, Th. Brunningwehdt, J. H. v. d. Ween, A. Bunt, G. Kaayf, A. Baltus aus Arnheim, Th. v. Kempen, F. v. Rolf, W. Ensing (siehe beiden s. R.), P. v. d. Heiden aus Nymegen, G. Onstein aus Duisburg, S. Borgaardt aus Bofch, A. Helmeling aus Krommenie, G. v. d. Büttin aus Kempen, D. Bohm, S. Jonk, A. Noofcher, (sämtlich aus Amsterdam), L. Driecken aus Elst. (88)

Karl Witsch aus Torgau. (70)
A. Eble aus Enger. (91)

Wilh. Forke aus Achim (8)
Barbara Benz aus Neilingen, Franz Kesseling aus Widenbach, Wilh. Schneider aus Altküßheim, Heint. Scheibel aus Lodenburg, Friedr. Rayh, Aug. Rayh aus Knielingen, Elisabeth Wein, Katharina Kesseling aus Neulufheim. (239)

Anna Schmidt aus Schwarz-Deuland, Friederike Kaszewsky aus Osterode. (42)
Paul Ernst aus Ohlau. (392)

Anna Egwardt, Fr. Anna Egwardt (s. R.), Frau Emma Schaff, Fr. Franziska Müller aus Neumarkt i. Schl., Fr. Albertin Scheuerlein aus Krottschlin b. Rosel. (231)

Karl Schay, Karl Riechel, Lorenz Rottmann, Christian Wallis, Ernst Walli, Fritz Scher, August Willig aus Herzberg a. H. (163)

Herm. Schüler, Herm. Meyer aus Spenge, Robert Brinckhoff, Joh. Beumer aus Dreien, Gust. Fleer aus Westler-Enger, Fritz Stumme aus Vinden bei Hannover, Anna Mäster (s. R.), Friederike Schreiber aus Spenge (s. R.). (327)

Etwasige Einwendungen gegen die provisorisch Aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen. Der Vorstand.

Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:

In Gera: Durch den 2. Bev. Rich. Winde in Deßhewig, Deulwigstr. 18, II. An Wochentagen von 12—³/₄ Uhr mittags und 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 11—1 Uhr mittags.

In Groß-Hausen: Bei Alois Simon. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags. An Sonn- und Festtagen von 11—1 Uhr mittags.

In Halle a. S.: In Korbs Restaurant, Jakobstr. 23. Von 12—2 Uhr mittags und abends von 6 Uhr ab.

In Schkenditz: Nur an Ortsanfällige und die hier in Arbeit treten. Fremdenverkehr ist in der Weißen Taube, Halleische Straße.

In Varel (Oldenburg): Bei Georg Wefer (Herberge), Lange Straße 10.

In Werl (Westf.): Nur an Ortsanfällige und die hier in Arbeit treten.

Krankenunterstützung wird ausgezahlt:

In Goslar: Durch H. Waffermann, Kornstr. 88.

In Groß-Hausen: Nur an Sonntagen von 11—1 Uhr. Während dieser Zeit werden auch Beiträge angenommen und zwar durch Alois Simon.

Adressenänderung:

Für Emmerich: M. Knieß, 1. Bev., Martinikirchgang 797.

Für Goslar: Der 1. Bev. Aug. Meyer wohnt Dedeleserstr. 4; — der 2. Bev., Herm. Waffermann, Kornstr. 88.

Für Kirchlegern: Der 1. Bev. Aug. v. d. Heyden wohnt in Süßlegern Nr. 32.

Für Schkenditz: Der Vertrauensmann Leo Kachuba wohnt Wilhelmstr. 5.

Für Schwepnitz: Herm. Thater wohnt bei Neugebauer.

Für Seiffenriedorf: Der Vertrauensmann Herm. Hirsch wohnt Nr. 470b. An diesen sind alle Zuschriften zu senden.

Für Varel (Oldenburg): Der 1. Bev. Georg Müller wohnt Gr. Bahnhofstr. 18. An diesen sind alle Zuschriften zu richten.

Mitgliederversammlungen.

(Mitglieder, besucht unsere Versammlungen zahlreich!)

In Weiskensfeld: Sonnabend, den 20. Januar, abends 8 Uhr, öffentliche Tabakarbeiter-Versammlung im Restaurant Zentralthalle. Tagesordnung: 1. Berichterstattung über die Leipziger Gaufonferenz. 2. Wahl eines Delegierten zum Tabakarbeiter-Kongress in Berlin. 3. Verschiedenes. — Gleichzeitig ersuche ich sämtliche Mitglieder, ihre restierenden Beiträge so schnell wie möglich zu begleichen, damit die Abrechnung fertiggestellt werden kann.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Bernburg: Sonntag, den 21. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Thüringer Hof, Schulstraße. Tagesordnung: 1. Rassenbericht vom 4. Quartal. 2. Kartellbericht. 3. Bericht von der Gaufonferenz. 4. Stellungnahme event. Wahl eines Delegierten zum Tabakarbeiter-Kongress. 5. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrollenre. 6. Verschiedenes. — Der wichtigen Tagesordnung halber ersuche ich die hiesigen und auswärtigen Mitglieder, vollständig zu erscheinen.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Dessau: Sonntag, den 21. Januar, nachmittags 3¹/₂ Uhr, in Stadt Braunschweig. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten. 3. Bericht von der Gaufonferenz. 4. Beschlußfassung zum Kongress. 5. Verschiedenes. — Alle restierenden Mitglieder werden ersucht, ihre Beiträge sofort zu begleichen, damit die Abrechnung fertiggestellt werden kann. Der wichtigen Tagesordnung halber müssen alle in der Versammlung erscheinen.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Cannenberg: Sonntag, den 21. Januar, in der Arbeiter-halle zu Geier. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Verschiedenes. — Zahlreichem Besuch sieht entgegen

J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Siebrich: Montag, den 22. Januar, abends 8 Uhr, im Kaiser Adolf. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrollenre. 3. Verschiedenes. — Die auswärtigen Mitglieder werden ersucht, bis dahin ihre Beiträge zu begleichen.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Hann.-Minden: Montag, den 22. Januar, abends 8¹/₂ Uhr, im Berliner Hof. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Bericht von der Gaufonferenz in Nordhausen. 3. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrollenre. 4. Verschiedenes. — Es wird gebeten, vollständig zu erscheinen; die Beitrags-reste müssen bis dahin beglichen sein.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Leipzig: Montag, den 22. Januar, abends 7¹/₂ Uhr, im Volkshaus, Zeitzer Straße. Tagesordnung: 1. Bericht der Delegierten von der Gaufonferenz. 2. Wahl eines Delegierten zum Tabakarbeiter-kongress in Berlin. 3. Verschiedenes.

J. A.: Der Vertrauensmann.

In Magdeburg: Sonnabend, den 27. Januar, abends 8¹/₂ Uhr, bei Brautisch, Fackelberg 9. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Sozialismus. Referent: Arbeitersekretär Wöflinger. 3. Bericht von der Gaufonferenz und Besprechung der Beschlüsse der General-versammlung. 4. Bericht vom Gewerkschaftsstatut. 5. Verschiedenes.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

Chemnitz. Für die am 20. Januar angekündigte Mitglieder-versammlung findet eine öffentliche Tabakarbeiter-versammlung zur Bekämpfung der Tabaksteuer statt.

Die Kommission.

J. H. Koopmann, Bremen.

Von neuen Einkäufen empfehle als ganz besonders billig und vorteilhaft:
Vorstenland-Decker, 2. Länge Vollblatt, hell, zart, leicht, enorme Deckkraft, schneeweißer Brand, 220 Pfg.; **braune Farben** 160 Pfg. — **Borneo-Decker**, 2. Länge Vollblatt, von hellbrauner Farbe, ausprobierte Deckkraft 1 1/2 Pfund pro Mille, 200 Pfg.; **dunkle Farben** 120 Pfg. — **Sumatra-Decker** in allen Farben und Längen, schneeweiß und flott brennend, 120, 150, 160, 180, 200, 220, 250 getigert, 300 bis 450 Pfg. — **Sumatra-Umblatt**, sehr leicht und zugefest, brennt als Decker weiß, 120 Pfg. — **Java-Umblatt** 85, 90, 100, 105 Pfg. — **St. Felix-Brasil-Decker**, braune Farben, sehr ergiebig und schneeweiß brennend, 160, 180, 120 Pfg.; **Decker und Umblatt** 110 Pfg.; **reines Umblatt** 105, 100 Pfg.; **Umblatt und Einlage** 90, 85 Pfg.; **Einlage** 80, 75 Pfg. — **Seedleaf-Umblatt** 100, 90, 80, 75 Pfg. — **Jara-Cuba**, Decker und Umblatt, feinste Qualität 160 Pfg.; **Einlage** 120 Pfg. — **Domingo-Umblatt** 100, 90, 85, 80 Pfg. — **Carmen-Umblatt**, zart und breitblättrig, 100, 90 Pfg. — **Havanna**, große Original-Malotten, 85, 180, 150, 200, 250, 300, 450 Pfg. — **Mexiko** 180, 150, 300, 350, 400 Pfg. — **Losgut**, meist Umblatt, als: **Brasil**, **Java**, **Domingo**, **Seedleaf**, **Carmen**, **Havanna** 80 Pfg., **Paraguay** 80 Pfg.

Neue schmiedeeiserne Formenpressen
inkl. Holzfuß und Pressbrett, mit unzerstörbarem Flachgewinde und Mutterverschraubung 6.50 Mk., mit Spitzgewinde 5 Mk.

Gebrauchte Wickelformen
sehr gut erhalten, als: schräge, halbschräge und gerade Fassons, 30 bis 100 Pfg. Schiffschen-Abdrücke hiervon versende sofort gratis und franko.
Gummi-Traganth, allerfeinste, helle Ware pro Pfund 300 Pfg.
Zigarrenband, gelbe Halbseide pro 50 Meter-Rolle 150 Pfg.
Tabakpreise per Pfund verzollt. — Versand nur unter Nachnahme.

J. H. Koopmann, Bremen
Fernsprecher 3946. Neustadtswall 36. Fernsprecher 3946.

Roh-Tabak-Versand. Ausnahme-Offerte.
St. Felix-Brasil, Aufarbeiter, meist Decke, 110 Pfg. per Pfund, bei 10 Pfund 105 Pfg.
St. Sumatra-Decke, 2. Länge Vollblatt, 2 Pfund Deckkraft, mittel bis hellbraun, 180 Pfg. per Pfund. — 2. Länge Stückblatt, 2 1/2 Pfund Deckkraft, 135 Pfg. per Pfund.
St. Java-Einlage 80 Pfg. per Pfund.
Alle anderen Sorten preiswert.
Fordern Sie Preisstempel.
H. C. A. Jensen
Hamburg, Katharinenstrasse 43.
Filiale: Ottensen, Kleine Rainstrasse 8.

Albert Steen, Bremen

Gr. Ausw. nur flott u. schneew. brenn.
Sumatra-Decken:
Nr. 50. 1. Länge, ganz hell, sehr edel. 4.50
51. 1. " " edel u. fein. 4.20
52. 1. " " hell, hochedel. 4.00
53. 1. " " hell, hoch. Qualit. 3.50
54. 1. " " hell b. hellm. hochf. 3.00
55. 1. " " hellm. hochf. u. erg. 2.50
56. 1. " " hell, f. bl. hochf. Du. 2.20
57. 1. " " mittel, reinf., f. fein. 2.00
58. 1. " " hellm. b. mitt., hochf. 1.80
59. 1. " " " " fein u. bl. 1.80
60. 1. " " " " hochf. Du. f. prw. 1.65
61. 1. " " " " hochf. Qual. 1.60
62. 1. " " mitt. b. dunt., f. fein. 1.60
63. 1. " " mitt., g. Du. u. erg. 1.50
64. 1. " " hellm. b. mitt., f. Du. 1.30
65. 1. " " reinf., n. u. 9 Pfd. 1.20
66. 1. " " ganz hell, gr.-br. f. f. 2.20
67. 1. " " " " " " 1.60
Preise per Pfund verzollt. Versand gegen Nachnahme.

!Roh-Tabake!
und sämtliche Utensilien zur Zigarrenfabrikation kauft man am besten und billigsten bei
L. Cohn & Co., Berlin N. 54
Brunnenstrasse 24
Deutschlands größtes Fabrik-Handels-Geschäft der Rohtabak- und Utensilien-Branchen.
Größtes Zigarrenwickelformenlager Deutschlands.
Jede Fassung stets am Lager.
Preisliste 22 mit ca. 1000 Abbildungen kostenlos sofort!

Borrmann & Linneweber
Bremen-Freibezirk.
Von großen Einkäufen empfehlen wir folgende außerordentlich billige und durchaus gesunde Tabake:
Sumatra-Decker in allen Längen und Farben 150—300 Pfg., durchweg tabellos in Blatt und von hochfeinem Brand. **Sumatra-Umblatt** 115—125 Pfg. **Vorstenland-Java-Decker**, edle Marken, von schönem Brand und Geschmack, 200—230 Pfg. **Java-Umblatt und Einlage** 85—130 Pfg. **St. Felix-Brasil**, gutkleefernd und weiß brennend, 120—200 Pfg. **St. Felix-Brasil-Einlagen** von 80—120 Pfg. **Domingo-Umblatt**, groß und feinblättrig, gesund, 90, 100 und 110 Pfg. **Carmen-Umblatt**, trocken und leicht, 85—110 Pfg. **Carmen-Einlage** 75—85 Pfg. **Seedleaf-Umblatt** 90—115 Pfg. **Havanna-Aufarbeiter**, sehr viel Deckblatt enthaltend, blütenweiß brennend, von herrlichem Geschmack, 225—300 Pfg. **Losblatt**, gesunde, tabellose Tabake, garantiert rein überfeicht, 80 Pfg. **Losblatt, Umblatt- und Einlage-Mischung**, von nur feinen Original-Tabaken, 85 Pfg.
Gefällige Aufträge werden prompt erledigt. Die Preise verstehen sich per Pfund verzollt. Versand nur unter Nachnahme.



Gratis versende an jedermann ohne Kaufzwang meinen illustrierten Hauptkatalog, ca. 4000 Nummern und Abbildungen, viele Neuheiten von Solinger Stahlwaren etc. etc.
Weltbekannte Stahlwarenfabrik und Versandhaus
Friedrich Wilhelm Engels, Nümmen-Gräfrath bei Solingen Nr. 323.
(Meine Adresse bitte voll und ganz zu schreiben.)

Preis-Liste
von
Brinkmeier & Co.
Rohtabak-Handlung
Bremen.
Aus unserem Lager offerieren wir folgende Tabake als ganz besonders preiswert:
Sumatra.
2. Vollblattlänge, hochf. eble teilw. blasse Farbe. 5.—
Zarte helle hochedle 2. Vollblattl., riesig deckf. 3.65
2. Vollblattlänge, mittelbr., hochf. Deli-Gew. 3.—
2. Vollblattl., zart mittelbr. b. hell 2.50
2. Vollblattlänge, edel u. breitblatt. 2.40
1. Vollblattlänge, braun 2.20
2. Vollblattlänge, mittelbr. bis hell 2.—
2. Vollblattlänge, braun 1.75
2. Vollblattlänge, mittel bis dunkel 1.50
3. Vollblattlänge, f. billige Decke, weißer Brand 1.20
2. Länge Stückblatt, helle hochedle Farben, riesig leicht u. blättrig neueste Ernte 2.—
Java.
Vorstenlanden - Decker Troetjoel, hochfeiner Qualitätstabak 2.65
Vorstenlanden - Decker, prima, prima, braun bis hell 1.60
Vorstenlanden-Decker, ausgesproch. helle eble Farb., schneew. Brd. 1.85
Leichtes, koloss. Blatt Umbl., hellbr. 1.25
Bezoeki-Umblatt, hochfein. 1.10
Bezoeki-Umblatt-Einlage 85
Vorstenlanden-Einlage 95
Brasil.
Hochfeiner Felly-Decker PF, feinst. Cruz-Gew. 2.—
Hochfeiner Felly-Decker PF 1.70
Hochfeines Felly Cruz-Gewächs. Aufarbeiter-Umblatt-Einlage und Deckblatt, feinstes Cruz-Gew., lang, riesig blatt, schneew. Brd. 1.20
Aufarbeiter-Umblatt-Einlage und Deckblatt, feinstes Cruz-Gew., riesig blättrig 1.15
Feine Qualitätseinlage, feinstes Cruz-Gewächs in los. Blättern 1.—
Feine Qualitätseinlage, feinstes Cruz-Gewächs, blättrig gedockt 1.—
Feine gedockte Einlage 90
Seedleaf.
Feines Wisconsin Havana-Umbl. Umblatt-Einlage, reif, braun 85
Carmen.
Hochfeines Umblatt, prima, prima 1.—
Hochfeines Umblatt, prima, prima 95
Blättriges Umblatt, prima 90
Umblatt-Einlage, sehr schön 80
Domingo.
Hochfeines Motta-Gewächs FF 1.—
Mexiko.
San Andres, feinstes Gewächs, hell bis grau 4.—
San Andres-Gewächs, dunkel 2.50
Havanna.
Feine Buella abajo Einlage 2.75
Leichte aromatische Einlage 1.60
Feine Decker, Buella abajo bis 10.—
Jara-Cuba.
Hochfeiner Qualitätstabak 2.—
Losgut.
Rein amerikanisch, frisch und kerngesund, mehr Umblatt wie Einlage 75
Sämtliche Preise verstehen sich per Pfund verzollt.
Konditionen.
Versand unter Nachnahme. Da wir alles nicht Passende anstandslos zurücknehmen, ist ein Risiko ausgeschlossen. Alle Aufträge, auch die kleinsten, werden nach Eingang sofort sorgfältig erledigt. Wir führen nur gesunde, trockene und gut brennende Tabake. Bei Empfang dieser Liste sind die früher erschienenen ungültig.
Brinkmeier & Co., Bremen.

Leon Weil, Speyer a. Rh.
altbewährte reelle Bezugsquelle für
Rohtabake zur Zigarrenfabrikation
offeriert unter Garantie für gute Qualität und guten Brand:
Sumatra-Decke von Mk. 1.50 an, **Vorstenlanden-Umblatt** und **Decke** von Mk. 1.20 an, **Domingo** und **Carmen** von 90—120 Pfg., **Brasil-St. Felix** von 85—140 Pfg., **Pfälzer** und **Bühlerthaler** von 65—80 Pfg.
Preise verzollt. Postkonto unter Nachnahme.

Roh-Tabak
zur Zigarrenfabrikation offeriert zu billigsten Preisen
Hans Wittig, Bremen.
Versand unter Nachnahme. Kredit nach Uebereinkunft.

Heinrich Franck
Berlin N., Brunnenstr. 185.
Gegründet 1879.
Soeben erschienen
Neuester Katalog
über alle
Deck-Tabake
mit vielen
Gelegenheits-Offerten.
Fordern Sie sofort
Franko-Zusendung.

Nicolaus Beck
Dampfsägewerk u. Zigarrenkistenfabrik
Burg bei Bremen.
Lieferung von Zigarrenkistenbrettern aus Fiedern- und Erlenholz und Auf fertigung fertiger Zigarrenkisten. Auf Wunsch sende ich sofort Muster von Zigarrenkisten-Ausstattungen mit Angabe der Preise für fertige Kisten.

Roh-Tabak
en gros — en detail
Schütze & Kühne
Leipzig
Nürnberger Strasse 22.

Hier sehe ich für 94 Pfg.
Das neueste **Volksfreundwetterhaus** und Thermometer großartig ausgeführt unter Garantie, daß jedes Stück genau jede Veränderung anzeigt, eine Zierde für jedes Zimmer.
Taschenfernseher oder Theaterglas und Leseglas, neu, patentamtlich geschützt.
Taschenmesser mit 2 Ia. Stahlklingen und Kortzieher, hochfeine Qualität.
Schere, weltberühmte Kaiser-Friedrich-Schere, aus gutem Stahl, vernickelt und vergolbet.
Vexierbörse, echt Rindleder mit Innentasche, 8 1/2 cm hoch, 9 cm breit, nur von Eingeweihten zu öffnen.
Künstler-Mundharmonika mit 20 Stimmen ober 40 Tönen, in C-Dur.
Jeder der obigen Gegenstände kostet 94 s bei Bestellung von mindestens 10 Stück, bei weniger wie 10 Stück 97 s jedes Stück. Porto, Kisten und Verpackung 90 s extra für jedes Postpaket. 1 Postpaket kann enthalten 12—20 Stück. Versand per Nachnahme. Kein Risiko. Geld zurück, wenn nicht gefällt.

Friedrich Wilhelm Engels, Nümmen-Gräfrath bei Solingen Nr. 323.
(Meine Adresse bitte voll und ganz zu schreiben.)

Franz Metzler, Bremen
Detail-Versand zu Groß-Preisen.
Sämtliche Tabake haben unter Garantie tabellosen Brand und gute Qualität.
Losgut (Prima-Sortierung) von 75 Pfg. an
Sumatra-Decker, helle Farbe, tabell. Brand, gr. Deckkraft 160 " "
Sumatra-Umblatt 100 " "
Vorstenlanden-Decker, hellbraun, Deckkraft 2 Pfd. 170 " "
Java-Bezoeki, fein in Brand und Qualität 85 " "
Brasil, Felix von 85, 95 und 105 " "
Carmen, Seedleaf, Domingo, Umblatt und Einlage 85, 95 und 100 Pfg.
Cuba 180 Pfg., **Brasil**, Decker 150 Pfg., **Havana**, Decker 250 Pfg.
Preise per Pfund verzollt, nur unter Nachnahme.

En gros. **Rohtabak** En détail.
F. W. Helmecke, Magdeburg.
Grosse Auswahl! Billigste Preise!
Preisliste gratis und franko.

Leon Weil, Speyer a. Rh.
altbewährte reelle Bezugsquelle für
Rohtabake zur Zigarrenfabrikation
offeriert unter Garantie für gute Qualität und guten Brand:
Sumatra-Decke von Mk. 1.50 an, **Vorstenlanden-Umblatt** und **Decke** von Mk. 1.20 an, **Domingo** und **Carmen** von 90—120 Pfg., **Brasil-St. Felix** von 85—140 Pfg., **Pfälzer** und **Bühlerthaler** von 65—80 Pfg.
Preise verzollt. Postkonto unter Nachnahme.

Roh-Tabak
zur Zigarrenfabrikation offeriert zu billigsten Preisen
Hans Wittig, Bremen.
Versand unter Nachnahme. Kredit nach Uebereinkunft.

Heinrich Franck
Berlin N., Brunnenstr. 185.
Gegründet 1879.
Soeben erschienen
Neuester Katalog
über alle
Deck-Tabake
mit vielen
Gelegenheits-Offerten.
Fordern Sie sofort
Franko-Zusendung.

Nicolaus Beck
Dampfsägewerk u. Zigarrenkistenfabrik
Burg bei Bremen.
Lieferung von Zigarrenkistenbrettern aus Fiedern- und Erlenholz und Auf fertigung fertiger Zigarrenkisten. Auf Wunsch sende ich sofort Muster von Zigarrenkisten-Ausstattungen mit Angabe der Preise für fertige Kisten.

Roh-Tabak.
Feinste Deli-Decke
Nr. 5481
rötlich-braune, reine Farben, gutes Vollblatt
à Mk. 1.50 per Pfund verzollt.
Kredit nach Uebereinkunft.
Größtes Lager in Wickelformen.
W. Hermann Müller
Berlin O., Magazinstr. 14.

Rede des Abg. Geyer über die Tabaksteuervorlage

im Reichstag am 12. Januar 1906.

(Nach dem stenographischen Bericht.)

Meine Herren, mir ist die Aufgabe zugefallen, die Tabaksteuervorlage zu besprechen. Ehe ich jedoch dieser Aufgabe nahe trete, habe ich einige Bemerkungen gegen den preussischen Finanzminister zu richten. Herr v. Rheinbaben leistete gestern dem Herrn Schatzsekretär Eufurs in Verteidigung der Steuervorlagen. Dabei versuchte er nachzuweisen, daß die Arbeiter immer noch zahlungsfähig genug seien, um die mehr geforderten Steuern zu zahlen, und benutzte dazu ein Haushaltsbudget, das in der Münchner Post gestanden hatte. Die Absicht ließ ihm zweifellos dabei unter, der Sozialdemokratie eins auszuweisen. Aus seinen Worten ging hervor, die sozialdemokratische Partei behauptet, daß die ärmeren Klassen durch die Steuer immer stärker belastet würden, aus dem Etat aber ergebe sich, daß der Arbeiter bei einem Einkommen von 1560 Mk. an die sozialdemokratische Organisation nicht weniger als 86 Mk. zähle. (Hört, hört! rechts.) Herr v. Rheinbaben fügte dann die Schlussworte hinzu: sapienti sat. Wer das Budget des betreffenden Arbeiters liest, muß allerdings sagen: für den Verdächtigen ist es klar genug, aber gegenüber den illoyalen Verdrehungen seitens des Finanzministers ist es notwendig, eine Erklärung des Budgets zu geben. (Stoche des Präzidenten.)

Vizepräsident Dr. Graf zu Stolberg-Wernigerode: Herr Abgeordneter, Sie dürfen nicht von einer illoyalen Verdrehung sprechen.

Geyer: Ich bedaure sehr, daß Herr v. Rheinbaben nicht hier anwesend ist, um nun aus meinen Auseinandersetzungen zu erfahren, wie er das Budget des Arbeiters zu verschleiern gesucht hat. In diesem Budget ist eine Position aufgeführt, die lautet: Passagelohn an die Organisation 83.20 Mk., und weiterhin eine, die lautet: sozialdemokratischer Verein pro Monat 25 Pf., jährlich 3 Mk. (Hört, hört! links.) Zusammen rechnet der preussische Minister 86 Mk. Ganz richtig. Aber er sagte, das sei an die sozialdemokratische Organisation überhaupt gezahlt worden. Wie kommt der Herr Minister dazu, dies zu behaupten, nachdem hier eine Position eingestellt ist, die da lautet: sozialdemokratischer Verein 3 Mk. pro Jahr? Er scheint sich als ehemaliger preussischer Polizeiminister nicht erklären zu können, wie die Organisationen der Arbeiter überhaupt beschaffen sind. Er wirft alle Organisationen in einen Topf und bezeichnet sie als sozialdemokratisch, um dann der sozialdemokratischen Partei zu sagen, sie fordere jährlich fünfundsiebzig Ausgaben von den Arbeitern für ihre Organisation.

Dieses Verfahren kennzeichnet sich selbst, und nun will ich erklären, wozu eigentlich diese Beiträge aufgewendet werden. Der Arbeiter hat hier unter der Position Passagelohn an die Organisation gezahlt die Beiträge an die Gewerkschaftsorganisation, der er angehört, und das bezeichnet nun der Herr preussische Finanzminister als Beiträge für die sozialdemokratischen Organisationen. In München hat der Arbeiter zu zahlen an Krankenversicherung 47 Mk. rund pro Jahr, an die Invalidenversicherung ca. 10 Mk. pro Jahr, und die Gewerkschaftsbeiträge eines Arbeiters betragen im Durchschnitt 30 Mk. pro Jahr; daraus ergibt sich so ungefähr die Summe, die hier angegeben worden ist, und die der Herr Finanzminister als Beiträge für die sozialdemokratische Organisation bezeichnet. Angenommen, der betreffende Arbeiter wäre ein Buchdrucker — was er nach seinem Gehalt sein könnte, denn er bezieht das für Arbeiter schon bedeutende Einkommen von 30 Mk. pro Woche — und zahlte an seine Gewerkschaft nur die Beiträge, die Herr v. Rheinbaben als sozialdemokratische Beiträge bezeichnet hat, dann würde er die Buchdruckerorganisation oder eine andere ähnliche Gewerkschaft, wenn der betreffende Arbeiter kein Buchdrucker ist, für eine sozialdemokratische Organisation erklären müssen und die Zweite der Gewerkschaft ebenfalls für sozialdemokratisch. Aber jetzt denn z. B. der Buchdrucker seine Gewerkschaftsbeiträge etwa für sozialdemokratische Zweite? Was erstrebt denn die Gewerkschaft, und was erhält denn der Arbeiter von ihr? Die Gewerkschaft gewährt dem Arbeiter für den gezahlten Beitrag Rechtsschutz; sie zahlt einen Krankengeldzuschuß, denn sie ist oft zugleich eine Krankenzufuhrkasse; sie zahlt Reisefürsorge, Arbeitslosenunterstützungen, Umzugsgelder, Unterstüßungen bei Streiks und Aussperrungen, — alles für den Beitrag, den der Arbeiter an die Gewerkschaft entrichtet. Und das bezeichnet der Herr als sozialdemokratische Zweite! Denn da er gesagt hat, daß jene ganzen Summen für sozialdemokratische Organisationen gezahlt werden, so hat er damit auch die Gewerkschaft als eine sozialdemokratische Organisation bezeichnet, während sie sich in Wirklichkeit mit den Dingen befaßt, die ich eben angegeben habe. Das müßte Herr v. Rheinbaben wissen! Wir sind es ja bei Finanzministern gewöhnt, daß sie ihre Etats verschleiern, damit man ihre Wirtschaft nicht durchschauen soll; aber ein einfaches Arbeiterbudget, wie dieses, ist so klar und durchsichtig, daß es sich nicht verschleiern läßt; denn die solide und einfache Wirtschaft eines Arbeiters ist selbstverständlich viel klarer zu durchschauen als die eines Finanzministers. Es wäre aber ganz interessant, genau zu wissen, ob der Herr Finanzminister, wenn er jene in der Gewerkschaft für Krankenversicherung bezahlten Beiträge als sozialdemokratische bezeichnete, etwa auch die vom Reich geschaffenen Versicherungsinstitutionen für sozialdemokratisch erklärt. Diese Art und Weise, gegen die Sozialdemokratie zu kämpfen, sind wir von den Herren ja gewöhnt; aber immerhin ist es notwendig, dies hier darzulegen, weil ja in der Regel von jener Seite die sozialdemokratische Partei aller Schändlichkeiten geziehen wird, wie auch ihre Agitation gegen diese Steuervorlage durch solche Äußerungen als eine Heuchelei hingestellt werden soll.

Meine Herren, was nun die Steuervorlagen anlangt, so ist zwar die Tabakindustrie an Beunruhigungen aller Art gewöhnt; denn die Herren Schatzsekretäre des letzten Jahrzehnts haben es sich nicht verlagern können, bei jeder Gelegenheit auf eine stärkere Schöpfung des Tabaks hinzuweisen. Vor einem Jahrzehnt hat aber die Regierung eine Stellung eingenommen, die im schroffen Widerspruch zu der Vorlage des heutigen Schatzsekretärs steht. In der Regierung befindet sich noch der Vertreter, der 1894 und 1895 vor dem Reichstag die beiden Vorlagen über die Tabakfabriksteuer vertat. Herr Graf Posadowsky, jetzt Staatssekretär des Innern und Stellvertreter des Reichsfinanzministers, der damals Schatzsekretär war, hatte diese beiden Fabriksteuervorlagen zu vertreten. Damals gab es nach Ansicht der Regierung kein anderes, kein besseres System, um höhere Beträge aus dem Tabak herauszupressen, als das Fabriksteuersystem. In der entschiedensten Weise haben die Herren von der Regierungswelt, es damals abgelehnt, auf irgend eine andere Weise vom Tabak höhere Steuern aufzunehmen, als durch das Fabriksteuersystem. Ihre Stellung war damals so klar und durchsichtig, so präzis, daß man sich wundern muß, wie die Regierung heute im schärfsten Widerspruch zu jener Stellung es wagen kann, dem Hause die jetzige Vorlage zu unterbreiten. Schon dieser Widerspruch der Regierung gegenüber ihrer eigenen früheren Haltung müßte das Haus veranlassen,

die Vorlage a limine abzulehnen; denn die Regierung hat es nicht gewagt, diesen Widerspruch auch nur mit einem Worte aufzulösen. Sie hat sich damals gegen die Beibehaltung des Gewerkschaftsteuersystems erklärt. Die Herren Regierungsvertreter haben sich gegen Staffelfälle und Verzölle ausgesprochen, gegen den höheren Importzoll und gegen die Gewerkschaftserhöhung. Ich will mir erlauben, hier einige der präzisesten Aussprüche der Herren Vertreter der Regierungsvorlagen aus der damaligen Zeit vorzutragen.

Der preussische Finanzminister Dr. Miquel, der der Vater der Fabriksteuervorlage war, erklärte am 1. Januar 1894 im Reichstag u. a. folgendes:

Wir hatten keinen Augenblick daran gezweifelt, daß man die Tabakfabriksteuer auf der Basis einer Massen- oder Gewerkschaftsteuer nicht durchführen könne, sondern nur auf der Basis der Unterscheidung nach dem Werte. . . . Abgesehen von dem Falle eines Krieges, gewaltiger Notstände, die über das Land kommen könnten, wo man keinerlei Rücksicht nimmt und das Monopol einführt — abgesehen davon können Sie eine Steigerung der Einnahme des Reiches aus dem Tabak nur in dieser Form der Fabriksteuer erreichen. Wenn Sie diese Form grundsätzlich ablehnen, so beschließen Sie den Verzicht auf eine Besteuerung des Tabaks höher als 1.20 Mk. pro Kopf.

Das sagte der preussische Finanzminister Dr. Miquel, und ihm nach erklärte der Graf Posadowsky in der Vertretung der zweiten Vorlage am 21. Januar 1895:

Sie wissen sehr gut, daß bei dem jetzigen Steuersystem es technisch unmöglich ist, höhere Erträge aus dem Tabak herauszuschlagen, daß es den Tabak vor jeder Erhöhung absolut schützt.

Dann fuhr er fort und erklärte, daß gutwillige Elemente der Regierung Vorschläge gemacht hätten, eine parallele Erhöhung des Zolles und der inländischen Steuern vorzunehmen. Aber — fügte der Herr hinzu — der Gedanke ist schön, aber leider nicht ausführbar.

Nachdem endlich in der letzten Lesung die Tabakfabriksteuervorlage von den Rednern aller Parteien hier zurückgewiesen wurde und die Ablehnung bevorstand, rief der Graf Posadowsky in voller Verzweiflung:

Meine Herren, was bleibt übrig, wenn wir nicht überhaupt den Tabak für immun erklären wollen gegen jede Steuererhöhung? Es bleibt nichts übrig als das Monopol oder die Tabakfabriksteuer! Ich habe bereits in der Kommission des vorigen Jahres gesagt: will man höhere Erträge aus dem Tabak haben, so führt kein anderer Weg nach Kücknack!

So präzis sprach die Regierung sich vor zehn Jahren aus bezüglich der Besteuerung des Tabaks. Es ist die Erhöhung des Zolles nach dem jetzigen Gewerkschaftsteuersystem, sagte sie, technisch unmöglich; es ist unter diesen Umständen aus dem Tabak nichts mehr herauszuschlagen. Warum? Das haben die Herren auch erklärt: weil die Industrie zu schwer dadurch getroffen würde; weil das Gewerkschaftsteuersystem ein ganz ungeheuerliches Kopfsteuersystem bilde, wie die indirekten Steuern überhaupt; weil der arme dazu am meisten beiträgt und weil durch die Erhöhung des Zolles die Industrie so schwer getroffen würde, daß eine große Zahl Arbeiter arbeitslos gemacht würden. Darum erklärten die Herren, es sei nur im Wege der Tabakfabriksteuer mehr vom Tabak zu erreichen. Man meinte durch die Werkssteuer in Form der Tabakfabriksteuer die Industrie nicht so schwer zu treffen wie durch das Gewerkschaftsteuersystem.

Das ist aber nicht die einzige Stellung, die die Regierung gegenüber der Tabakindustrie eingenommen hat. Als vor drei Jahren der Zolltarif beraten wurde, waren an die Regierung verschiedene Herren aus dem Reichstag sowie auch Interessenten aus dem Lande herangetreten, eine höhere Besteuerung des Tabaks vorzunehmen. Besonders waren es die Agrarier unter Führung des Herrn v. Pfeil, die damals eine Erhöhung des Zolles wünschten, um den inländischen Tabakbau rentabler zu machen, wie man sagte. Andererseits traten auch die Zigarettenfabrikanten an die Regierung mit einer Petition heran, einen höheren Zoll auf ausländische Zigaretten zu legen. Die Regierung ging auf nichts ein. Sie wurde aber in der Zollkommission interpelliert, welche Stellung sie gegenüber diesen Forderungen und zur Tabaksteuer einnehme, und da war es damals, im Jahre 1902, abermals der jetzige Staatssekretär des Innern, Graf v. Posadowsky, der für die Regierung die Erklärung abgab, es wäre wohl der Regierung Petitionen auf eine Erhöhung der Tabaksteuer unterbreitet worden, sie habe aber davon abgesehen, in den Zolltarif höhere Positionen einzufügen; die Regierung denke nicht an eine höhere Besteuerung des Tabaks! Das war vor drei Jahren. Wir haben damals offen unser Mißtrauen gegen die Haltung der Regierung ausgesprochen. Wir haben dieses Mißtrauen genährt und waren dazu berechtigt; denn heute zeigt es sich, daß innerhalb der Regierung, wenn sie auch vor drei Jahren offiziell nicht daran gedacht hat, eine Änderung der Tabaksteuer vorzunehmen, die Absicht dazu doch vorhanden gewesen ist. Das haben uns die Aussprüche der beiden Schatzsekretäre der letzten Jahre gezeigt, des Freiherrn v. Rühlmann sowohl, der bei jeder Gelegenheit sagte: wenn wir höhere Steuern brauchen, muß der Tabak bluten! — als auch des Freiherrn v. Stengel, des jetzigen Schatzsekretärs, der vor zwei Jahren, als er in sein Amt trat, bereits darauf hinwies, das Defizit des Reichs werde gedeckt werden müssen, und wenn man nicht andere Mittel dazu ausfindig mache, werde wohl auch der Tabak wieder stärker herangezogen werden müssen.

Solche Widersprüche bestanden zwischen Vertretern der Regierung. In Rücksicht auf diese Stellung der Regierung ist es ganz erklärlich, daß in der Tabakindustrie ein Sturm der Entrüstung nun ausgebrochen ist. Die Regierung empfindet es sehr unliebsam, daß in der Tabakindustrie die Unternehmer mit den Arbeitern gemeinsam in eine schwere Opposition gegen die Vorlagen deshalb eingetreten sind, weil diese rückwärts auf eine Vernichtung der freien Tabakindustrie hinarbeiten. (Sehr richtig! links.)

Die Regierung hat nun in den beiden Vorlagen dem alten System der Gewerkschaftsteuer noch ein anderes Steuersystem hinzugefügt. Das Zigarettensteuersystem enthält das System der Besteuerung nach der Stückzahl. Für die Schnupf- und Rauchtabelle ist das Gewerkschaftsteuersystem beibehalten worden; aber für die Zigarette hat man ein neues indirektes Steuersystem eingeführt, das der Stückzahl, und zwar nach der Zahl der Papierblätter, die zur Herstellung der Zigaretten verwendet werden.

Meine Herren, ich muß mir nun erlauben, in erster Linie das Zigarettensteuersystem einer Besprechung zu unterziehen, weil dieses Gesetz ebenfalls in einem schweren Widerspruch zu dem Tabaksteuersystem steht, nach welchem der Rohstoff höher besteuert werden soll. Hier findet es hauptsächlich die Motive der Regierung, die die Aufmerksamkeit der Tabakindustrie erregt haben und den Unwillen hervorriefen, der ausgebrochen ist. Die Regierung geriet sich in diesem Gesetzentwurf, als ob sie von großer Fürsorge für die Zigarettenindustrie ergriffen sei. Sie weiß zunächst den großen Aufschwung der Zigarettenindustrie nach. In der Tat hat die Zigarettenindustrie im letzten Jahrzehnt einen großartigen Aufschwung genommen. Während vor zehn Jahren ca. 1 Milliarde Zigaretten gefertigt wurden, wer-

den heute nach zehn Jahren bereits 4 bis 4½ Milliarden Zigaretten hergestellt. Die Regierung konstatiert das und knüpft daran folgende Betrachtung:

Es scheint sich hiernach auf dem Gebiet des Tabakverbrauchs langsam ein teilweiser Uebergang von der Zigarette zu der Zigarette vorzubereiten, wie er sich von der Pfeife zur Zigarette bereits vollzogen hat. Hieraus würde der Zigarettenindustrie eine ernste Gefahr entstehen. Nicht mit Unrecht wird daher der geschilderte Vorgang auf dem Gebiet des Tabakverbrauchs von dem genannten Gewerbe mit großer Sorge verfolgt. Nicht weniger haben aber auch die verbündeten Regierungen Anlaß, diesem Vorgang ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden, und zwar ebensowohl aus allgemein volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen wie aus finanziellen Rücksichten.

Dann führt die Regierung näher die Gründe an, die sie veranlassen, die Zigarettenindustrie in Zukunft durch eine schwere Steuer zu beschränken. Nicht nur für die Zigarettenindustrie gehe ein Nachteil aus diesem großen Aufschwung hervor, sondern auch landwirtschaftliche Interessen, die der Tabakbauern, würden durch diesen Aufschwung geschädigt. Ferner habe der Rohstoffhandel einen Schaden davon, und letztlich hat die Regierung auch große Sorge um die Gesundheit der Raucher bei starkem Verbrauch von Zigaretten. Das sind die vier Hauptgründe. Sie ist dabei ziemlich geschickt vorgegangen, indem sie die Antimotivität, die in der Tabakindustrie zwischen den Unternehmern der Zigarettenindustrie und denen der Zigarettenindustrie bestand, gegen die letztere ausspielte, mit einem Wort: sie hat die Zigarette kontra Zigarette benutzt, um ihre Vorlage leichter begründen und den Reichstag leichter veranlassen zu können, auf Grund dieser Darstellung zuzustimmen.

Aber wie steht es denn eigentlich um die Entwicklung der einzelnen Branchen in der Tabakindustrie überhaupt? Gewiß ist der große Aufschwung der Zigarettenindustrie auffällig. Indessen mit der Zunahme der Bevölkerung ist auch die Zigarettenindustrie nicht so sehr in den Hintergrund gedrängt worden, wie das hier die Regierung erscheinen lassen will. Auch die Zigarettenindustrie hat sich vorwärts entwickelt, und wenn bei den Unternehmern der Zigarettenindustrie eine gewisse Antimotivität gegen die Zigarettenindustrie entstanden ist, so mag der Konkurrenzneid dabei eine Rolle spielen. Dieser Konkurrenzneid hat dem Unternehmertum nun einen schlechten Streich gespielt, indem die Regierung die Situation ausnützte, um beide Industriezweige schwerer zu belasten als bisher. Das erkannte denn auch das Unternehmertum beider Industrien; man hat darum neuerdings beiderseits diese Antimotivität in den Hintergrund gedrängt und kämpft jetzt gemeinsam gegen die beabsichtigte neue, schwere Belastung an. Die Zigarettenfabrikanten mögen wohl speziell eingesehen haben, welchen tödlichen Streich sie machten, als sie, feiernd, an die Regierung die Petition um Erhöhung des Zolles auf ausländische Zigaretten richteten. Die Regierung ging darauf nicht ein. „Importieren bringen nichts!“ — haben wir ja von der Regierungsbank oftmals aus dem Munde der Schatzsekretäre gehört. Wenn höhere Steuern auf Importen, sogenannte Luxusölle, gefordert wurden, hieß es: Importen bringen nichts; wir wollen mehr!

Freilich, wenn so ungeheuerliche Zollerhöhungen auf Importen vorgenommen werden, wie die Regierung sie neuerdings in den beiden Gesetzentwürfen vorgelegt hat, dann fließen auch einige Millionen mehr in die Regierungskasse. Aber ob diese höheren Steuern bewilligt werden, ist ja noch die Frage; wenigstens hat es solche Vollausschlüsse noch nie gegeben, wie die Regierung sie hier verlangt.

Was nun die Fürsorge der Regierung für die Bauern, welche durch den weiteren Aufschwung der Zigarettenindustrie benachteiligt werden könnten, anlangt, so nimmt sie an, daß, da zu Zigaretten weniger inländischer Tabak gebraucht wird und überhaupt das Milie Zigaretten viel weniger Tabak benötigt als ein Milie Zigaretten, auch der inländische Tabak weniger Absatz finden würde. Es ist eine bekannte Tatsache: je weniger Nachfrage nach einem Produkt ist, um so mehr sinken die Preise. Die Regierung facht also hier die Tabakbauern an, sie zu unterstützen in ihrem Plane, mehr aus dem Tabak herauszuschlagen, indem sie es so darstellt, als ob durch eine schwerere Belastung der Zigarettenindustrie auch die Tabakbauern Vorteil hätten.

Es scheint mir, als ob die Tabakbauern das Spiel der Regierung auch durchschaut hätten, denn neuerdings haben sie sich in Versammlungen gegen die Vorlage der Regierung ausgesprochen. Eine Zeitlang schien es, als ob die Tabakbauern die Vorlage der Regierung unterstützen wollten; aber es ist ihnen durch die öffentlichen Darlegungen der Vertreter der Tabakindustrie der Star gestochen worden, und sie wissen jetzt, daß sie keinen Vorteil aus der schweren Belastung ziehen können, die die Regierung dem Tabak wieder aufhaken will. Ebenso empfinden die Rohstoffhändler, daß das, was die Regierung zu ihrem Vorteil hier angibt, nur schöne Redensarten sind, damit sie nur ja nicht in die Bewegung gegen die neue Belastung mit eintreten sollen.

Was die Fürsorge der Regierung für die Gesundheit der Raucher anbelangt, so ist es doch notwendig, daß das, was in der Vorlage darüber gesagt wird, auf die Dauer festgehalten wird. Es heißt da:

Ferner darf nicht unerwähnt bleiben, daß nach weitverbreiteter und wohl auch begründeter Ansicht der reichliche Tabakgenuss in Form der Zigarette mehr geeignet ist, die Gesundheit zu gefährden, als der Tabakgenuss in Form des Rauchtabaks oder der Zigarette. Eine allzu starke Verdrängung der Zigarette durch den Zigarettenkonsum ist daher auch von diesem Gesichtspunkt aus nicht erwünscht.

Wir sind nun wirklich gerührt von dieser Fürsorge der Regierung für die Gesundheit der Raucher. Aber wie steht es denn sonst mit der Fürsorge der Regierung um die Bevölkerung überhaupt? Wenn die Regierung wirklich so besorgt ist um die Gesundheit der Bevölkerung, warum greift sie nicht zurück auf die Zeit, wo Regierungen direkt Verbote gegen das Tabakrauchen erlassen haben? (Sehr richtig! bei den Soz.) Das mag heute die Regierung nicht mehr; sie tut es schon nicht aus finanziellen Gründen. Weil sie aus dem Tabakrauchen Profit herausschlägt, darum unterläßt sie, solche Verbote auszusprechen. Es ist das nur ein Vorbehalt, daß man für die Gesundheit der Raucher besorgt sei; denn man will mehr aus der Zigarettenindustrie herauszuschlagen. Darum braucht man auch dieses Argument gegen die Zigarette. Man hat noch ganz andre Absichten mit der Besteuerung der Zigarettenindustrie, auf die ich noch hinweisen werde.

Wenn nun die Regierung in ihren Motiven zum Zigarettensteuersystem so besorgt für die Zigarettenindustrie ist, so steht das doch in auffälligem Widerspruch damit, daß die Regierung die Zigarettenindustrie selbst schwerer belasten will, wie dies im Tabaksteuersystem geschieht. Sie fordert eine Erhöhung des Zolles um rund 50 Prozent und verlegt damit der Tabakindustrie einen so schweren Schlag, daß Zehntausende von Arbeitern frei gesetzt werden. Um deren Gesundheit, Leben und Wohlergehen scheint die Regierung sich gar nicht zu kümmern. (Sehr richtig! bei den Soz.) Dieser Widerspruch ist so auffällig, daß er jedem in die Augen fällt, und das hat die Zigarettenindustrie auch erkannt, daß die Fürsorge der Regierung für die Zigarettenindustrie nicht echt ist, da sie ihr so schwere Rölle auferlegen will,

Die Zigarrenfabrikanten müßten ja Gimpel sein, wenn sie auf die angebliche Fürsorge der Regierung glaubten und nicht zu rechnen verständen, welche Nachteile die Regierung ihnen mit den hohen Tabakzöllen zufügen will.

So viel über die Motive zum Zigarettensteuergesetz. Ich unterlasse es, noch auf weitere Widersprüche, die auch von anderer Seite, z. B. von Herrn Kollegen Speck angeführt sind, augenblicklich einzugehen, um die Sache nicht zu weit auszu-
spannen. Es kommt mir darauf an, die gravierendsten Mo-
mente dieses Entwurfs hervorzuheben, und da komme ich denn
zu den Bestimmungen, die die Kontrolle, ferner die Strafe für
die Hinterziehung betreffen.

Meine Herren, auch hierüber will ich mich zusammen-
fassend ausdrücken. Wer die einzelnen Paragraphen dieses
Gesetzentwurfs bezüglich der Kontrolle über die Einziehung der
Zigarettensteuer durchgesehen hat, der muß verwundert aus-
gerufen haben: glaubt denn die Regierung, daß jemals diese
Bestimmungen auch gründlich durchgeführt werden könnten?
(Sehr richtig! bei den Soz.) Die Regierung, die früher das
Gewichtsteuerwesen für eine technische Unmöglichkeit hielt, um
mehr aus dem Tabak herauszuschlagen, die Regierung, der man
im Jahre 1894 und 1895 das Fabrikatsteuergesetz abgelehnt hat
wegen der darin enthaltenen schweren Kontrollbestimmungen
gegen die Industrie, mag es, noch viel schlimmere Bestim-
mungen in dieses Gesetz aufnehmen und dem Reichstag zu-
schieben, daß er eine solche Geschäftsschnüffelei — denn etwas
andres bedeuten diese Kontrollen nicht — annehmen soll! Da
heißt es unter anderem, daß diejenigen, die Zigarettenpapier
anfertigen, also die Papierfabriken, oder diejenigen, die Ziga-
rettenpapier zu der Anfertigung von Zigaretten benutzen, oder
diejenigen, die Zigarettenpapier verkaufen in den einzelnen
Detailgeschäften, jeden Augenblick während der üblichen Ge-
schäftsstunden der Steuerbehörde Einblick in das Lager des
Zigarettenpapiers gewähren müssen. Außerdem ist noch eine
Bestimmung darin enthalten, daß die Oberbeamten jederzeit
Einblick in die Bücher der Geschäftsleute nehmen können; denn
die Geschäftsleute sind nach diesem Gesetz angehalten, Buch zu
führen darüber, wie viel Zigarettenpapier sie kaufen und ver-
kaufen. Auch für das Lager müssen stets buchliche Angaben vor-
handen sein. Das alles untersteht der Kontrolle der Steuer-
beamten, die hier zu einer — ich möchte sagen — polizeilichen
Geschäftsschnüffelei angehalten werden, wie sie im geschäftlichen
Leben niemals dagewesen ist, und wie man sie sich auch nicht
gefallen lassen wird, — davon bin ich überzeugt.

Und nun die Strafen, meine Herren! Die Strafen sind so
horrend und die Bestimmungen darüber im Gesetz solche, daß
man sagen muß, ein Polizeigesetz könnte nicht schärfer mit Stra-
fen gepflastert sein als dieses Gesetz. Gegen ein solches Gesetz
muß sich selbstverständlich die ganze Industrie erheben, und sie
hat sich erhoben.

Was ist nun weiter die Wirkung eines solchen Gesetzes?
Wenn die Steuer auf Zigarettenpapier mit 3 Mk. pro 1000
Blatt durchgeführt würde, bedeutet das, wie die Interessenten
in ihren Petitionen und Denkschriften dargelegt haben, eine
vollständige Verdrängung der Pfenniggigarette; denn jedes
Tausend Zigaretten wird um 3 Mk. im Preise durch diese Steuer
erhöht. Die billigsten Pfenniggigaretten kosten heute im Engros
5 Mk., 6 Mk., 6,50 Mk. bis 7 Mk. Werden noch 3 Mk. Steuer
darauf gelegt, ist es selbstverständlich, daß diese Zigaretten nicht
mehr zu einem Pfennig pro Stück verkauft werden können. Nun
ist festgestellt, daß die Zigarettenproduktion zur Hälfte Pfennig-
gigaretten herstellt: von den 4 bis 4½ Milliarden Zigaretten
werden im Jahr über 2 Milliarden Pfenniggigaretten hergestellt.
Diese Pfenniggigaretten werden in so großen Massen verbraucht,
weil sie hauptsächlich von den unteren Massen, speziell von den
Arbeitern verbraucht werden. Die Arbeiter der Transportgewerbe
z. B. haben das Zigarettenrauchen mehr eingeführt. Sie, die
gelegentlich bei ihrer Arbeit einige Minuten frei sind, weniges
aus den geschäftlichen Räumen entfernt sind, benutzen
diese kurze Zeit, um dem Tabakgenuss nachzugehen; sie kaufen
sich eine Pfenniggigarette. Den Pfennig geben sie für diesen
kleinen Genuß aus, und die Zigarette verfleugt schnell; sie können
also auf irgend einem Geschäftsgange eine solche Aufwendung
machen. Wenn sie aber künftig 2 Pfg. für eine Zigarette zahlen
sollen (Zuruf von den Sozialdemokraten), dann überlegen sie
sich, ob sie bei ihrem geringen Einkommen für den kurzen Ge-
nuß diese Aufwendung machen sollen, und sie werden die Auf-
wendung vielfach unterlassen. Das muß selbstverständlich einen
starken Rückgang des Konsums zur Folge haben. Die Zigaretten-
unternehmer sagen darum mit Recht: wenn die Pfenniggigarette
beseitigt wird, ist zu befürchten, daß die Hälfte der Produktion
vernichtet wird.

Daß der Rückgang des Konsums stark sein wird, das glauben
wir auch, weil wir ja das geringe Einkommen der Arbeiter
kennen, die einen so hohen Aufwand nicht machen können, in
Zukunft für den kurzen Genuß 2 Pfg. zu zahlen. — So ist es
um die Wirkung dieses Gesetzes bestellt, die dem Arbeiter einen
die Arbeitsfreudigkeit fördernden Verbrauchsartikel verteuert.

Aber noch eine andre Wirkung ist hervorzuheben, die von
keinem der Redner hier hervorgehoben worden ist, die uns aber
veranlassen muß, dieses Gesetz, wie es die Regierung vorgelegt,
unter allen Umständen abzulehnen. Wenn dieser Entwurf Gesetz
würde, die Bestimmungen, die ich Ihnen kurz erläuterte, in Kraft
träten, wenn in Zukunft eine solche Geschäftskontrolle, eine Ge-
schäftsschnüffelei, wie ich sagte, statifände und sich einfände im
Geschäftsleben, wenn in der Zigarettenindustrie, im Zigaretten-
handel man sich diese Steuerkontrolle in Zukunft gefallen lassen
würde und die Industrie daran gewöhnt, dann, bin ich über-
zeugt, kommt die Regierung binnen kurzem und sagt: ihr habt
uns im Jahre 1894 und 1895 die Fabrikatsteuer für die Tabak-
industrie abgelehnt, weil ihr sagtet, sie brächte eine Menge
Schwierigkeiten und Plagereien für die Geschäftsleute mit sich — auch
aus diesem Grunde hat der Reichstag in der Tat jenes Fabrikat-
steuergesetz abgelehnt —, jetzt steht ihr, nachdem dieses System
in der Zigarettenindustrie eingeführt ist, wird es sich ebenso
leicht auf die Zigarettenindustrie übertragen lassen. Diejenigen
Herren darum, die in ihren Erklärungen gegenüber ihren Wäh-
lern sich wohl gegen eine Erhöhung des Zolls auf Rohtabak
ausgesprochen und versprochen haben, die Vorlage abzulehnen,
um die Zigarettenindustrie zu schützen, die aber draußen, ihren
Wählern gegenüber, wie von der Tribüne dieses Hauses herab
gesagt haben, sie seien für eine Zigarettensteuer zu haben, warne
ich, auf diesem Wege vorwärts zu gehen. Die Regierung ver-
sucht auf diesem Wege meiner Ansicht nach auf Umwegen dem
Monopolgedanken immer näher zu kommen; denn die Fabrikat-
steuer wäre nicht etwa ein Schutz gegen das Monopol gewesen,
wie behauptet wurde. Für die Regierung heißt es: durch die
Fabrikatsteuer zum Monopol! Das war ihre Absicht. (Sehr
wahr! bei den Soz.) In der Tat sind die Bestimmungen dieses
Gesetzes noch schlimmer als die Kontrolle in den Monopol-
staaten, wo die Tabakindustrie bereits in staatliche Regie ge-
nommen ist. Unter dem Monopol — das gebe ich zu — ist es
auch nicht notwendig, solche Bestimmungen zu schaffen, wie die
Regierung sie hier geschaffen hat, um sich ja keinen Heller und
keinen Pfennig der Steuer entgehen zu lassen. Gegenüber einer
freien Industrie, die weit verbreitet und verzweigt ist, eine große
Anzahl von Geschäften für den Verbleib ihrer Produkte aufzu-
weisen hat, sind allerdings strengere Bestimmungen nötig als
in Monopolstaaten. Aber das ist eine um so schwerere Be-
lastung, das sind Schwierigkeiten, die sich die Anhänger des kapi-
talistischen, privaten Produktionssystems nicht gefallen lassen
können, wenn sie nicht dieses System aufgeben und dem staat-
lichen Betriebe zufliehen wollen. Sie haben ja ihre Redner vor
20 Jahren gegenüber dem Monopolprojekt der Regierung erklärt
lassen, daß man durch dieses Monopol der Sozialdemokratie in
die Hände arbeite, denn sie strebe ebenfalls nach Verstaatlichung
der gesamten Produktion. So unklar resp. unrichtig dieser Vor-
wurf war, der damals der Regierung gemacht wurde, so war
es doch verständlich von Seiten derjenigen, die bezüglich der freien

Industriewirtschaft, wenn ich mich so ausdrücken darf, keine wer-
tere staatliche Einengung wünschten.

Nun, meine Herren, hat die Regierung aber auch in ihren
Motiven noch von sozialpolitischen Rücksichten gesprochen, die ge-
nommen werden müßten und genommen worden wären bei der
Ausarbeitung dieses Gesetzentwurfs. Bei der Tabaksteuer zeigte
sich diese sozialpolitische Rücksicht auch nicht. Die Regierung hat
in den Motiven des Tabaksteuergesetzes gesagt:

In der Öffentlichkeit ist der Gedanke an eine solche aber
immer wieder aufgelebt, und die Erkenntnis, daß der Tabak
zu einer stärkeren steuerlichen Inanspruchnahme für die Be-
zehrung der Geldbedürfnisse des Reichs sich vorzugsweise
eignet, dringt trotz vielfachen Widerspruchs immer weiter vor.

Das ist eine Behauptung, die die Regierung nicht weiter
beweisen hat, sie hat nur diese Behauptung aufgestellt, und auch
der Herr Staatssekretär hat in der Begründung der Geset-
zentwürfe kein Wort davon gesagt, wie tief diese Erkenntnis in
die Öffentlichkeit gedrungen sei, und welche Kräfte es wären,
die diese Erkenntnis ausgesprochen hätten. Er könnte sich höch-
stens beziehen auf die Aussprüche, die gelegentlich hier im Hause
von Seiten der Redner gemacht worden sind, die einmal gelegent-
lich auf eine höhere Besteuerung des Tabaks hingedeutet haben.
Aber diese Herren vertreten ja doch nicht die weiten Volkskreise,
von denen jedenfalls hier die Rede sein soll; oder vertreten sie
die tiefe Erkenntnis, die sich in der Öffentlichkeit bemerkbar
gemacht haben soll? Im Gegenteil ist in der Öffentlichkeit die
Erkenntnis immer tiefer eingedrungen, daß die Regierung mit
ihrer ewigen Beunruhigung der Tabakindustrie volkswirtschaft-
liche und sozialpolitische Rücksichtslosigkeit in fonderlicher Art
begeht. Wenn eine Industrie einmal, wie es durch Ablehnung
der Fabrikatsteuer durch den Reichstag vor zehn Jahren geschehen
ist, sich geschützt glaubt, dann sollte die Regierung es nicht
wagen, von Jahr zu Jahr neue Drohungen offizieller und offi-
ziöser Art ausstoßen zu lassen, die diese Industrie in ihrer Ent-
wicklung hindern. Denn diese Beunruhigungen haben die Tabak-
industrie auch in der Entwicklung gehindert, und wenn diese
trotzdem langsam vorgeschritten ist, so ist es sicherlich nicht das
Verdienst der Regierung, die stets störend in diese Entwicklung
eingegriffen hat durch die Bedrohung mit neuen Steuern. Die
Regierung hat auch damit der Arbeiterschaft schwere Schläge ver-
setzt; denn es ist selbstverständlich, daß, wenn eine Industrie in
ihrer Entwicklung gehemmt wird, dann das Unternehmertum
nicht die sicheren, weitverbreiteten Dispositionen treffen kann,
die dem Geschäft eine gewisse Ruhe verleihen, von der auch
die Arbeiter profitieren. Bei der ewigen Beunruhigung ist es
erklärlich, daß die Unternehmerschaft in der Zeit, wo die Be-
unruhigung nicht so arg ist, auf alle mögliche Weise schnell Pro-
fite zu erraffen sucht, und das geschieht auf Kosten der Arbeiter-
schaft.

Es ist nicht richtig, wie der Herr Staatssekretär gestern
sagte, daß die Löhne erheblich gestiegen wären. Woher hat er
diese Kenntnis? Er sagte, daß er sie aus sachlichen Kreisen
habe. Er braucht nur in die Statistik des Reichs über die Löhne
zu sehen, wie hoch sie stehen, und er würde dann nicht mit den
angeblichen erheblichen Lohnsteigerungen paradiern (Zur
Verteidigung seiner Vorlage). Die Tabakarbeiter haben sehr niedrige
Löhne, die Arbeiter anderer Berufe stehen im Lohn höher als
die Tabakarbeiter. Dahin ist es leider durch die Eingriffe der
Regierung gekommen. Die Zollerhöhungen und Steuerlasten
von 1879 haben die Arbeiter mehr belastet, was gestern Herr
v. Stengel zur Verteidigung seiner Vorlage bestritt. Das
müssen wir besser wissen, denn das haben wir miterlebt; am
eigenen Leibe haben wir gespürt, was die Regierung im Jahre
1879 durch die damalige schwere Belastung der Tabakindustrie
angeht hat. Wir waren es, die als Zigarrenarbeiter damals
weniger Arbeitsgelegenheit hatten. Wenn er anführt, das sei
nicht der Fall gewesen, denn im Jahre 1875 habe die Zahl der
Tabakarbeiter rund 110 000 betragen und im Jahre 1883 113 000,
so beweist eine solche Darlegung gar nichts; denn er hat es unter-
lassen, die Zahl aus dem Jahre 1878 und 1879 anzugeben, als
die erhöhten Steuern noch nicht in Kraft getreten waren. Die
Tabakindustrie befand sich Mitte der 70er Jahre nach dem be-
kannten vorausgegangen allgemeinen Krach wieder im Auf-
schwung, wenn auch nicht in der Weise, wie die Zigaretten-
industrie im letzten Jahrzehnt. Ein paar Jahre dieses Auf-
schwungs hatte die Zahl der Arbeiter vermehrt. Davon hat der
Staatssekretär kein Wort gesagt. Wo bleibt er denn mit seiner
Statistik aus dem Jahre 1879, dem Jahre der Zollerhöhung?
Die Zollerhöhung wirkte überhaupt erst im Jahre 1879, denn
das Unternehmertum hatte natürlich sehr große Kosten Tabak
vorher eingekauft, um sich zu decken, und dann kam der Rück-
schlag mit einemmal. Die Zigarettenindustrie hatte einen schwe-
ren Kampf durchzumachen, sie hatte, wie vor 10 Jahren unser
Fraktionskollege v. Elm nachgewiesen hat, einen so schweren
Schlag erlitten, daß damals die Konturze in der Tabakindustrie
zahlreich waren, und es ist selbstverständlich, daß, wenn Ge-
schäftsunternehmungen massenhaft ruiniert werden, auch die
Arbeiterschaft brotlos wurde. Wenn man glauben machen will,
daß die damalige Belastung der Tabakindustrie keine schweren
Wunden geschlagen habe, um nur hier eine leichtere Verteidigung
der jetzigen Vorlage zu haben, so müssen wir demgegenüber nach-
weisen, daß damals der Schlag gegen die Zigarettenindustrie ein
außerordentlich schwerer war. Diese Tatsache kann nicht aus
der Welt geschafft werden. Wir haben hier Kollegen im Reichs-
tag, die infolge der damaligen Arbeitslosigkeit sogar das Vater-
land haben verlassen müssen, weil sie keine annehmbare Arbeits-
gelegenheit mehr fanden. So und noch schlimmer wird es auch
nach dieser Vorlage gehen.

Die Regierung hat in dieser Vorlage nicht, wie vor zehn
Jahren in der damaligen Fabrikatsteuervorlage, einen Rückgang
des Konsums in Berechnung gezogen; nur mit einer sehr schleier-
haften Bemerkung hat sie durchblicken lassen, als ob ein Rück-
gang des Konsums eintreten könnte, der höchstens 5000 bis
6000 Arbeiter freisetzen würde. Die Sache liegt anders; die
Regierung hat in ihrer Vorlage falsche Berechnungen mehrfach
aufgestellt. Sie hat wohl um ca. 50 Prozent den Zoll erhöht,
aber sie hat die Verteuerung des Fabrikats durch diesen Zoll
nicht richtig angegeben. Sie sagt, bisher habe durch die Be-
lastung durch den Zoll die Zigarette eine Verteuerung von 0,5 Pfg.
erlitten. Das stimmt nicht. Es ist sehr leicht auszurechnen, wie
viel die bisherige Verteuerung beträgt. Wir zahlen auf den
Doppelgänger Rohtabak 85 Mk. Zoll, das macht pro Kilo
85 Pfg. Zu einem Kilo Zigaretten werden 8 Kilo gebraucht; es
läßt sich leicht berechnen, wie viel achtmal 85 Pfg. ausmacht,
es sind 6,80 Mk., die pro Kilo aufgeschlagen werden. Also nicht
0,5 Pfg. beträgt der Aufschlag auf die Zigarette, sondern beinahe
0,7 Pfg. Und wenn jetzt der Zoll um 40 Mk. erhöht wird, so
daß der Doppelgänger mit 125 Mk. belastet wird, so beträgt der
Aufschlag für die Zigarette künftig rund einen Pfennig, denn das
Kilo wird mit 1,25 Mk. belastet, und da 8 Kilo zu 1000 Zigaretten
verbraucht werden, beträgt der Aufschlag auf ein Kilo Zigaretten
rund 10 Mk., also für die Zigarette einen Pfennig. (Gört, hört!
bei den Soz.) Eine solche Verteuerung dieses Massenverbrauchs-
artikels, der Bier- und Kumpfniggigarette, um rund 25 bis
30 Prozent ist eine so schwere Belastung, daß die Regierung es
unterlassen sollte, die neuen Forderungen zu stellen. Die bis-
herige Belastung ist schon schwer genug. Man fragt sich in der
Tabakindustrie: wie kann die Regierung eine Industrie noch mehr
belasten wollen, die bisher schon ein ganz hübsches Ertragnis
für den Staatsfiskus abgibt? Bisher wird der Tabak jährlich
70 Millionen Mark ab, und mit der Bevölkerungszunahme wird
er für den Staatsfiskus immer mehr abwerfen. Wenn die Be-
völkerungszunahme so fortgeschritten und mit ihr die Entwicklung
der Tabakindustrie, dann ist es zweifellos, daß innerhalb der
nächsten 10 oder 15 Jahre die Regierung bei dem bisherigen
Steuerstystem rund 100 Millionen Mark aus dem Tabak heraus-
schlagen wird. Diese Berechnung wird sich auch die Regierung
gemacht haben; aber es genügt ihr dieser Betrag nicht.

Wenn nun eine so schwere neue Belastung kommt, wird ein

bedeutender Rückgang des Konsums zu verzeichnen sein. Die
Industrie hat sich alle Mühe gegeben, um den Reichstag über
ihre Lage zu unterrichten; sie hat Berechnungen aufgestellt, die
ganz andre Aufschlüsse geben, als die die Regierung aus sach-
männlichen Kreisen erhalten zu haben vorgibt. Die Regierung
kann doch nicht behaupten, daß die gesamte Industrie etwa der
Regierung feindlich gesinnt sei und aus purer Regierungsfeind-
lichkeit sich gegen die Steuerentwürfe wende. Nein, aber die
Unternehmer der Tabakindustrie wissen, daß, je schlimmer die
Lage gestaltet wird, auch der Kampf zwischen dem Unternehmertum
und der Arbeiterschaft ein immer schwererer wird. Es ist
selbstverständlich, daß, wenn das Unternehmertum den Schaden
auf die Arbeiter abwälzen sucht, die Arbeiter sich dagegen
wehren werden, und daß darum die Kluft zwischen den Be-
sitzenden und Nichtbesitzenden immer mehr erweitert wird. Der
Klassenkampf, den Sie ja so sehr verabsäumen und beiseite
schieben wollen, wird durch derartige Manipulationen geschürt.
(Sehr richtig! bei den Soz.) Die Arbeiter müssen sich in ihrer Not
gegen eine weitere Verschlechterung ihrer Lage wenden und
müssen danach trachten, es abzuwehren, daß die Löhne herab-
gedrückt werden. Das alles kümmert die Regierung nicht, die
da vorgibt, sozialpolitische Gründe hätten sie veranlaßt, auf die
Zigarettenindustrie Rücksicht zu nehmen. Das ist eine schöne
Rücksichtnahme, die die Industrie so belastet und ruiniert, daß
der Kampf der Arbeiterschaft gegen das Unternehmertum noch
verschärft wird!

Die Regierung behauptet zwar, wie der Herr Staatssekretär
in diesen Tagen sagte, man übertreibe in den Kreisen der In-
dustrie die Wirkungen des Tabaksteuergesetzes. Das ist nicht
wahr. Herr v. Stengel hat auch bestritten, daß eine Verschiebung
der Fabrikation stattfindet oder daß sie früher stattgefunden habe.
Aber auch hier sprechen die Tatsachen gegen ihn. Als im Jahre
1879 die Tabakbelastung kam, war es selbstverständlich, daß das
Unternehmertum so viel wie möglich zu retten suchte, und da
hat es denn die Fabrikation aus den Zentren der damaligen
Tabakindustrie verlegt, von Norden nach Süden oder aus den
Großstädten in die kleinen Städte und in die Dörfer der einzel-
nen Staaten, in denen die Tabakindustrie hervortrat. (Sehr
richtig! bei den Soz.) So ist es in Preußen, so ist es in
Sachsen geschehen. In den Hansestädten, in Bremen und Ham-
burg besitzt die Tabakindustrie nicht mehr die Bedeutung wie
vor 20 Jahren; denn diese Industrie befindet sich überwiegend
nicht mehr in jenen Städten, sondern ist verdrängt worden; es
sind neue Arbeiter angelockt worden in den Dorfschaften West-
falens, in den Dörfern Badens, Württembergs usw. Nach dem
Süden ist tatsächlich die Industrie verdrängt worden. In Sach-
sen ist es ebenso. Dort bestand vor mehr als 25 Jahren eine
größere Tabakindustrie in den Städten Dresden und Leipzig.
In jenen großen Zentren arbeiteten die Arbeiter gemeinsam
in Fabriken und waren so in der Lage, ihre Interessen mehr
wahrzunehmen. Jetzt ist diese Interessenvertretung gefährdet
worden durch die Hausarbeit. Die Heimarbeit dezentralisiert
die Arbeiter. Die Unternehmer suchen durch die Hausarbeit die
Löhne herabzudrücken, sie spielen die Arbeiter gegeneinander aus,
sie suchen die Arbeiter bei Ablieferung der Ware zu beeinflussen
auf je geradezu unerhörte Art und Weise. Es ist traurig, wie
diese Arbeiter geschunden werden und ihr Lohn auf ein Niveau
herabgedrückt wird, das nach dem statistischen Jahrbuch aus-
weislich nicht viel über 500 Mk. beträgt, wobei ein menschen-
würdiges Dasein nicht geführt werden kann. Selbst einer der
reaktionärsten Konservativen, der verstorbenen Adernann, erklärte
seinerzeit im sächsischen Landtage, es sei nicht möglich, bei einem
Einkommen unter 900 Mk. ein menschenwürdiges Dasein zu
führen. Die Tabakarbeiter aber sollen mit reichlich 500 Mk.
auskommen; und da sagte noch der Herr Staatssekretär zur Ver-
teidigung seiner Vorlage, daß die Löhne der Tabakarbeiter in
den letzten Jahren erheblich gestiegen seien. (Zuruf.) — Auch
in Süddeutschland nicht, Herr Staatssekretär. Dort klagen die
Arbeiter tagtäglich über Lohnbrud; sie erhalten keine Lohnauf-
besserung. Sie haben auch dort gar nicht Gelegenheit, irgend
eine Lohnverbesserung durchzusetzen, weil sie noch nicht zur Er-
kenntnis des Wertes einer Organisation gekommen sind, durch
die allein sie sich höhere Löhne erkämpfen können. Die Organi-
sation der Tabakarbeiter, der Deutsche Tabakarbeiterverband,
gibt sich alle Mühe, die süddeutschen Arbeiter in dieser Beziehung
aufzuklären. Aber es gelingt uns nicht, weil durch die Verlegung
der Fabrikation in die Hausarbeit die Arbeiter dezentralisiert
werden. Die Herren Konservativen sehen ja die Arbeiter-
organisation überhaupt nicht gern. Man bezeichnet solche Ar-
beiterorganisationen, die zur Hebung der Lage der Arbeiter
gegründet werden, wie es Herr Minister v. Rheinbaben tat, als
sozialdemokratische Organisationen. Allein, die Hebung der Lage
der Arbeiter wäre schon innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft
möglich, ohne daß die heutige kapitalistische Produktionsweise
dabei aus der Welt geschafft würde; aber Sie hindern durch solche
Gesetze, wie die neuen Steuerentwürfe, die Arbeiter daran, sie
ruinieren die Tabakindustrie und bewirken dadurch, daß die
Lage der Arbeiter immer mehr verschlimmert wird. Ja, meine
Herren, das sind die famosen sozialpolitischen Rücksichten, die
die Regierung mit solchen Steuerentwürfen zu üben vorgibt. So
vernichtend, wie das Zigarettensteuergesetz für die Zigaretten-
industrie wirkt, so schädigend wirkt die Zollerhöhung für die
Zigarettenindustrie, in der die Handarbeit vorherrscht. Die Re-
gierung hat selbst darauf hingewiesen, daß innerhalb der Ziga-
rettenindustrie Maschinen tätig seien. Infolge der Maschinen
ist es allerdings möglich, große Massen von Zigaretten billiger
herzustellen, denn die Maschinenarbeit ist billiger als die Hand-
arbeit. Die übergroße Mehrzahl der Zigaretten wird mit
Maschinen angefertigt, darum sind in der Zigarettenindustrie
auch nur 15 bis 20 000 Arbeiter beschäftigt. Aber in der ge-
samten Tabakindustrie werden rund 200 000 Arbeiter beschäftigt.
Es ist erklärlich, daß ein Rückgang des Konsums der gesamten
Arbeiterschaft in der Tabakindustrie einen schweren Schlag ver-
setzen würde. (Sehr richtig! links.)

Es würden 40 bis 50 000 Arbeitskräfte arbeitslos. Nach den
Erfahrungen von 1879 wissen wir, daß damals 10 bis 15 000
Arbeiter arbeitslos geworden sind. Dabei kommt aber in Be-
tracht, daß eine ganze Reihe von Arbeitern unter dem Druck
nicht voll beschäftigt worden sind. Jeder sucht sich bei einem
Rückgang des Konsums so gut wie möglich durchzuschleppen, bis
viele in der Regel der Konkurrenz des Großkapitals unterliegen.
Man hat die halbbeschäftigten Arbeiter als nicht arbeitslos be-
zeichnet, man hat auch dabei nicht das Elend der Lohnrückerei
beachtet. Aber, ich sage noch einmal, wir haben den Schaden
damals am eigenen Leibe gespürt. Es ist darum erklärlich,
weil wir heute auch zu dem kleinen Unternehmertum gehören,
daß wir uns mit Regeln und Röhren wehren, daß abermals ein
vernichtender Schlag der Industrie verfehlt wird.

Die Regierung hätte es in der Hand, wie hier dieser Tage
mehrfach gesagt worden ist, sofort mehr Mittel auf andere Wege
herauszuschlagen, sie hat es nicht notwendig, sich so gegen eine
Industrie zu wenden, wie gegen die Tabakindustrie. Es ist auf
die Erbschaftsteuer hingewiesen worden, auf eine Reichs-
kommunensteuer, durch die mehr aus den Besitzenden herausgeholt
werden könnte. Statt dessen schont die Regierung die Besitz-
enden, ist aber bemüht, die Armen und Vermögenden zu quälen und zu
belasten, wie es durch diese Vorlage geschieht; da ist es erklärlich,
daß wir uns dagegen wehren.

Nun möchte ich noch auf einiges andere weiter hinweisen,
was zur Begründung dieser Vorlage hier angeführt worden ist.
Was ist denn die Ursache, daß die Regierung mit einer solchen
weiteren indirekten Steuerbelastung gegenüber dem Tabak auf-
tritt? Das Defizit im Reichssetat, wie der Herr Reichs-
sekretär auch hier gestern wieder erklärt hat! Wir müssen die
Reichsfinanzreform haben, sagte er, um das Defizit decken zu
können. Die Reichsfinanzreform spukt schon mehr als ein Jahr-
zehnt, seit jener Zeit, als der ehemalige preussische Finanz-
minister Dr. Miquel die bekannte Finanzministerkonferenz nach
Frankfurt a. M. einberufen hatte, um „Steuern auf Vorrat“

zu schaffen, wie es damals hieß, und die Finanzminister der Einzelstaaten zu bewegen, daß man dem Reichstag reichere Mittel bewillige; denn es kam Herrn Dr. Miquel nur darauf an, den Etat des Reiches so günstig wie möglich zu gestalten. Damals tauchte das Projekt einer Reichsfinanzreform auf, das für Miquel wenigstens noch die Bedeutung hatte, Steuern auf Vorrat zu schaffen. Der heutige Schatzsekretär des Reiches will eine Reichsfinanzreform, nur um das Defizit zu beseitigen, das hervorgerufen ist durch die ungeheure Steigerung der Militärausgaben. Wie aber diese Reichsfinanzreform durchgeführt werden soll, das ist völlig verkehrt und muß schwere wirtschaftliche Schäden nach sich ziehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese Reichsfinanzreform ist am ganz verkehrten Ende angefaßt; sie schädigt die Steuerkraft des Volkes, statt sie zu heben. Bei einer Reform sollte man an die Hebung der Steuerkraft der Volksmassen, nicht an ihre stärkere Ausbeutung denken, unter der die gesamte Volkswirtschaft leiden muß. Wenn den Volksmassen auf indirektem Wege immer mehr Steuern abgenommen werden, so sind große Schichten nicht mehr imstande, ihre Bedürfnisse genügend zu decken und einzukaufen, was sie einkaufen möchten zur Fröhen ihres Unterhaltes. Ihr Einkommen wird durch die indirekten Steuern geschmälert und dadurch die Gesamtproduktion schwer geschädigt. Man habe die Steuerkraft, wenn man die arbeitenden Klassen von den indirekten Steuern befreit, statt sie noch mehr damit zu belasten. Würden die Arbeiter mehr Waren zur Deckung ihrer Bedürfnisse kaufen können, dann würde Industrie und Handel blühen, kurz, die ganze Volkswirtschaft prosperieren. Hier müßte der Hebel angelegt werden! Aber die Regierung macht es umgekehrt; sie povert die Massen mehr und mehr aus durch neue Steuern und hindert sie immer mehr, Waren einzukaufen, die notwendig sind, um ihres Lebens Nahrung und Notdurft zu befriedigen. Die Erhebung der indirekten Steuern durch direkte würde zweifellos die Kaufkraft der Massen stärken, und die Folge wäre ein Aufschwung der ganzen Industrie.

Wir stimmen gegen die Vorlage überhaupt aus prinzipiellen Gründen, weil wir gegen alle indirekten Steuern sind; sie wirken wie Kopfsteuern und werden von uns abgelehnt. Außer diesen prinzipiellen Gründen stimmen wir gegen die Tabaksteuervorlage auch, weil die schwere Schädigung, die die Tabakindustrie dadurch erleidet, die Tabakarbeiterchaft in ungesunder Weise trifft.

Ich sage zum Schluß dieser meiner Ausführungen: die Erhöhung von indirekten Steuern resp. Kopfsteuern — denn das sind sie — bedeutet keine Reformierung, sondern eine Deformierung unseres Steuersystems. Man sollte deshalb mit dem Reichsfinanzreformgesetz nicht so sehr prahlen; denn der Plan ist keine Reform zu nennen, der nur darauf gerichtet ist, durch einige indirekte Steuern mehr das jetzige Defizit zu decken. Die indirekten Steuern, die jetzt geschaffen werden sollen, schaffen weitere Mängel unseres Finanzwesens für die Zukunft. Das Projekt des Herrn Schatzsekretärs trägt den Keim des Verfalls schon in sich, weil es vom verkehrtesten Ende angefaßt ist!

Nun möchte ich noch einiges bezüglich der Stellung der Parteien zu diesen Projekten sagen. Im Jahre 1894 und 1895 hat die Mehrheit des Reichstages die bekannten Fabriksteuerprojekte abgelehnt. Wenn die Parteien noch dieselben Gründe gelten lassen wollen, die sie gegen die Fabriksteuer damals geltend machten, dann müssen sie auch die heutigen Tabaksteuerprojekte ablehnen; sie sind von demselben Geist diktiert, den die Regierung damals in jene Gesetzentwürfe gelegt hatte; sie enthalten dieselben belästigenden und zerstörenden Bestimmungen wie jene Gesetzentwürfe. Meine Herren! Sie müssen sich daher auch jetzt aus denselben Gründen gegen die vorliegenden Gesetzentwürfe erklären.

Die Tabakinteressenten haben bereits eine große Anzahl von Abgeordneten befragt; besonders die Wähler der Kreise, in welchen die Tabakindustrie eine Bedeutung hat, sind direkt an die Abgeordneten herangetreten und haben sie befragt, welche Stellung sie zu den Gesetzentwürfen einnehmen. Das ist sehr geschickt und sehr klug, weil damit den Abgeordneten einmal klar gemacht worden ist, daß sie ihr Mandat der Wählerschaft verdanken, und daß sie auch die Interessen der Wähler zu vertreten haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In Rücksicht auf ihr Mandat haben nach meiner Kenntnis auch verschiedene Abgeordnete dieses Hauses ihren Wählern Erklärungen abgegeben, die uns hoffen lassen, daß die Tabaksteuer abgelehnt wird, und zwar beide Gesetzentwürfe. Es gibt aber auch Abgeordnete, die, wie ich eingangs sagte, sich auf eine Erklärung festgelegt haben, sie seien gegen die Erhöhung des Zolls und der Steuer auf Rohtabak, sie seien aber für Importzoll und für eine Zigarettensteuer.

Der Importzoll, meine ich, wird von der Regierung als das Wichtigste nicht betrachtet. „Importen bringen nichts!“ Halten wir nur dieses Wort der Regierung dabei im Auge, dann wissen wir und müssen wir verstehen, daß die Regierung den Zoll auf Importen nicht für das Schwerkriegs in ihrem Gesetzentwurf hält. Sie will den Zollausschlag auf Rohtabak — das ist ihr die Hauptsache —, und sie will die Zigarettensteuer. Wenn Sie aber die Zigarettensteuer bewilligen, dann werden Sie in Zukunft den Vorwurf über sich ergehen lassen müssen, daß Sie trotz aller Warnungen der Regierung die Möglichkeit an die Hand gegeben haben, auf Umwegen doch die Fabriksteuer einmal in die Tabakindustrie einzuführen und so dem Monopol die Wege zu bereiten. Aus diesen Gründen müßten Sie sich zehnmal überlegen, ehe Sie einem dieser Gesetzentwürfe Ihre Zustimmung geben. Etwas Abänderungen in dieser oder jener Richtung, wie sie in der Kommission beabsichtigt werden könnten, verdienen hier keine Besprechung. Wir wollen erst wissen, was die Regierung vom Reichstag fordern wird, wenn er das abgelehnt hat, was sie hier verlangt.

Ich schließe damit, daß ich sage: die Gestaltung der vorliegenden Gesetzentwürfe durch die Regierung hat es meiner Ansicht nach dem Reichstag leicht gemacht, diese Gesetzentwürfe abzulehnen. Tut er es nicht, nimmt er diese Gesetzentwürfe an, dann nimmt er damit die Verantwortung auf sich, hier Gesetze zu schaffen, die die deutsche Volkswirtschaft schwer schädigen und ganze Industrien vernichten. Das müssen Sie zu verhüten suchen. Darum bitte ich Sie, lehnen Sie diese Gesetzentwürfe ab! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Zur Information des neuen Statuts.

II.

Paragraph 3.

Der Absatz 3 dieses Paragraphen regelt die Beitragsleistung. Eine Änderung hat die Klassenbenennung erfahren. Aus Klasse I und Ia sind die Klassen I und II gemacht worden. Alle Mitglieder, die bis zum 31. Dezember 1905 der Klasse I angehörten und folglich einen Beitrag in Höhe von 25 Pfg. zahlten, bleiben Mitglieder der Klasse I, soweit sie nicht ausdrücklich erklären, der Klasse II beitreten zu wollen, und zahlen vom 1. Januar 1906 ab 30 Pfg. Beitrag. Und die Mitglieder der Klasse Ia, die bis zum 31. Dezember 1905 einen Beitrag in Höhe von 35 Pfg. zahlten, werden Mitglieder der Klasse II und zahlen vom 1. Januar 1906 ab 40 Pfg. Beitrag die Woche.

Den Mitgliedern der Klasse I, soweit sie schon vor dem 1. Januar 1906 ununterbrochen Mitglied des Verbandes waren, steht es selbstverständlich frei, wie schon zum § 2 ausgeführt worden ist, ohne Gesundheitsattest der jetzigen Klasse II beizutreten.

Die Mitglieder der Klasse II werden Mitglieder der Klasse III, die Mitglieder der Klasse Ia, Mitglieder der Klasse IV, Mitglieder der Klasse Ib, Mitglieder der Klasse V, und Mitglieder der Klasse IIc Mitglieder der Klasse VII. Die Beiträge betragen vom 1. Januar 1906 ab in der Klasse III (II) 40 Pfg., in Klasse IV (Ia) 50 Pfg., in Klasse V (Ib) 60 Pfg., und in Klasse VII (IIc) 85 Pfg. die Woche.

In Bezug auf einen eventuellen Uebertritt dieser Mitglieder in eine höhere Klasse (Klasse mit höheren Beiträgen) gilt das bei den Mitgliedern der Klasse I Gesagte; auch sie können, wenn die Mitgliedschaft schon vor dem 1. Januar 1906 erworben war, ohne Gesundheitsattest diesen Uebertritt vollziehen.

Die Klasse VI ist eine neue eingeführte Klasse mit einem Beitrage von 70 Pfg. die Woche. Bei dieser Klasse ist darauf zu achten, daß die Unterstützungsfälle in Krankheitsfällen und bei Arbeitslosigkeit im Gegensatz zu den andern Klassen eine wesentlich andre Normierung erfahren haben: Die Unterstützungsfälle bei Arbeitslosigkeit sind höher und die Unterstützungsfälle bei Krankheit niedriger berechnet im Verhältnis wie in den andern Klassen. Bei dieser Klasse VI wird es sich zeigen, ob und wie viele Mitglieder vorhanden sind, die mehr Gewicht auf die Arbeitslosenunterstützung legen, als auf die Krankenunterstützung.

Damit die Mitglieder sich ein ungefähres Bild von der Berechnung der Beitragsleistung machen können, wie die Beitragsleistung nach den Zwecken geordnet ist, lassen wir nachstehende Aufstellung folgen:

Beitragsleistung:			
Klasse	Gesamtbeitrag	Für spezielle Verbandszwecke	Für Kranken-, Wöchnerinnen- und Sterbeunterstützung
I	30 Pfg.	20 Pfg.	10 Pfg.
II	40 "	30 "	10 "
III	40 "	30 "	10 "
IV	50 "	30 "	20 "
V	60 "	30 "	30 "
VI*	70 "	30 "	40 "
VII	85 "	30 "	55 "

Aus den für die Kranken-, Wöchnerinnen- und Sterbeunterstützung normierten Beiträgen müssen selbstverständlich auch die für diese Zwecke erforderlichen Verwaltungskosten berechnet werden und sich die Ansammlung eines sehr notwendigen Fonds ermöglichen lassen.

Der Absatz 4 ist verständlich und besagt, daß Kolonnen, Wickelmacher, Sortiererinnen, Zigarettenmacherinnen, Vorleger, Deckmacher, Zurechter, sonstige Tabakarbeiterinnen und Lehrlinge nur Mitglieder der Klasse I resp. der Klasse II sein und werden können.

Ebenso ist der Absatz 5 verständlich. Er bestimmt, daß alle übrigen männlichen Tabakarbeiter nur einer der Klassen III, IV, V, VI oder VII angehören dürfen resp. (vorbehaltlich der Bestimmungen in Bezug auf Beibringung eines Gesundheitsattestes) beitreten können.

Nach den Bestimmungen des Absatz 6 erhält jedes Mitglied beim Zahlen des Beitrags zum Beweise der Zahlung eine für seine Klasse bestimmte Beitragsmarke resp. mehrere Beitragsmarken, die dann in eine bestimmte und bezeichnende Stelle des Mitgliedsbuches geklebt werden müssen. So z. B.: zählt ein Mitglied der Klasse I den ersten Beitrag nach dem neuen Statut in diesem Jahre, so ist dem Mitgliede eine Beitragsmarke zu 30 Pfg. auszuhandigen und auf Seite 8 des Mitgliedsbuches oben links in die erste Rubrik der für Monat Januar bestimmten Rubriken einzukleben. Die verabsorgte Marke muß dadurch entwertet werden, indem man sie mit dem Verbandsstempel abstempelt.

Das Fehlen der Marken in den betreffenden Rubriken gilt als Beweis dafür, daß der Beitrag nicht gezahlt ist. Man klebe also die gelösten Marken sofort ins Mitgliedsbuch, um der Gefahr entgehen zu sein, eventuelle Beiträge doppelt bezahlen zu müssen.

Bevor irgendeinem Mitgliede neue Marken verabsorgt werden dürfen, haben die Bevollmächtigten resp. Unterkassierer oder Boten sich davon zu überzeugen, ob die Beiträge nach dem alten Statut, und zwar bis zum 1. Januar 1906 von den Mitgliedern beglichen sind.

Der Absatz 7 ermächtigt den Vorstand, bei besonders hohen Ausgaben für Abwehr- und Angriffstreiks und sonstigen besonderen Vorkommnissen Extrabeiträge zu erheben. Eine solche Bestimmung ist schon erforderlich angesichts der Kämpfe, die ausbrechen und immer größer und hartnäckiger sich gestalten werden in allen Branchen und zu Zeiten, wo unsere Organisation sich auf ihre eigne Kraft stützen muß. Eine Organisation von Wert darf sich überhaupt nur in den allerersten Fällen auf die Hilfe anderer stützen. Ausbrechende Epidemien in Bezug auf Krankheit können auch Veranlassung geben, von dieser Bestimmung Gebrauch zu machen.

Immerhin wird die Verbandsleitung von dieser Bestimmung nur dann Gebrauch machen, wenn die Notwendigkeit es erheischt und sie sich dabei in Uebereinstimmung mit der großen Masse der Mitglieder befindet.

Die Absätze 8 und 9 bestimmen, obwohl die Beiträge sonst stets bezahlt werden müssen, daß die Beiträge für jene Wochen und von den Mitgliedern nur dann nicht geleistet werden brauchen, wenn sie krank oder arbeitslos sind und für diese Zeit vom Verbands keine Unterstützung erhalten. Ebenso sind Wöchnerinnen vom Beitrag befreit, wenn sie vom Verbands keine Unterstützung bekommen. Desgleichen sind Mitglieder vom Beitragszahlen befreit, wenn sie eine Woche und darüber sich in Gefängnis- bezw. Untersuchungshaft oder im aktiven Militärdienst befinden.

Durch diese Bestimmung des Absatz 8 ist nun nicht ausgesprochen, daß diese Mitglieder keine Beiträge zahlen dürfen, deshalb besagt der Absatz 9, der neu eingefügt ist, wörtlich:

„Durch die vorstehende Bestimmung (Absatz 8) bleibt den Mitgliedern jedoch das Recht, die Beiträge in den

Neu eingeführte Klasse.

erwähnten Fällen weiter zahlen zu können, unbenommen.“

Mitglieder nun, die nach der Bestimmung des Absatz 8 keine Beiträge zu zahlen brauchen und auch keine Beiträge zahlen wollen, haben die Pflicht, dies den Bevollmächtigten oder den Unterkassierern resp. Boten, wo solche existieren, umgehend zu melden, damit die Markenfelder für die eventuellen Wochen abgestempelt werden können. Die Bevollmächtigten sind verpflichtet, sobald der Beweis für die Beitragsbefreiung erbracht ist, die Abstempelung vorzunehmen. Bevor jedoch die betreffenden Markenfelder mit einem Stempelabdruck versehen werden, füge oder schreibe man bei kranken Mitgliedern und Wöchnerinnen ein „K“, und bei den Mitgliedern, die arbeitslos oder in Gefängnis- oder in Untersuchungshaft oder im aktiven Militärdienst sich befinden, ein „A“ in die Markenfelder.

Zu beachten ist ferner, daß freiwillige Verzichtleistung auf Arbeit, sei es dadurch, daß ein Mitglied die Arbeit freiwillig verläßt, oder ein Mitglied die ihm angebotene annehmbare Arbeit nicht annimmt, ist keine Arbeitslosigkeit im Sinne des Statuts und muß daher für eine solche arbeitslose Zeit der Beitrag entrichtet werden.

Endlich bestimmt der Absatz 10, daß Mitgliedern, die durch Unglücksfälle in Not geraten, ihre Beiträge bis zu 13 Wochen gestundet werden können. Solche Anträge auf Stundung der Beiträge müssen schriftlich gestellt und, mit einem objektiven Bericht begleitet, den die Bevollmächtigten der betreffenden Zahlstelle zu schreiben haben, an den Vorstand eingefandt werden. Der Vorstand entscheidet dann, ob die beantragte Stundung der Beiträge gewährt werden soll. Anträge auf Stundung der Beiträge, die erst gestellt werden, nachdem ein Mitglied schon mehr wie 4 Beiträge schuldig bleibt, unberücksichtigt. Schwer wird es nun sein, alle Unglücksfälle, wodurch Mitglieder in Not geraten, die ein zeitweiliges Beitragszahlen unmöglich machen, zu registrieren. Sie sind und können mannigfaltiger Natur sein. Die beste Lösung dieser Fragen wird sein, wenn in allen diesen eventuellen Fällen von Fall zu Fall entschieden wird.

Bremen.

Der Vorstand.

Gewerkschaftliches.

Schönlaube. Der Zugzug ist fernzuhalten, da in 6 Betrieben die Arbeiter in einen Lohnkampf verwickelt sind, woran circa 160 Personen beteiligt sind.

Kreischka (Bezirk Dresden). Die Arbeiter bei der Firma Martin sind in einem Lohnkampf begriffen und wird nach hier um Fernhaltung des Zugzugs gebeten.

In Rastbed auf Seeland ist infolge von Lohnstreitigkeiten ein Tabakspinnereis ausgebrochen. Wir ersuchen die deutschen Tabakspinner, keine Stellung nach dorthin anzunehmen, falls sich Agenten an sie heranmachen wollen.

Ueber die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1905 schreibt das Korrespondenzblatt u. a.: „Für die organisatorische Entwicklung der Gewerkschaften war schon das Jahr 1904 das erfolgreichste. Der Mitgliederzuwachs von 175 000 Mitgliedern, den es brachte, schien kaum noch übertroffen werden zu können. Aber gerade das letztverflossene Jahr bewies uns, daß die Gewerkschaften erst im Anfang ihrer Machtentfaltung stehen und daß ihr Aufschwung noch bedeutender Steigerungen fähig ist. Nach den uns zurzeit vorliegenden Berechnungen von 38 Organisationen verzeichnen diese allein binnen Jahresfrist eine Zunahme von 90 000 Mitgliedern. Dabei sind indes gerade eine Reihe der größten und erfolgreichsten Gewerkschaften unberücksichtigt, da dieselben nur Jahresabrechnungen veröffentlichten. Nun stieg aber die Auflage des Organs des Metallarbeiter-Verbandes im Jahre 1905 von 207 500 auf 265 300 Exemplare, also um 57 800, die des Organs des Zentral-Verbandes der Maurer von 140 000 auf 175 000, also um rund 35 000 Exemplare, und die der Bergarbeiter-Zeitung nach dem großen Kampfe im Ruhrgebiet von 90 000 auf 155 000, also um 65 000 Exemplare. Mehr als 150 000 neue Leser hat also das verflossene Jahr allein diesen drei Gewerkschaftsorganen gebracht. Auch weitere Verbände, deren Ziffern noch nicht vorliegen, haben bedeutende Fortschritte gemacht. Unter diesen Umständen können unsere Gewerkschaften im verflossenen Jahre mit einem Mitgliederzuwachs von 200 000 bis 250 000 sehr wohl rechnen. Wenn sich diese Entwicklung im laufenden Jahre im gleichen Verhältnis fortsetzt, woran gar nicht zu zweifeln ist, so dürfte im zweiten oder dritten Quartal die Zahl von 1½ Millionen Mitgliedern erreicht sein. Daß dieses Fazit eintritt, dafür sorgt nicht bloß das Unternehmertum mit seiner Aussperrungstaktik, die es allem Anschein nach auch künftig trotz ihrer gegenteiligen Erfolge zur Anwendung bringen wird, sondern auch die besseren organisatorischen Einrichtungen und das Unterstützungswesen der Gewerkschaften, die je länger, um so deutlicher ihre günstigen Wirkungen äußern.“

Bericht über die Konferenz des 15. Ganes.

(Fortsetzung.)

2. Punkt, Tabaksteuer betr.
Einleitend führte der Referent, Kollege Max Kiesel-Berlin, den Delegierten die Gefahren vor Augen, die eintreten würden, falls die Tabaksteuer- und Zollerhöhung Gesekekraft erlangen würde. Die gesamte deutsche Tabakarbeiterchaft würde dadurch dem größten Elend preisgegeben. Eine Fabrikantenzeitung, die Süddeutsche Tabakzeitung, schäme die durch die Zollerhöhung arbeitslos werdenden Tabakarbeiter auf 80 000. In der Begründung der Zigarettenpapiersteuer gebe die Regierung selbst die elenden Existenzbedingungen der Tabakarbeiter zu, die nicht imstande seien, andre Berufe zu ergreifen; und trotzdem komme sie mit einer weiteren Steuererhöhung, welche zur Folge haben müsse, daß die Hälfte der Industrie vernichtet werde. In der Zigarettenpapiersteuer liege der Monopolgedanke klar zutage. Die allerorts bestehenden Kommissionen müssen überall Verfammlungen einberufen; sollten ihnen keine Säle zur Verfügung stehen, so sollten sie diese mit Hilfe der Fabrikanten zu erhalten suchen.

Kollege Berner-Trebbin teilt mit, daß er an den konservativen Reichstagsabgeordneten seines Wahlkreises, Herrn von Daxen, unter Bezugnahme auf die vorhergehenden Folgen der

Tabaksteuererhöhung für unsere Industrie einen Brief gerichtet habe, in welchem er ihn um Mitteilung ersuchte, wie er sich zu dieser Vorlage stelle. Hierauf sei folgende Antwort eingegangen:

Berlin, den 11./11. 1905.

Sehr geehrter Herr Werner!

Ihren Brief vom 8. d. M. habe ich soeben erhalten und beziele mich, Ihnen darauf zu antworten.

Ich kann mich selbstverständlich jetzt noch nicht über eine neue Steuer, welche ich noch gar nicht kenne, äußern; ich kann aber nur soviel sagen, daß ich nicht für eine Steuer stimmen würde, durch welche ein Betrieb ruiniert würde; warum aber der bessere Tabak und besonders der ausländische nicht höher zur Steuer herangezogen werden sollte, vermag ich nicht einzusehen.

Bei den hohen Anforderungen, welche an das Reich gestellt werden, werden leider neue Steuern nicht zu vermeiden sein, und da wird man sowohl direkte, wie auch indirekte Steuern bewilligen müssen.

Hochachtungsvoll ergebenst
(gez.) H. von Dörben,
Mitglied des deutschen Reichstages.

Auf einen zweiten an ihn gerichteten Brief habe dieser Herr geantwortet, daß er seinem ersten Schreiben nichts hinzuzufügen habe. Redner rufe daher den Delegierten aus diesem Wahlkreise zu, sie sollten nach Kräften zu verhindern suchen, daß dieser Wahlkreis nächstes Mal wieder durch einen solchen Abgeordneten vertreten wird.

Kollege Blösch-Behrendt berichtete ebenfalls, daß er den Vertreter seines Wahlkreises, Herrn Justizrat Dietrich, zu einer Versammlung eingeladen habe. Dieser Herr antwortete, daß er wegen Ueberhäufung mit Arbeiten am Erscheinen verhindert wäre. Für eine höhere Besteuerung des einheimischen Tabaks sei er nicht zu haben, wohl aber für eine solche von ägyptischen und Araba-Tabaken. Des weiteren ersuchte er um Mitteilung, wieviel Tabakarbeiter in seinem Wahlkreis wohnen.

Kollege Jelen-Trebbin berichtet, daß die Kollegen am Ort übereingelassen sind, nicht nur unter den Tabakararbeitern, sondern überall zu sammeln. Sie hätten auf 2 Waten schon 110 Mk. gesammelt; davon habe 1 Fabrikant 15 Mk., ein anderer 20 Mk. und ein dritter auch 15 Mk. gegeben.

Kollege Siebert-Brenzau berichtet, daß sie dort leider keinen genügenden Saal zur Verfügung hätten. Der Abgeordnete des Kreises, der Geheime Regierungsrat von Winterfeldt-Ruehn, sei auf eine Einladung zu einer Versammlung nicht erschienen und habe auch nicht geantwortet. Sehr bezeichnendweise habe ihnen der Korrespondent eines sozialdemokratischen Blattes, der Brandenburger Zeitung, ein gewisser Lehrer Magnus, öffentlich Fribolität vorgeworfen, weil sie diesen Abgeordneten zu einer Versammlung eingeladen hätten.

Kollege Bartels-Spandau berichtet, daß sie dort noch keine Versammlung abhalten konnten. Der Reichstagsabgeordnete Pauli habe zwei an ihn gerichtete Briefe, wovon der eine eingeschrieben war, unbeantwortet gelassen. Sie hätten dort überall gesammelt.

Kollege Jirfel-Finsterwalde berichtet, daß dort die Kollegen bereits in die Agitation gegen die Tabaksteuer eingetreten wären. Die dortigen Gewerbetreibenden wollen sich nur dann am Sammeln beteiligen, wenn einer von ihnen zur Kommission hinzugezogen würde. Sie wollen den dortigen Reichstagsabgeordneten ebenfalls zu einer Versammlung einladen.

Kollege Vogel-Cottbus berichtet, daß sie ebenfalls bereits in die Agitation eingetreten wären. In einer Versammlung, zu welcher sämtliche Fabrikanten und Händler eingeladen waren, seien nur einige kleinere Fabrikanten erschienen; auf eine in dieser Versammlung ausgelegte Liste seien 37 Mk. gezeichnet worden. Zu einer in nächster Zeit stattfindenden öffentlichen Volksversammlung, welche in zwei Zeitungen und durch Plakate publiziert wird, würden sämtliche Interessenten und der Reichstagsabgeordnete des Kreises eingeladen.

Kollege Kämpfer-Eberswalde berichtet ebenfalls über den bereits erfolgten Eintritt in die Agitation. Als der Reichstagsabgeordnete Pauli zu einer Versammlung eingeladen wurde, erwiderte derselbe, daß er seinerzeit schriftlich mitteilen würde, wie er gestimmt hätte. Kollege Boerner-Berlin führt aus, daß auf eine Anfrage aus Goch, ob die Zentralkommission sich an die Kirch-Dunderschen Tabakarbeiter gewandt hätte, von der Zentralkommission erwidert worden sei, daß dies nicht der Fall wäre. Die Zentralkommission sei einverstanden, wenn die Kirch-Dunderschen Tabakarbeiter sowohl, wie auch die christlichen an der Bekämpfung der Tabaksteuer mitwirkten. Die Kirch-Dunderschen und die christlichen Tabakarbeiter könnten auch in ihren Verbänden gegen die Tabaksteuer agitieren, das könnten wir aus ganz bestimmten Gründen nicht. Aus diesem Grunde sei auch seinerzeit die Generalkommission eingesetzt worden.

Da wir nur bei den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Schutz finden können, so sollten die Reichstagsabgeordneten aller anderen Fraktionen zu den Protestversammlungen eingeladen werden. Man solle ihnen dann nur den Standpunkt klar machen. 1879 seien 15 000 Tabakarbeiter brotlos geworden, heute würden es deren 60 000 mindestens sein. Damals seien aber die Tabakarbeiter noch nicht so entwertet gewesen, wie heute und konnten deshalb noch leichter in anderen Berufen Unterstüßung finden. Der Redner schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Wehe uns, wenn nicht jeder von uns seine Schuligkeit tut.“

Kollege Rosenthal-Berlin führte aus, daß die Entlohnung der Tabakarbeiter heute noch unter derjenigen der Weber im Gulengelände stehe. Wir müssen daher der Regierung das Elend der Tabakarbeiter mit Besonnenheit in die Ohren blasen, müssen ihr das namenlose Unglück vor Augen führen, das eintritt, falls die Vorlage Gesetz würde. Wir seien auch Staatsbürger und hätten ebenfalls ein Recht auf Leben. Wir müssen heute hier das Gelübde ablegen, daß jeder von uns ein Agitator wird. Werde das befolgt, so würden wir auch die Vorlage abwenden und könnten wieder an die Organisation gehen.

Kollege Kiesel-Berlin bezeichnete in seinem Schlusswort die Zigarettensteuer als eine Etappe auf dem Wege zum Mono-

pol. Was die Tabaksteuer anbetreffe, so müßten wir alles daran setzen, um dieselbe abzuschlagen, denn die Tabakarbeiter könnten auch nicht den geringsten Teil ihres Lohnes als Steuer verlieren.

Kollege Rosenthal-Berlin teilte noch mit, daß von der Zentralkommission keine Sammellisten ausgegeben werden, weil dadurch nur die Abrechnung erschwert würde. Des weiteren sei es ganz gleich, wie die Kommissionen gewählt würden; nur dürfe die Wahl nicht in Mitgliederversammlungen erfolgen.

3. Punkt: Reorganisation im Verbands.

Der Referent, Kollege Krumnow, führte den Delegierten in ausführlicher Weise die Reorganisation im Verbands, wie sie in Dresden begonnen und in Leipzig weitergeführt wurde, vor Augen.

Kollege Siebert-Brenzau erklärte, daß ihm die Klasseneinteilung bei der Unterstützung an Hinterbliebenen nicht gefalle. Des weiteren ersucht er um Auskunft, warum invalide Kollegen in die niedrigste Klasse kämen.

Kollege Schmidt-Schwedt a. O. antwortete, daß nur neu eintretende invalide Kollegen davon betroffen würden. Durch die Aenderung der Wöchnerinnenunterstützung sei man auch den Frauen gerecht geworden. Die Klasseneinteilung bedauere auch er.

Kollege Berkowski-Rauen führte aus, daß die Fehler der Dresdner Generalversammlung auf der Leipziger wieder gut gemacht worden seien. Er erwarte von den Gauleitern mehr, als von den Vorortkommissionen.

Kollege Kiesel-Rottbom führte aus, daß unsere Aufgabe jetzt die sei, daß wir uns damit befassen, wie wir das am besten ausführen, was die Generalversammlung beschlossen habe. Redner gab des weiteren ein ausführliches Bild über die Entwicklung unfres Verbandes und über die Gründe, welche zur Reorganisation in demselben geführt haben. Vielleicht sei es nur möglich, infolge der Reorganisation in jenen Gegenden Dresche zu schlagen und Fuß zu fassen, wo die Fabrikate herkommen, die für 20 Mk. pro Mille verkauft werden.

Kollege Vogel-Rottbus erklärte, daß er unbefriedigt von der Generalversammlung nach Hause gegangen sei. Infolge der Fülle der Anträge hätten dieselben von der Generalversammlung alle einer Kommission überwiefen werden müssen. Er selbst habe auch für eine Erhöhung der Beiträge um 5 Pfg. gestimmt.

Kollege Jeserich-Jüterbog hält die ganze Klasseneinteilung im Unterstützungsweien für unmodernistisch. Ferner müsse man nicht nur darauf bedacht sein, wie man neue Mitglieder werben könne, sondern auch darauf, wie man die alten erhalte.

Kollege Börner-Berlin führte aus, daß die Dresdner Generalversammlung diejenige gewesen sei, welche die wesentlichste Reorganisation brachte. Er selbst sei vorher auch Gegner des Unterstützungsweiens gewesen, aber als Demokrat habe er sich der Majorität untergeordnet. Auf der Leipziger Generalversammlung habe man eingesehen, daß man in Dresden nicht das richtige Verhältnis getroffen habe. Die Einführung der 7. Klasse, wie überhaupt die Einteilung der Unterstützungsätze nach Klassen sei deswegen gemacht worden, damit sich in dem Klassenstaat, in welchem wir heute noch leben, jeder so gut es ihm möglich ist, schützen könne. Die Vorortkommissionen blieben nach wie vor bestehen, hätten aber nur die Agitation auf den zunächst gelegenen Orten zu betreiben. Bezüglich der Erhöhung der Vorstandsgehälter sei er der Ansicht, daß man an diese Stellen die Fähigsten hinfegen und dieselben dann auch ihren Leistungen gemäß besolden soll.

Kollege Leinung-Finsterwalde berichtet, daß man bezüglich der Arbeitslosenunterstützung auch auf die reisenden Kollegen Rücksicht nehmen mußte; denn dadurch, daß die Lebigen abreisen, brähten dieselben oft für die Verheirateten die größten Opfer. Wenn das nicht der Fall wäre, dann müßten eben sehr oft die Verheirateten gehen.

Kollege Kiesel-Berlin: Aufgabe der Bevollmächtigten sei es, nach wie vor zu agitieren und zu organisieren. Der Gauleiter sei nur als stellvertretendes Vorstandsmitglied gedacht. Heute habe es keinen Wert mehr, lange Kritik an der Generalversammlung zu üben. Die Gaufonferenz könne ja in Zukunft bestimmen, welche Aenderungen die Generalversammlung treffen soll.

Folgende Resolution wurde hierauf von den Delegierten einstimmig angenommen:

„Die am 10. Dezember 1905 in Berlin tagende Gauber-sammlung erklärt sich mit der auf der Generalversammlung des Verbands in Leipzig vollzogenen Reorganisation desselben nach erfolgter Aussprache voll und ganz einverstanden und die Delegierten versprechen, mit ganzer Ueberzeugung für die Organi-sierung der noch außenstehenden Kollegen und Kolleginnen in ihrem Wirkungskreise einzutreten, um dadurch den Verband kampffähiger als bisher zu gestalten.“

Nachdem Kollege Boerner noch die Mitteilung gemacht, daß außer dem Tabakarbeiter fast alle Gewerkschaftsblätter den Artikel der Generalkommission betreffs der sechs Vorwärts-Redakteure abgedruckt hätten, wurde von den Delegierten folgende Resolution ebenfalls einstimmig angenommen:

„Die am 10. Dezember 1905 in Berlin tagende Gauber-sammlung erklärt sich mit der Haltung ihres Tabakarbeiters in Sachen der sechs Redakteure vom Vorwärts voll und ganz einverstanden.“

Wilhelm Boerner.

Kollege Kiesel-Berlin erklärte alsdann noch, daß aus der Debatte hervorgehe, daß die Verhältnisse im 15. Gau infosern der Besserung bedürften, als noch mehr agitiert und gearbeitet werden müßte; er sei stets bereit, wenn er gerufen wird, für den Verband alles zu tun, was in seinen Kräften stehe.

Nach einer kurzen Ansprache des Kollegen Rosenthal-Berlin, die in den Worten ausklang: Wir gehen alle mit der festen Zuversicht auseinander, daß heute hier eine Grundlage für das weitere Gedeihen des Verbandes in unserem Gau geschaffen wurde, schloß die Konferenz mit einem begeisterten Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiterverband.

Mit glühendem Temperament,

das einzige, was uns an seinen Ausführungen gefällt, bekämpft der Kollege G. Schmidt im Tabak-Arbeiter meine auf der Konferenz des 2. Gaus (Bremen) bezüglich der Gehälter unserer Beamten gemachten Ausführungen. Ich halte es für untunlich, polemisch gegen den Kollegen Schmidt zu Felde zu ziehen, da er nur auf einige, in dem Bericht etwas schief wiedergegebene, von mir im nebenfächlichen Sinne behandelte Fragen, allerdings mit großer Freisinnigkeit niederhakt. Es ist in letzter Zeit unendlich viel über die Erhöhung der Gehälter unserer Beamten gezeitert worden. Meines Erachtens ohne allen Grund. Daher halte ich es für zweckmäßig, mit einiger Ausführlichkeit in einer der nächsten Nummern die Frage der Gehälter der Beamten in der Arbeiterbewegung zu behandeln.

Emil Rauch.

Quittung.

Zur Bekämpfung der neuen Tabaksteuer gingen in der Zeit vom 3. bis 15. Januar beim Unterzeichneten ein:

Woltersdorf b. Erntner, durch R. Kroll	10.—	Mk.
Finstertal, durch H. Scherling	50.—	"
Hegeln, durch R. Döhl	20.—	"
Hildesheim, durch L. Godeke	5.—	"
Lübben, durch B. Schellack	15.—	"
Mielefeld, durch A. Engels	10.—	"
Nieschütz a. d. E., durch C. Ruchpoff	6.80	"
Ronneburg, durch G. Beyer	10.—	"
Lübbede, durch Fr. Robis	30.—	"
Moringen b. Solg., durch C. Blum	3.90	"
Ellerwerda, durch H. Wolff	10.—	"
Müncheberg, durch O. Kärger	9.20	"
Unterien, Gewerkschaftskartell, durch Krause	10.—	"
Schwedt, organisierte Tischler, durch R. Schmidt	5.70	"
Schwedt, organisierte Zimmerer, d. R. Schmidt	5.45	"
Schwedt, organisierte Maurer, durch R. Schmidt	11.75	"
Dresden, durch M. Pfeisch	100.—	"
Schwiebus, durch G. Bleichle	10.—	"
Spanbau, durch Pieper	7.80	"
Gieken, durch Joh. Peter	8.80	"
Berlin, Tellerfassung in der Rebel-		
Versammlung	156.12	"
Berlin, auf Listen in der Rebel-Versammlung	55.55	"
" Zigarettenfabrik Phänomen	16.80	"
" " Problem	15.60	"
" " Manalt	49.90	"
" " Penschira	1.45	"
" " Problem	16.75	"
" Riste Nr. 2	15.40	"
" " 6	5.10	"
" " 8	12.90	"
" " 11	13.80	"
" " 106	4.80	"
" " 107	8.25	"
Bischöwerda, durch Fuchs	20.—	"
Belten, durch A. Paris	10.—	"
Summa	786.32	Mk.
Bereits quittiert	3109.99	"
Summa	3846.31	Mk.

In Nr. 52 ist quittiert Lüppen, von den Tabakarbeitern 5.— Mk., es muß heißen Lübben.

Fritz Sperber, Kassierer, Berlin N. 28, Ruppiner Str. 44.

Zur Bekämpfung der Tabaksteuer gingen im 2. Gau (Bremen) folgende Gelder ein:

Bremen I	45.45	Mk.
Bremen II (Hafstedt)	25.—	"
Berben	35.—	"
Barel	15.60	"
Summa	121.05	Mk.
Bereits quittiert	327.55	"
Summa	448.60	Mk.

Alle weiteren Gelder, welche in Orten, die zum 2. Gau gehören, zu obigem Zweck gesammelt werden, müssen an Chr. Blome, Bremen, Oberstraße 64, gesandt werden.

Für die streikenden Tabakarbeiter von Schönlanke gingen folgende freiwillige Gelder ein: Durch Rich. Speer, Ostrog bei Ratibor 8.— Mk.; durch G. Pampel, Harburg a. d. Elbe 6.40 Mk. Allen Gebern besten Dank. Näheres siehe Bericht.

J. A. S. Bollermann, I. Bev.

Briefkasten.

A., Bremen. Schide nur die Arbeit; bedenke aber babel: Kürze ist Würde. Gruß.

Blumeyer, Osnabrück. Schon wieder ein Brief mit 20 Pfg. Strapporto. Bitte, aufpassen!

Eine Anzahl Berichte mußte für nächste Nummer zurückgestellt werden.

Kollegen! Agitiert für Eure Organisation!

Roh-Tabak.

Sumatra-Decke 135, 150, 160, 200, 210, 225, 250, 275, 300, 350, 375, 500, 550 a.
Sumatra-Umblatt 115, 125, 130, 150 a.
Vorstenland-Decke 125, 150, 175, 225 a.
Java 85, 90, 100, 115, 120, 125, 130 a.
Brasil 80, 95, 100, 105, 110 bis 200 a.
Carmen, Domingo 85, 95, 110 a.
Cuba 100, 300.— Havanna 110, 125, 200, 300
Mexiko-Decke (San Andres) 150, 400 a.
Pa. Losgut 80 a. Paraguay 85, 150 a.
Inländische Tabake 70, 75, 80 a.
Preise ausgenommen m. 3% Cassa-Sconto.
Kredit nach Ueberreinstunft.

Wickelformen, neu, fdr. Fassons, nur 160 a.
Utensilien, Rollbretter, Messer, Laok
Tragant, Band, Etiketten, Papier.
Pressen, Preßkasten, Bündelbände bill.

S. Hammerstein Filiale
Vertreter: Gustav Boy
Berlin N., Brunnenstr. 183.

Rohtabak-Handlung

in- und ausländische
en gros en detail

Grösste Auswahl! Billigste Preise!

Jacob Hirsch jun.
Mannheim a. Rh., P 7, 1
Agentur u. Kommissionsgeschäft.

Kaufmann & Co.

Rohtabakhandlung

Bremen.

Hienfong Essenz

extra stark, für Wiederverkäufer, 1 Dugend
Mk. 2.50 (30 Flaschen Mk. 7.—, tosten-
frei überallhin). Laboratorium
P. Seifert, Dittersbach Nr. 57,
bei Waldenburg (Schlesien).

Formen-Offerte!

Eine größere Anzahl Formen,
große und kleine Fasson, wenig ge-
brauchte und ganz neue, hat billig ab-
zugeben. Für Anfänger günstige Kauf-
gelegenheit.

Ch. Boger, Zigarrenfabrik
Calmbach (Württemberg) bei Wilsb. b.

Heinr. Schröder aus Halberstadt
um Deine Adresse bitten wegen Krankheit
dringend Deine Kinder in Wernigerode,
Große Dammstraße 19.

Anna Knode
Max Ahlhorn
Verlobte.
Meischede, im Januar 1906.
Die besten Glückwünsche sendet
Die Zählstelle Meischede.

Die Bevollmächtigten sowie Kollegen,
welchen der Aufenthalt des Zigarren-
machers **Lorenz Rosenblath** aus
Spangenberg (Hessen-Nassau), zuletzt in
Langendreier wohnhaft, bekannt ist, wollen
Adresse umgehend zukommen lassen an
Karl Dietzel, Meischede (Baden).

Unsere beiden Freunde und Kollegen
Kornelius Liebler aus Würzburg
und **Otto Göpel** aus Ronneburg zu
ihrem Wiegenfest ein dreimal donnerndes
Hoch.

Ihre Kollegen und Kolleginnen
der **Firma Rabe u. Co. in Gera.**

Meinem Freund und Kollegen **Kor-
nelius Liebler** zu seinem am
20. Januar stattfindenden 19. Wiegen-
fest die herzlichsten Glückwünsche.

Sein Freund und Kollege
Andreas Wiedersheim.

Schiller.

Ein Lebensbild für
deutsche Arbeiter von
Mehring, Mt. 1. Volksbuchhandl., Leipzig.

Todes-Anzeigen.

Am Sonnabend, den 6. Januar, starb
nach langem Leiden an der Berufs-
krankheit unser Kollege **Thys Cosyns**
aus Rotterdam im Alter von 23 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Zählstelle Orisoy.

Am Freitag, den 12. Januar, verschied
nach kurzem, schwerem Leiden der Kollege
Wilh. Krusche im Krankenhaus
zu Gera im 33. Lebensjahre.
Leicht sei ihm die Erde!
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Zählstelle Gera.

Briefkasten.

Bereits-Insereate müssen gekempst sein. —
Andere Insereate sind vorher zu bezahlen.
Bei Einfindung der Beträge ist stets die Nummer
des Blattes mit anzugeben.

H. B. Gera 70 Pfg. — S. D., Meischede-
heim 70 Pfg. — Rott., Meischede 1 Mk.

Tabakrippen

Kauft D. Finkler, Schoessel.

Solche Erkenntnisse geben die Bürgerschaft für den Sieg. Wenn er auch denen erst wird, die später kommen, uns trägt das Bewußtsein, ihn vorzubereiten.

Und aus solchen Erkenntnissen erwächst auch die richtige Wertung des Arbeitens und Schaffens. Dann ist die Arbeit und der endlose Kampf mit den Bitternissen des Alltags nicht mehr dumpfer Druck und bange Qual, sondern bewußte Mitarbeit an einem großen Werke, das Erlösung für alle bedeutet. Immer wieder betont der Dichter den hohen Wert des rastlosen, bewußten Schaffens.

Aufwärts und vorwärts sieh!

Darin liegt die heilige Kraft, die Menschenschicksal und Lebensgestaltung abet. Und darum auch die hohe Wertung und die Ehrfurcht vor den Kommenden, vor dem Kinde, die so ganz aus dem einen Sage der in dem Buche enthaltenen einen Prosafolge spricht:

Das Kind ist die Botschaft des neuen Lebens.

Philosophische Themen klingen an. Ganz leise. Nicht in düre, abstrakte Begriffsschemata eingepreßt, sondern dichterisch erfährt und dichterisch gestaltet. Ein Versuch, alte Worte neu zu prägen, in dem Sinne, den Inhalt auszusprechen, den jene alten Worte durch den festen Glauben an eine neue Kultur erhalten.

Nur ein Beispiel:

Der Tod, der Leben löscht, ist nur ein Schein,
Nur Hülle, die geheimnisvoll das Leben
Zu neuen Formen aus der Form erlöst
Und Lichterkämpfend in das All verzweigt.

Da ist keine Spur von Verzagen und Resignation. Da spricht Schaffensfreude und unbändiger Lebensdrang, alles Eingende und allen schweren Bann von den Schultern zu schütteln, der tapfere Wille, bis zum Ende ein tapferer Lebenskämpfer zu sein.

Das Buch will langsam gelesen sein. Aber niemand wird ohne Gewinn von ihm gehen.

Die Dichtungen entstammen den Jahren 1889—1905. In ihnen spiegelt sich ein Stück Entwicklung wieder. Es wäre unschwer, Gruppen zu bilden. Trotzdem sind sie ein streng Einheitliches. Wie jede gesunde Entwicklung ein Sichsteigern, Wachsen und Reifen ist. Das gibt dem Buche Leben und Farbe.

Auch Anklänge an das, was man als soziale Lyrik bezeichnet hat. Die Wucht des Gedanklichen tritt zurück; die Dinge und Tatsachen sprechen. Und auch hier Strophen wie dröhnende Hammerschläge.

Eine Gliederung erhält das Buch durch Abteilungen, in denen kürzere Sprüche zusammengestellt sind. Man findet in ihnen sehr viel Nachdenkliches und Feingeschliffenes:

Kleine Notizen.

Jahresgruß.

Wie Schwerterklirren, wie Schildesklang,
So töne wuchtig und scharf mein Lied,
Wie Meeresbrausen am Klippenhang,
Wenn die Brandung rollt und der Gischt aufsprüht.

Und ich kann nicht anders — nur Kampf und Streit,
Wohin auch immer mein Auge blickt,
Und das neue Jahr bringt neues Leid,
Und des Hasses Dolche sind neu gezückt. —

Hier nützt kein Mennen und Minnespiel,
Kein feiges Winseln um Schutz und Gut,
Hier gilt's zu kämpfen ums eine Ziel,
Das leuchtend steigt aus der Stürme Flut. —

Es liegt im argen ringsum die Welt —
Das gute Recht und die Armut front
Im Staube als Knecht vor dem Höhen Geld,
Und die Heuchelei und das Unrecht thront. —

Nur Toren blasen die Friedensschalmei,
Wo der Kampf entbrannt, wo der Donner kracht. —
Ich grüße dich, Jahr, im Gewitterchein!
Ich grüße dich, Zukunfts- und Freiheitsnacht!

G. Kämpfent.

Die Wirkung des Rauchens auf die Geistestätigkeit. „Das Rauchen ist das nachdenklichste aller Laster“, hat kürzlich ein bekannter Schriftsteller gesagt, und es ist von Interesse zu wissen,

Nur die Größe gilt dir wert,
Daß dein Witz sie fasse?
Größe formt sich auf dem Herd
Der verkannten Masse.

Das Künstlerische der Dichtungen liegt in ihrem Ringen nach Anschaulichkeit. Das verleitet Diederich nicht, breit und langatmig zu werden. Man hat im Gegenteil nicht selten die Empfindung, als sei die Form für den Inhalt zu eng. Das wagt und zuckt von Leidenschaftlichkeit. Oft veranlaßt ein einziges Wort ganze Gedankenfolgen. Neue Worte und neue Verbindungen lösen sich aus, weil das alte nicht genügt, wiederzugeben, was greifbar und lebendig werden will. Das ist reizvoll für den, der Interesse für die Psychologie des künstlerisch-dichterischen Gestaltens hat. Wer flüchtig über die Dichtungen hinwegleitet, dem geben sie wenig. Sie fordern ein liebevolles Versenken. Und der ernsthafte Dichter hat ein Recht, solche Forderungen zu stellen.

Franz Diederich hat zwei Gedichtbücher herausgegeben (Worpsweder Stimmungen und die weite Weide), die schon durch ihre Aufschriften verraten, daß sie (rein stofflich) andere Inhalte fassen. Die Hämmer dröhnen ist ein Kampfbuch; trotzdem erklingen auch in ihm die Saiten, die in jenen beiden Büchern zum Tönen kommen.

Ein feines, zartes Naturempfinden und Naturerfassen. Ein liebevolles Eindringen in heimliche, versonnene Schönheit, die in prachtvollen Bildern gezeichnet ist:

Und tief im grauen Stammwald,
Der stille steht, ganz in ein Weltraumlauschen
Gebannt, blaut sanften Hauchs der Traum vom Himmel
Durch das Gedräng rostfarbener schmäler Stämme
Hinab auf niedres Moos, verfallen grün,
Das erden stumm uralter Wurzelwelt
Geheimnis schließt. Und heimlich auch verrät.
Natur ist heimlich offenbar. Sie kennt
Nur dies Gesetz: Blüh' auf und nimm dir Licht
Und gründe neues Blüh'n . . .

Franz Diederich schaut mit brennenden Augen in das Land der Zukunft. Er schafft sich nicht eine erdferne Traumwelt; Sinn und Herz nehmen die Dinge, die um uns sind und fühlen in ihnen die Verheißung für das Werden und Kommen, für das, was sich in tausend Reimen regt und streckt, um leuchtende Blüten zu zeitigen. Die Dinge, die der Tag nahe bringt, sind es, die sein Herz höher schlagen lassen in Sehnsucht und Kampfreue. Es sind die werdenden Menschen, die einzelnen und in der Gesamtheit der einzelne, auf deren Schreiten in die Zukunft hinein Witz und Herz des Dichters gerichtet sind. —

Fritz Dübell.

daß dieser hübsche Ausdruck durch die Beobachtungen eines hervorragenden Physiologen eine wissenschaftliche Unterlage bekommen hat. Charles Féré, der bereits die günstige Einwirkung des Rauchens auf die Muskelstätigkeit des Menschen festgestellt hatte, ist neuerdings übertrumpft worden durch die zwei Genfer Physiologen, deren Versuche eine Einwirkung auch auf die geistigen Funktionen feststellen: es wurde der Einfluß des Rauchens auf die sogenannte Ideenassoziation nachgewiesen. Der eine der beiden Herren wurde als „rauchendes Versuchskaninchen“ benutzt, und die an 17 Tagen hintereinander angestellten Versuche ergaben überzeugend, daß der Tabakgenuß anregend auf die geistige Tätigkeit einwirkte — vermutlich durch Vermittlung des Reizes auf die Geruchsnerven. Leidenschaftliche Raucher werden gewiß nicht verfehlen, in diesem wissenschaftlichen Ergebnis eine glänzende Rechtfertigung des ihnen so teuren und „nachdenklichsten aller Laster“ zu sehen.

(Gartenlaube.)

Wist du so nackt und bloß,
Von Plagen so bedrückt und scheust den Tod?
Der Hunger sitzt in deinen hohlen Backen,
Not und Bedrängnis darbt in deinem Witz,
Auf deinem Rücken hängt zerlumptes Elend.
Die Welt ist nicht dein Freund, noch ihr Gesetz.
Die Welt hat kein Gesetz, dich reich zu machen:
Dum sei nicht arm, brich das Gesetz und nimm!

Shakespeare.

Monatsbeilage des Tabakarbeiters.

No. 1.

Samstag, den 21. Januar

1906.

Die Eidesfrage.

Eure Rede sei ja, ja, nein, nein!

Zu den mancherlei überflüssigen Dingen im modernen Rechtsstaate gehört auch der dogmatisch-religiöse Eid. Trotz wiederholter Anstrengungen, diese Versicherungsform für die Wahrheit abzuschaffen, hat sich dieselbe vielmehr um so mehr eingebürgert, als der dogmatisch-religiöse Glaube selbst, infolge der vordringenden wissenschaftlichen Erkenntnis zurückgegangen ist. Das ist keine neue Erscheinung in der Geschichte. Immer zog sich die Beobachtung der äußeren Form in rechtlichen, philosophischen oder selbst künstlerischen Einrichtungen noch jahrzehntelang hin, nachdem der Inhalt der letzteren längst verloren gegangen war.

Als der Kelch hölzern, war der Glaube golden,
Jetzt ist der Kelch von Gold, der Glaube aber hölzern,
Lautet der richtige Ausdruck eines Prälaten, der vollkommen das Verhältnis von Form und Inhalt bezeichnet.

Auch im Deutschen Reiche wird die Volksvertretung Jahr für Jahr mit Petitionen um die Abschaffung oder Abänderung des religiösen Eides beauftragt, ohne daß sich die politischen Parteien zu einer grundsätzlichen Aufgabe der bekannten Eidesformel verstehen könnten. Dieselbe geht bekanntlich auf einen persönlichen Gott und in vielen Staaten daneben noch auf Jesum Christum und sein heiliges Wort hinaus. Das merkwürdigste ist dabei, daß man sich auf das „heilige Wort Christi“ nicht bezieht, welches, den Schwur jeder Art ablehnend, bekanntlich dahin lautet: „Eure Rede sei ja, ja, nein, nein, was darüber ist, ist vom Uebel!“ Man sollte meinen, daß sich christliche Theologen und Richter, Gesetzgeber und Regierungen vor allem an dieses angeblich authentische Wort des christlichen Religionsstifters halten müßten.

Der dogmatisch-religiöse Eid des konfessionellen Staates hat jedoch noch eine andere Seite: er steht mit der durch sämtliche konstitutionelle Verfassungen Europas garantierten Glaubens- und Gewissensfreiheit in Widerspruch. In denselben ist nämlich jedem Staatsbürger volle Glaubens- und Gewissensfreiheit verbürgt, die Staatsangehörigkeit sowie die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte ist von der Zugehörigkeit zu einem religiösen Bekenntnis vollständig unabhängig. Da nun ein Eidschwur bei einem persönlichen Gott, welcher lohnt und straft, ein bestimmtes dogmatisch-religiöses Bekenntnis voraussetzt, so ist jeder Andersdenkende zur Heuchelei angehalten, wenn er die gegen seine innere Ueberzeugung aufgezwungene Formel hersagen muß; ein solcher Eid wirkt unsittlich und wer sich die bestimmte Formel zu leisten weigert, hat Rechtsverletzung und Rechtsverletzung, ja sogar Vergewaltigung zu erwarten.

Der Eid soll eine feierliche Versicherung bei etwas Hohem und Heiligem, daß man die reine Wahrheit sage, oder das Gelobte getreulich erfüllen wolle, sein. Dabei wird ausdrücklich oder stillschweigend hinzugefügt, daß man des Schutzes und Segens des angerufenen Höhen und Heiligen verlustig gehen, oder von harter Strafe betroffen werde, falls der geleistete Schwur wesentlich falsch geleistet worden ist.

Der Jurist setzt sich darüber schnell hinweg. Er antwortet auf den erhobenen Einwand wegen der Andersgläubigkeit: „Was Sie glauben oder nicht glauben, ist ganz allein Ihre Sache, geht mich gar nichts an. Sie haben mir den Eid nach der gesetzlich vorgeschriebenen Formel zu leisten und wenn Sie sich weigern, so lasse ich Sie einsperren.“ — Verstanden? —

Mit dem „Einsperren“ für den Fall der Eidesverweigerung ist man noch heute schnell bei der Hand. Am trau-

rigsten verfuhr das Gericht aber im Fall Hoffrichter im Jahre 1875. Theodor Hoffrichter, langjähriger Prediger der deutschkatholischen Gemeinde in Breslau und Stadtverordneter daselbst, wurde damals als Zeuge vor Gericht geladen, um seine als Standsbeamter im Geburtsverzeichnisse gemachte Einzeichnung zu beschwören. Als er sich weigerte, „bei Gott“ zu schwören, weil er an keinen persönlichen Gott glaube, ließ ihn der Richter bei fortgesetzter Weigerung 14 Tage ins Gefängnis werfen. Nach seiner Wiederentlassung sollte er die bekannte Formel schwören oder abermals Gefängnis leiden. Hoffrichter floh hierauf ins Ausland, bis nach etwa einem Jahre der Staatsanwalt seine Zeugenaussage für unerheblich erklärte und darauf verzichtete.

Ein weiterer charakteristischer Fall, welcher in Sachsen spielt, gehört hierher. Ein Herr Almar Martin in Chemnitz sollte nicht Bürger werden können, weil er den religiösen Eid verweigerte. Seine Beschwerden an den sächsischen Landtag stützten sich darauf, daß die Verfassung eine Erlangung des Bürgerrechts zwar von einer Eidesleistung, aber nicht von der Leistung eines religiösen Eides abhängig mache, blieben erfolglos.

Diese Beispiele ließen sich beliebig vermehren. In Sachsen, Bayern, Preußen, Elsaß (Fall Bueb) kamen und kommen noch jetzt Fälle von Eidesverweigerungen genug vor. Erinnert sei hier nur an die zahlreichen Verweigerungen durch Dissidenten, ebenso weigern sich fast regelmäßig Menoniten, den vorgeschriebenen Fahneneid zu leisten, Protestanten weigern sich, die Eidesformel vor jüdischen Richtern zu leisten usw.

Wenn durch die Erzwingung der Eidesformel für den Weigernden schon vielerlei Nachteile und Rechtsverletzungen entstanden sind, so ist doch auch nicht erwiesen worden, daß durch die Anwendung des Zwanges sich die Mein- und Falscheide gemehrt hätten, wohl aber besteht die Gefahr einer Herabwürdigung des Eides durch die Aufzählung desselben auch bei geringfügigen Anlässen. Im Zivilrecht z. B., wenn der Richter wegen eines Objekts von hundert 5 Mk. Eide auferlegt, im Strafrecht, wenn Zeugen, die zu einem Termin ausblieben und sich dann wegen Krankheit entschuldigen, dies beschwören sollen. Dann wird der heilige Eid zu einer höchst gleichgültigen Sache und die Vermehrung von Falscheiden rückt in den Bereich der Möglichkeit.

Ebenso muß die Vereidigung ganzer Zeugenreihen vor Gericht zur Herabwürdigung der Eidesformel führen, wie ersteres gar nicht so selten ist. Der Richter jagt einem jeden Zeugen die Formeln einzeln vor und die Personen, die bereits geschworen, sollen der betreffenden Gerichtsverhandlung möglichst bis zum Schlusse beiwohnen. Hier muß nicht nur den Zeugen, sondern auch dem Richter die immerfort wiederholte Eidesformel geradezu zum Ekel und Phrase werden. Und was bei den Eidesleistungen zuweilen für Kleinlichkeiten auf dem Spiele stehen, mag folgendes Beispiel erhärten. Im Jahre 1882 hatte in einer größeren Stadt Deutschlands der Polizeibeamte sich in bezug auf die Aufnahme des Wahlaufsatzes einer politischen Partei in ein Amtsblatt unklar ausgedrückt und der verantwortliche Redakteur hatte schließlich diesen Aufruf ohne Genehmigung aufgenommen. Es wurde Anklage erhoben und waren als Zeugen geladen: der Verleger der Zeitung, der Nachfolger des angeklagten Redakteurs, der Buchdruckereibesitzer und der betreffende Polizeibeamte. „Jeder dieser Zeugen“ — heißt es in unserer Quelle — „wurde einzeln vereidigt und mußte, auch nachdem er seine Aussage gemacht, im Gerichtszimmer verbleiben bis zum Austrag der Sache. Da jedoch der Verleger der Zeitung etwas auf sich warten ließ, wurde die Verhandlung auf eine

Stunde unterbrochen und eine andere Angelegenheit erledigt, während welcher die Zeugen der ersten ebenfalls im Gerichtszimmer verbleiben mußten und bei welcher ebenfalls mehrere Eide geleistet wurden. Als schließlich der verspätete Zeuge erschien, wurde die erste Sache wieder aufgenommen. Das Ergebnis war, daß der verflagte Redakteur zu — fünf Mark Geldstrafe verurteilt wurde.

Die „Heiligkeit“ des dogmatisch-religiösen Eides rückt jedoch in ein höchst sonderbares Licht nicht durch die für den Fall des Meineids angedrohten himmlischen, sondern irdischen Strafen. So ist der wissenschaftlich falsch geschworene Eid mit Zuchthausstrafe bis zu 10 Jahren bedroht (§ 153 R.-Str.-G.), der Falscheid mit Gefängnis bis zu 2 Jahren, die Verleitung zur falschen Versicherung an Eidesstatt bis zu 6 Monaten Gefängnis u. s. w. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß in unserer mehr aufgeklärten Zeit selbst viele äußerliche Christen innerlich an keinen Gott mehr glauben, sie schwören die Eide mehr in Hinblick der auf Mißbrauch des Eides gesetzten schweren irdischen Strafen. Noch mehr muß dies der Fall bei den zahlreichen Dissidenten, Freireligiösen und anderen sein. Nach der Volkszählung von 1900 befanden sich in Deutschen Reiche 35 231 104 evangelische 20 327 913 katholische und 203 798 sonstige Christen, ferner 586 833 Israeliten und 17 535 Befenner anderer Religionen und Personen unbekannter Religion. Die Statistik des Reiches findet die Aufzählung der Dissidenten u. s. w. also gar nicht erst der Mühe wert, dennoch gibt es in den deutschen Bundesstaaten zahlreiche, sich immer mehrende Antireligiöse, welche an einen Gott nicht mehr glauben. Die Ansicht, die zu dem Eide „bei Gott“ geführt hat, daß an einen Gott doch wohl jeder glauben werde, ist durchaus falsch und für diese Antireligiösen findet für den Fall der Verurteilung nach der bekannten Eidesformel: „Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden“ mit der Schlussformel: „So wahr mir Gott helfe“ ein Gewissenszwang, sowie eine Verleitung zur Sünde statt.

Bei der stetig zunehmenden „Gottlosigkeit“ muß, wie gesagt, die Anrufung Gottes bei der Eidesleistung immer mehr zur Sekundären, die der angedrohten Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe dagegen zur primären Angelegenheit werden und der verstorbene Zentrumsführer Windthorst hat in bezug auf den Eid im modernen Staate im Jahre 1876 das einzig richtige Wort geprägt, daß nämlich der Eid heute heißen müßte: Ich schwöre bei — Strafe des Zuchthaus! Die Furcht vor der Inhaftierung bewahrt tatsächlich manchen gewissenlosen Menschen, der sich aus den „ewigen Strafen“, die seiner für den Fall des Mein- oder Falscheides harren, vor dem Mißbrauch des Eides. Liegt es aber so, dann ist der religiös-dogmatische Eid in der Tat überflüssig, dann genügt die seinerzeit bei Veranlassung der Reichsjustizgesetze vorgeschlagene Eidesformel: Ich schwöre es! Der fortschrittliche Abg. Herz, der diesen seinen Antrag im Reichstage im Jahre 1876 begründete, meinte damals u. a., „daß es eine unsittliche Zunnützung sei, daß sich jemand einer Formalität unterwerfen sollte, die er nach seiner inneren Überzeugung verwerflich hält. Wenn der Eid wirklich eine so wichtige und heilige Handlung sei, dann dürfe man nicht an den einzelnen die Zumutung richten, daß er etwas sagt, was er selbst nicht glaubt.“ Die Mehrheit des deutschen Reichstages nahm indessen unter Ablehnung des Antrages Herz, Eisdold und Klotz die noch heute konventionelle Eidesformel an, zu derselben Zeit, da ein Minister in der italienischen Kammer den konfessionellen Eid für etwas Unsinniges und mit der Gewissensfreiheit unvereinbares bezeichnete. Die Einführung der heutigen religiösen Eidesformel im Deutschen Reiche ist damals mit dem „durch die Jahrhunderte lang geheiligten und von dem Bewußtsein des Volkes getragenen Brauch“ motiviert worden. Der Eid in anderer Form würde vom deutschen Volke nicht als bindiger Eid angesehen werden. Das käme aber doch darauf an. Eine etwaige Urabstimmung im „deutschen Volke“ — um diese für den Klassenstaat eigentlich unzu-

treffende Bezeichnung hier beizubehalten — würde zweifellos ein Resultat für die vereinfachte Eidesformel: Ich schwöre es! erzielen.

Die Uebereinstimmung von Millionen über ein hoch und heilig zu achtendes Ding verbürgt noch keine objektive Wahrheit, verbürgt noch nicht einmal das wirkliche Dasein eines Dinges. In bezug auf den Eid äußert sich sehr richtig M. Reichenbach.* Wir haben schon oben auf die Wandlungen hinsichtlich der Religion und deren Inhalts aufmerksam gemacht. Doch auch die Eide haben Wandlungen erfahren. Von einer mehr natürlichen Einfachheit stieg er, dem Ausbau des kirchlichen Dogmenystems entsprechend, zu einer vielgestaltigen Zusammenfügung. Als jedoch dieses kirchliche System durch die Reformation des 16. Jahrhunderts einen gewaltigen Stoß erlitt, da erfuhr auch der Eid eine Minderung und diese Veränderung führte zugleich wieder eine Vereinfachung herbei, so daß die spätere Zeit nur zwei ziemlich einfache Formeln hatte, nämlich die heute üblichen Eingangs- und Schlussformeln.

Wenn aber die Frage der Heiligkeit des Eides schon immer kontrovers war, so noch mehr die der Gleichwertigkeit geleisteter Eide. Es gibt bekanntlich nicht bloß gerichtliche, sondern auch politische Eide. Letztere kommen bei der Besetzung von Schöffen, Geschworenen- und Gewerbegerichten, ferner bei Gemeinde- und Landtagskorporationen in Betracht, während der deutsche Reichstag einen zu leistenden Eid der Volksvertreter mit Recht nicht kennt. Schon im Jahre 1842 führte im Hochverratsprozeß gegen Johann Jacoby das preußische Kammergericht aus, daß Prinzipienfragen der Politik, Grundsätze des öffentlichen Wohls, Erörterungen über Gerechtigkeit oder Verwerflichkeit von Staatseinrichtungen und Verfassungen nicht Gegenstand richterlicher Entscheidungen werden könnten. Erörterungen der Art gehörten einem Gebiete an, von dem die richterliche Mitwirkung ausgeschlossen sein müsse. Die letztere habe sich über Meinungen jedes Urteils zu enthalten. Die Meinung als solche sei kein Verbrechen, sie könne nur strafbar werden durch die Form, in welcher sie in die Öffentlichkeit tritt, und durch die Absicht, die bei der Veröffentlichung obwaltet.

Das gilt noch heute. Möchten sich doch manche Streber von Staatsanwälten und Landgerichtsdirektoren, die bei Verhandlungen gegen Sozialisten eine wahrhaft politische Gewissensrichterei ausüben, an diesen Grundsätzen alter preussischer Juristen ein gutes Beispiel nehmen.

Der politische Eid ist unter den hier oben entwickelten Gesichtspunkten ebenfalls eine leere Formalität, da es sich in der Politik und im Staatsganzen um Meinungen und politische Parteilagen dreht. Die Bürger- und Verfassungseide erhalten dadurch eine ganz andere Bedeutung, als die Eide in der Sphäre des positiven Rechts und es ist unsinnig, den Sozialdemokraten aus der Leistung von Verfassungseiden in den Einzellandtagen und Kommunen Vorwürfe zu machen. Wenn die Vertretung der Parteien nicht bloß von der Wahl ihrer Vertreter, sondern auch von einem besonderen Eide abhängig gemacht wird, dann wären die Betreffenden Narren, wenn sie sich um dieser Formalitäten willen um die Vertretung in diesen Korporationen bringen wollten. Mit Recht sagte in der Reichstagsitzung vom 15. Dezember 1894 der Abg. Bebel:

Herr v. Bennigsen ist u. a. auch zu sprechen gekommen auf den sogenannten Verfassungseid; er hat angeführt, daß wir — er hat den Abg. v. Bollmar und mich speziell genannt — als Abgeordnete in den Landtagen von Bayern und Sachsen bei Treueid geschworen hätten. Jawohl, den haben wir geschworen und wenn Sie, Herr v. Bennigsen, ihn in die Reichsverfassung einführen; so schwören wir ihn auch.

Der Versprechungs- oder Treueid bezieht sich nicht auf Vergangenes oder Gegenwärtiges, sondern Zukünftiges. Der Schwörende gibt hierbei eine feierliche Versicherung seines künftigen, pflichtgetreuen Han-

* M. Reichenbach, Der Eid und die Eidesfrage in Deutschland Leipzig.

delns ab. Sehen wir hier vom Beamteneid, Vorwandseid usw. ab, so bezieht sich der übrige Teil der Versprechungs- auf die Verfassung, auf Fürst und Volk, auf die städtische Verfassung usw. So lautet z. B. der sächsische Eid der Abgeordneten:

Bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden die Staatsverfassung treu zu bewahren und in der Ständeversammlung das unzertrennliche Wohl des Königs und Vaterlandes, nach meinem besten Wissen und Gewissen, bei meinen Anträgen und Abstimmungen allenthalben zu beobachten. So wahr mir Gott helfe usw.

Bei der Parteien- und Meinungsverschiedenheit ist der politische Eid allezeit etwas höchst elastisches gewesen. Wir erinnern an die preussische Konfliktzeit. Im Jahre 1864 suchte die preussische Regierung Indemnität (d. h. nachträgliche Entschädigung) für begangene Gesetzwidrigkeiten nach. Tausende Beamte hatten die Verfassung und zugleich Gehorsam gegen die Regierung geschworen und doch war ein Konflikt zwischen Beobachtung der Verfassung und dem Gehorsam gegen die Regierung eingetreten. Wir erinnern weiter an den Erbhuldigungseid in Braunschweig, der dem preussischen Prinzen geleistet werden mußte, obgleich die Ansprüche des Herzogs von Cumberland bestanden und demselben zahlreiche politische Eide geschworen worden waren. Ähnlich war es in Hannover. Viele Tausende Hannoveraner hatten dem hannoverschen Königshause Eide geschworen und als nach der Schlacht bei Langensalza Hannover besiegt war, verlangte man von seiten Preußens, daß dieselben Hannoveraner meinedig werden und nunmehr dem preussischen Königshause den „unverbrüchlichen Treueid“ leisten sollten. Hier wird der politische Eid geradezu zur Farce. Weiter: Als 1866 der Krieg zwischen Preußen und Oesterreich ausbrach und die Sachsen auf seiten Oesterreichs standen, da waren es die hervorragenden Nationalliberalen Sachsens, die trotz ihres Eides sich auf die Seite des siegenden Preußen stellten und sogar die Einverleibung Sachsens anstrebten. Und falls nicht durch die Bestimmungen des Friedenschlusses ihre Verfolgung

ausgeschlossen gewesen wäre hätten sie wegen Hochverrats angeklagt werden können. So liegen sich zahlreiche geschichtliche Beispiele für die Elastizität des politischen Eides anführen, der durch diese Eigenschaft eigentlich schon gerichtet ist. Auch Hochkonservative haben politische Eide schon gebrochen, wenn es ihnen aus politischen Gründen passend erschien. Eine bezeichnende historische Anekdote erzählt der Geschichtsschreiber v. Bernhardt im sechsten Bande seiner Lebenserinnerungen. Sie charakterisiert die Denkart hochkonservativer Kreise. Als 1848 die preussische Verfassung beschworen wurde, traten die Minister einzeln vor den Thron, um den Eid zu leisten. Die Schlussformel des preussischen Eides lautet: So wahr mir Gott helfe! — es steht aber jedem frei, nach individueller Überzeugung noch hinzuzufügen, was seinen religiösen Anschauungen entspricht. Keiner hatte etwas hinzugefügt, bis auf Minister Alfred Auerwald, der die weiteren Worte sprach: „Durch Jesum Christum zum ewigen Leben!“ — und dieser Formel bedienten sich noch einige andre. Arnim-Boitzenburg, auch einer der damaligen Minister, kam dann auf Alfred Auerwald zu und fragte, warum er das getan habe. Auerwald erwiderte, er habe eben den Eid seiner Überzeugung gemäß gesprochen und Arnim-Boitzenburg war unvorsichtig genug, einzunehmen: „Einen so hohen Eid zu leisten in einem Falle, wo man doch nicht weiß, ob er werde gehalten werden können, — das sei doch sehr bedenklich.“ Das war dieselbe Sorte von Herren, die sich heute über die Zunahme der Meineide ereifern.

Wir glauben in Vorstehendem für die Notwendigkeit der Abschaffung des dogmatisch-religiösen Eides manches Moment beigebracht zu haben — für unsere Leser. Tausendfältig mehr Material dafür findet sich jedoch in den gerichtlichen Akten, sowie in den Mätern der Geschichte. Bei dem langsamen Pulsschlag der Entwicklung auf diesem Gebiete im Reiche ist leider auf eine baldige Regelung der Eidesfrage wenig zu hoffen. Chrysolith.

Die Hämmer dröhnen.

In diesen Tagen wurde den deutschen Arbeitern ein Buch* auf den Tisch gelegt, das wegen seiner Eigenart als Glaubensbekenntnis und Weltanschauungsbuch verdient, sich Freunde zu erwerben.

Auf dem Umschlagblatte Konstantin Meuniers trozig-straffe Arbeitergestalten, kraftstolz meisternd das schwere Werk. Und als Untertitel: Werbestimmen. Das alles deutet auf den Sinn der Dichtungen, die Franz Diederich in seinem neuen Buche zusammengestellt hat.

Im Hämmerdröhnen des harten Werktags klingen laut die Stimmen von einem neuen Werden. Und wer sie hört, fühlt neue Kampfkraft und neue Kampffreude.

Sozialistischer Geist lebt in den Rhythmen. Ueberall der Ausblick auf größte und letzte Ziele. Aber — ganz losgelöst von allen Schlagworten. Der Dichter fühlt, in ihnen liegt die Gefahr, daß sie, als Kunstmittel verwendet, Dichtungen leblos und blutarm erscheinen lassen, als nicht aus Tiefen geboren. Für den Tageskampf brauchen wir die Schlagworte. Aber Dichtung soll über den Tageskampf hinausheben. Diederichs Gedichte sind also nicht etwa in Verse gepreßte Zeitartikel. Und trotzdem Tendenzdichtungen; nur ohne die unkünstlerische Nebenbedeutung.

Es kommt Diederich dadurch darauf an, sich und seine Welt zum Ausdruck zu bringen. Der Prozeß ist natürlich kein bewußter. Seine Weltanschauung wurzelt so tief, daß seine Dichtungen und Stimmungen notwendig den Inhalt seiner geschlossenen Persönlichkeit widerspiegeln.

Das Proletariat, das Klassenbewußte, hat den Verus, der Schöpfer einer neuen Kultur zu sein. An Bausteinen fehlt es nicht; das Fundament ist festgelegt. Es gilt den Bau zu türmen, das Werk zu vollenden. Und dabei will der Dichter Mitarbeiter, Mitstreiter sein. Er sieht, daß überall Kräfte wirken, die nach Neuem ringen, und fühlt den Wurzelboden dieser Kräfte. Es ist ein sehr seiner Wint, daß das Wort Karl Gendels

* Die Hämmer dröhnen. Werbestimmen. Von Franz Diederich, Dresden 1905. Verlag von Raden u. Comp. Preis 1 Mk.

Den Chor der Massen hör' ich tönen
Von Psalmen, die die Zukunft singt,

den Dichtungen als Geleitspruch vorangeht.

Drohend und schwer lastet die Not der Zeit. Wer sich von ihr zu Boden drücken läßt, ist für das Werk der Zukunft verloren, das starke und frohe Menschen fordert. In dem Schwersten und Bittersten sind Kräfte verborgen, die vorwärts zwingen, allen Hindernissen zum Trotz.

Durch Qual und Qualm trotz alledem zum Glück . . .
Der Wunder größtes ist die Wirklichkeit.

Ein solches Bewußtsein, härter* zu sein als alle Dinge, die der Tag bringt, setzt gefestete Erkenntnis voraus. Das Unwiderstehliche und Unbezwingbare ist der Gedanke der Entwicklung:

Was Gestalt gewann, birgt Neugestalten.
Jedes Ziel will neue Ziele heißen.

Und dann ein zweites: Der Glaube an die große, Zweiteilung Natur und Kultur ist überwunden. Aus ihm erwuchs Trennung, Mutlosigkeit, Sich-ausgeschlossen-fühlen. Die geschlossene Einheit beider ist Voraussetzung für Zukunftsfreude und Sicherheit des Sieges:

Es steigt ein größer schaffendes Geschlecht
Stark aus der Not, des großen Werks bewußt.

Der Dichter kennt die Tiefen und Bitternisse des Lebens. Not, qualvollstes Elend sah er auf seinen Wegen und verstand das Leid und die Schmerzen der Mühseligen und Beladenen.

Goch auf den Bergen flammt das Sonnenrot,
Tief unten aber dunkelt schwer die Welt.

Aber kein Opfer, auch das schwerste nicht, wird vergebens gebracht. Niemand, auch der geringste nicht, leidet, kämpft, fällt vergebens.

Sturz und Tod sind Körnerfallen,
Saatenwurf zersurchter Zeit.